

Im Netz der Daten

Gouvernementalität und Subjektivierung im Überwachungskapitalismus

Pol URTH, 12004377

Innsbruck, August 2025

Masterarbeit

eingereicht an der Universität Innsbruck, Fakultät für Soziale und Politische Wissenschaften,
zur Erlangung des akademischen Grades

Master of Arts

Masterstudium Soziologie: Soziale und Politische Theorie

Betreuer:
Univ. Prof. Dr. Welz Frank
Institut für Soziologie
Fakultät für Soziale und Politische Wissenschaften

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	1
1.1 Gesellschaftlicher Kontext	1
1.2 Theoretischer Hintergrund	3
1.3 Problemstellung.....	6
1.4 Erkenntnisinteresse.....	8
1.5 Aufbau der Arbeit.....	9
2. Foucaults Machtanalyse und die Konstitution des Subjekts	10
2.1 Gouvernamentalität als moderne Machtform.....	10
2.1.1 Machtbegriff bei Foucault	10
2.1.2 Biopolitik – Macht über Leben und Bevölkerung.....	14
2.1.3 Gouvernamentalität: Begriff und historische Entwicklung.....	18
2.1.3 Liberale Gouvernamentalität.....	22
2.1.4 Neoliberale Gouvernamentalität.....	24
2.3 Panoptismus – Selbststeuerung durch mögliche Sichtbarkeit.....	29
2.4 Digitales Machtdispositiv.....	33
3. Macht und Subjektivierung im Überwachungskapitalismus	35
3.1 Überwachung als Grundlage des digitalen Machtdispositivs	36
3.1.1 Surveillance nach David Lyon	36
3.1.2 Data Double als zentrales Objekt der Surveillance	39
3.2 Überwachungskapitalismus nach Shoshana Zuboff.....	42
3.2.1 Überwachungskapitalismus als datenbasierte Machtform	44
3.2.2 Big Other	48
3.2.3 Subjektivierung unter Big Other	54
4. Digitale Gouvernamentalität	58
4.1 Digitale Steuerung und Gouvernamentalität im Überwachungskapitalismus.....	58
4.2 Subjektivierung und Selbstführung in digitalen Umgebungen	61
4.3 Entgrenzung des Politischen	62
5. Fazit: Macht, Subjektivierung und Regierung im Netz der Daten	63
5.1 Digitale Steuerung als neue Form der Macht.....	63
5.2 Subjektivierung und Wissen im Wandel	65
5.3 Ausblick - Zwischen digitaler Regierung, Selbstverlust und Widerstand	67

Abstract

Diese Arbeit untersucht, wie sich Macht und Subjektivierung im Zeitalter des Überwachungskapitalismus verändern. Im Mittelpunkt steht dabei die Frage, wie digitale Technologien Verhalten nicht nur erfassen, sondern durch algorithmische Rückkopplung gezielt beeinflussen. Auf Grundlage von Michel Foucaults Gouvernamentalitätsbegriff wird das Konzept der digitalen Gouvernamentalität als analytisches Instrument genutzt, um neue Formen der Steuerung sichtbar zu machen. Anstelle direkter Vorschriften wirken heute personalisierte Anreize, normierende Rückmeldungen und statistische Individualisierung. Das Subjekt erscheint nicht länger als autonomer Akteur, sondern als data double, dessen Verhalten durch digitale Umgebungen strukturiert wird. Die Arbeit zeigt, wie sich Macht und Wissen im Überwachungskapitalismus verändern: Statt die Bevölkerung im Ganzen zu regulieren, wird heute individuelles Verhalten auf Grundlage statistischer Profile beobachtet, vorhergesagt und gezielt beeinflusst. In dieser Form der Steuerung droht nicht nur ein Verlust an Privatsphäre, sondern auch ein Verlust jener Freiheit, die menschliche Autonomie und Selbstbestimmung überhaupt erst möglich macht.

1. Einleitung

1.1 Gesellschaftlicher Kontext

„Home or exile? Lord or subject? Master or slave?“ (Zuboff 2019: 13). Mit diesen Fragen beginnt Shoshana Zuboff ihre Analyse des Überwachungskapitalismus. Sie macht damit bereits in den ersten Zeilen ihres gleichnamigen Buches direkt deutlich, dass grundlegende politische Fragen im Kontext der Digitalisierung neu gestellt werden müssen. Denn im Zentrum der Digitalisierung steht nicht nur der angestrebte technische Fortschritt, sondern auch eine tiefgreifende Veränderung gesellschaftlicher Machtverhältnisse und Subjektkonstitutionen. Zuboff zeigt mit diesen Worten, dass im Kontext der Digitalisierung und des Überwachungskapitalismus bestehende Vorstellungen von Macht und Subjektivierung neu durchdacht werden müssen. Denn digitale Strukturen greifen in unserer heutigen Gesellschaft tief in unser Privatleben ein, überwachen ständig, sammeln dadurch überall Daten, werten diese aus und nutzen sie, um daraufhin unsere Entscheidungen und Verhalten zu beeinflussen und zu steuern, häufig ohne, dass uns dies wirklich bewusst ist. Durch diesen Prozess entstehen neue Machtverhältnisse und neue Formen der Macht, die direkt in die alltägliche Lebensführung der Menschen eingreifen und damit die Art, wie wir uns selbst verstehen und verhalten, grundlegend beeinflussen (vgl. Zuboff 2019: 16-17).

Zudem bleibt heute kaum ein Bereich des gesellschaftlichen Lebens noch unbeeinflusst von digitalen Technologien; Kommunikation, Mobilität, Konsum, Gesundheitsfürsorge und Arbeitsprozesse beispielsweise, sind heute untrennbar mit digitalen Geräten oder digitalen Systemen verbunden. Smartphones, Wearables, Haushaltsgeräte, Apps und andere digitalen Programme begleiten unsere alltäglichen Handlungen und machen diese, durch die Sammlung der dabei entstehenden Daten, zugleich messbar, auswertbar und monetarisierbar, also wirtschaftlich verwertbar. Dabei werden mittlerweile in nahezu allen Lebensbereichen digitale Spuren in Form von Daten hinterlassen. Sei es durch Suchanfragen im Internet, die Nutzung sozialer Netzwerke, Bewegungsdaten von Fitness-Trackern, Standortdaten von Navigationssystemen oder Verhaltensdaten beim Online-Shopping. Diese permanente Erfassung und profitorientierte Nutzung von Daten betrifft mittlerweile nahezu alle Lebensbereiche und zeigt, wie tief der Überwachungskapitalismus in die Gesellschaft eingedrungen ist (vgl. Zuboff 2019: 16-19; vgl. Maschewski & Nosthoff 2020: 433).

Diese Daten sind in unserer digitalisierten Gesellschaft, so zum zentralen Rohstoff einer neuartigen Ökonomie geworden. Digitale Plattformen, Softwareunternehmen und andere datenbasierte Akteure sammeln diese Daten ständig auf, werten sie mithilfe von Algorithmen

aus, ordnen sie bestimmten Kategorien zu und verwandeln sie in ökonomisch verwertbare Informationen. Dabei entstehen detaillierte Profile, mit zahlreichen Informationen der einzelnen Nutzer*innen. Anhand dieser Informationen, in Form von gesammelten Daten, kann zukünftiges Verhalten der Nutzer*innen eingeschätzt und so auch beeinflusst und gesteuert werden. Die dabei gewonnenen Verhaltensdaten werden genutzt, um Vorhersagen über zukünftiges Verhalten der Nutzer*innen machen zu können. Diese Vorhersagen werden anschließend gewinnbringend an andere Unternehmen verkauft und genutzt, um zukünftige Entscheidungen der Nutzer*innen gezielt zu beeinflussen und wirtschaftlich verwertbares Verhalten zu fördern (Zuboff 2019: 16; vgl. Maschewski & Nosthoff 2020: 433).

Ein anschauliches Beispiel für den problematischen Umgang mit sensiblen Daten ist der Fall des Biotechnologieunternehmens 23andMe. Das Unternehmen geriet während eines Insolvenzverfahren in die Kritik, weil es unterschiedliche Daten von über 15 Millionen Nutzer*innen an Dritte weiterverkauft hat. In einer Anhörung des US-Senats am 11. Juni 2025 wurde dieser Vorfall öffentlich diskutiert. Dabei wurden grundlegende Fragen zum Schutz von Gesundheits- und DNA-Daten aufgeworfen (vgl. U.S. Senate Committee on the Judiciary 2025). Die weitergegebenen Informationen umfassten nicht nur DNA-Profile, sondern auch Informationen zu familiären Beziehungen, Abstammung und Krankheitsrisiken. Solche Daten können für Versicherungen, Pharmaunternehmen oder staatliche Institutionen von enormem wirtschaftlichem und strategischem Interesse sein. Dieser Fall macht deutlich, welche Risiken mit der systematischen Erfassung, Auswertung und kommerziellen Nutzung persönlicher Daten verbunden sind. Die gesammelten Informationen dienen hier nicht dem Wohl der Nutzer*innen, sondern werden im Rahmen kapitalistischer Profitlogik verwertet. Daten sind dabei kein neutraler Rohstoff, sondern Grundlage für wirtschaftliche Ausbeutung im Überwachungskapitalismus.

Der Fall von 23andMe ist kein Einzelfall, sondern Ausdruck einer umfassenden Logik des Überwachungskapitalismus, in der persönliche Daten systematisch gesammelt, ausgewertet und wirtschaftlich verwertet werden.

Möglich wird dies durch digitale Technologien wie Smartphones, Wearables oder Apps, die nicht nur Daten erfassen, sondern zunehmend selbst zur Verhaltenssteuerung zu wirtschaftlichen Zwecken beitragen. Sie strukturieren Alltagsabläufe, setzen Normen und lenken Verhalten damit in wirtschaftlich verwertbare Bahnen (vgl. Zuboff 2019: 17-19; vgl. Maschewski & Nosthoff 2020: 433). Ein Beispiel dafür ist die Nutzung moderner Fitness-Apps,

die ein tägliches Ziel von 10.000 Schritten als Standard vorgeben. Während dem Tag werden die Schritte dann durch das Wearable beziehungsweise das Handy aufgezeichnet, anschließend mit der vorgegebenen Norm von 10.000 Schritten verglichen, woraufhin die Nutzer*innen dann Feedback zu ihrem Verhalten bekommen. Diese Schrittzahl wird für viele Nutzer*innen zu einem Maßstab, an dem sie ihr Verhalten orientieren. Sie passen also ihr Verhalten an, um in dem Fall eben dieses Ziel von 10.000 Schritten zu erreichen. Diese Vorgabe schafft so eine Norm, die subtilen Druck zur Selbstoptimierung und Anpassung ausübt, ohne jedoch individuelle Bedürfnisse oder Lebensumstände sowie allgemeine Subjektivität der Nutzer*innen zu berücksichtigen. 10.000 Schritte sind nicht für jeden Menschen ein realistisches, angepasstes, tägliches Ziel. Dadurch entsteht eine Form der Macht, die sich weniger durch direkte Kontrolle als durch die subtile, datenbasierte Steuerung und Beeinflussung von Verhalten zeigt. Im Überwachungskapitalismus folgt dieses Verhalten nicht nur persönlichen Zielen, sondern wird zugleich so gelenkt, dass es sich möglichst effektiv wirtschaftlich verwerten lässt.

Genau diese Idee der Verhaltenssteuerung in unserer digitalisierten Gesellschaft, stellt den Kern meiner Arbeit dar. Eine neue Machtform, die nicht durch offenen Zwang oder Gewalt, sondern durch die algorithmisch erzeugte Normierung und wirtschaftliche Nutzbarmachung von Verhalten wirkt und damit die Logik der digitalen Gouvernamentalität im Überwachungskapitalismus sichtbar macht.

Obwohl die Digitalisierung als technologische Effizienzsteigerung des Alltags erscheint, hat sie sich längst zu einer umfassenden sozialen Ordnung entwickelt mit tiefgreifenden Auswirkungen auf Macht- und Subjektivierungsprozesse. Diese neue Ordnung wird jedoch nicht mehr hauptsächlich von demokratisch legitimierten Institutionen wie dem Staat geprägt, sondern von digitalen Infrastrukturen, wie beispielsweise großen Tech-Unternehmen, welche überhaupt die nötigen Ressourcen haben, Daten systematisch zu sammeln, auszuwerten und zu monetarisieren. So entstehen neue Machtverhältnisse und Formen der Macht, die analysiert und neu gedacht werden müssen (vgl. Zuboff 2015: 81-82; vgl. Zuboff 2019: 162-163; vgl. Maschewski & Nosthoff 2020: 441).

1.2 Theoretischer Hintergrund

Eine der frühesten und prägnantesten Analysen dieser Entwicklung hat Shoshana Zuboff mit ihrem Konzept des Überwachungskapitalismus vorgelegt. Bereits in ihrem grundlegenden Artikel von 2015 beschreibt sie diese neue ökonomische Logik, die auf der Sammlung, Analyse

und Monetarisierung menschlicher Verhaltensdaten beruht. Diese Daten werden gezielt in Vorhersagedaten umgewandelt, die dann als wirtschaftliche Produkte gehandelt und zur Steuerung zukünftigen Verhaltens in digitalen Märkten eingesetzt oder verkauft werden. So entsteht durch diese Daten eine neue Form von Macht, die darauf abzielt, Verhalten ständig zu beeinflussen (vgl. Zuboff 2015: 75).

Zuboff beschreibt diese Entwicklung als die Entstehung eines neuen Machtregimes, welches sie „Big Other“ benennt: „It is a ubiquitous networked institutional regime that records, modifies, and commodifies everyday experience from toasters to bodies, communication to thought, all with a view to establishing new pathways to monetization and profit. (...) It is a new regime of independent and independently controlled facts that supplants the need for contracts, governance, and the dynamism of a market democracy” (Zuboff 2015: 81-82). Mit Big Other bezeichnet Zuboff demnach eine neue Form der Macht, die tief in alltägliche Lebensbereiche eindringt, das Verhalten der Menschen anhand von den hier gesammelten Daten systematisch aufzeichnet, beeinflusst und in wirtschaftlich verwertbare Vorhersagedaten umwandelt. Dabei handelt es sich um ein datenbasiertes Machtregime, welches klassische Formen demokratischer Kontrolle zunehmend ersetzt. An die Stelle von klassischen Verträgen, Governance und Prinzipien marktwirtschaftlicher Demokratie tritt demnach eine neue Machtform, die auf permanenter Überwachung, und gezielter Steuerung zukünftigen Verhaltens beruht (vgl. ebd.).

Foucaults Machtverständnis und sein Konzept der Gouvernamentalität bilden den zentralen theoretischen Ausgangspunkt dieser Arbeit. Er beschreibt moderne Macht nicht mehr vorrangig als Souveränitätsmacht, die durch Gesetze und Zwang wirkt, sondern als produktive Macht, die in sozialen Beziehungen entsteht und über Normen, Erwartungen und Wissensformen das Verhalten der Menschen lenkt. Mit dem Begriff der Gouvernamentalität rückt Foucault jene Formen der Machtausübung in den Blick, die Handlungsfelder gestalten, Selbstführung prägen und so Verhalten auf subtile Weise steuern. Diese Perspektive dient hier als Basis, um später die Logik und Funktionsweise einer digitalen Gouvernamentalität im Kontext des Überwachungskapitalismus zu analysieren (vgl. Foucault 2020: 31-34; 114-115).

Die hier angedeutete Veränderung in der Art und Weise, wie Verhalten im Überwachungskapitalismus erfasst, beeinflusst und normiert wird, lässt sich zudem grundlegend mit dem Prinzip der Rückkopplung aus der Kybernetik verstehen. So führe ich dieses Konzept hier kurz ein, um dieses Prinzip zu veranschaulichen. Norbert Wiener (1948) definierte Kybernetik als eine Wissenschaft, die sich mit der Steuerung und Kommunikation

von technischen Systemen und Lebewesen beschäftigt. Wiener (1948) schreibt: „We have decided to call the entire field of control and communication theory, whether in the machine or in the animal, by the name Cybernetics, which we form from the Greek *kybernētēs*, or steersman“ (Wiener 1948: 11). Kybernetik bedeutet aus dem Griechischen übersetzt also Steuermann. Damit wird direkt deutlich, dass es in der Kybernetik um die gezielte Lenkung und Steuerung von Verhalten geht. Im Zentrum steht das Prinzip der Rückkopplung, das auf einem permanenten Vergleich zwischen einem beobachteten Ist-Zustand und einem vorgegebenen Soll-Zustand basiert. Abweichungen vom Sollwert werden wahrgenommen und durch passende Eingriffe ausgeglichen, sodass das System sich selbst regulieren kann (vgl. Wiener 1948: 6-7).

Die Kybernetik und vor allem das Prinzip der Rückkopplung bleibt auch heute weiterhin ein zentrales Konzept, insbesondere für meine Arbeit, da dieses Konzept in aktuellen Analysen der Digitalisierung und des Überwachungskapitalismus herangezogen wird, um die Logik und Funktionsweise algorithmischer Kontrolle und datengetriebener Verhaltenslenkung theoretisch zu rahmen und zu erklären (vgl. Hille 2016: 99f; vgl. Maschewski & Nosthoff 2020: 116; 442)

Im Überwachungskapitalismus wird dieses Prinzip der Rückkopplung aus der Kybernetik besonders deutlich in sozialen Netzwerken, in denen algorithmische Prozesse darüber entscheiden, welche Inhalte hier hervorgehoben, verbreitet oder überhaupt sichtbar gemacht werden. Die Plattformen erzeugen dabei indirekt Normen darüber, was beispielsweise als richtig, schön, oder als gesellschaftlich akzeptiert oder relevant empfunden wird. Die Plattformen bestimmen also den Soll-Zustand. Nutzer*innen passen so ihre Inhalte, Beiträge und sich selbst schrittweise durch eine Rückkopplung an vorgegebene Erwartungen und Normen an. Das Individuum wird in diesem Umfeld der sozialen Netzwerke stark durch die Reaktionen anderer auf das eigene Verhalten beeinflusst und normiert. Die Rückmeldungen, Rankings und Bewertungen auf diesen digitalen Plattformen strukturieren so individuelle Wahrnehmung, Verhalten und Selbstverständnis. Es handelt sich um einen Prozess kybernetischer Normierung, der durch die intransparente, algorithmisch gesteuerte Logik der sozialen Netzwerke selbst passiert (vgl. Maschewski & Nosthoff 2022: 442).

In aktuellen machttheoretischen Analysen werden die Kybernetik und das Prinzip der Rückkopplung zunehmend genutzt, um diese subtilen Formen digitaler Verhaltenslenkung zu beschreiben. So zeigt etwa Laura Hille (2016), mit Bezug auf Wiener und Foucault, die Entstehung einer „kybernetischen Biopolitik“, bei der digitale Technologien Verhalten steuern, indem sie Menschen zur permanenten Selbstanpassung anregen. Die Subjektivierung wird hier

durch das Prinzip der Rückkopplung beeinflusst. Das bedeutet, dass Menschen ihr Verhalten nicht unabhängig und individuell gestalten, sondern sich ständig an Rückmeldungen orientieren, die ihnen in solchen digitalen Umgebungen gegeben werden. Diese Rückmeldungen zeigen, wie sehr ihr Verhalten mit bestimmten vorgegebenen Erwartungen und Normen in dieser digitalen Umgebung übereinstimmt, die zwar nicht direkt sichtbar sind, aber im Hintergrund der digitalen Systeme wirken und das Handeln der Menschen unbemerkt beeinflussen. Durch diesen ständigen Vergleich entsteht ein Prozess der Selbstbeobachtung und Selbstanpassung. Das eigene Verhalten wird selbstständig überprüft, verglichen und angepasst. Auf diese Weise werden Menschen dazu angeleitet, sich durch das Prinzip der Rückkopplung selbst zu steuern. Die Steuerung erfolgt nicht von außen durch feste Regeln, sondern durch die ständige Selbstvermessung und Rückmeldungen aus digitalen Systemen (vgl. Hille 2016: 99–101).

Auch Maschewski & Nosthoff (2020) zeigen, dass sich das Subjekt in digitalen Umgebungen zunehmend über dieses Prinzip der Selbstvermessung und den Vergleich mit algorithmisch erzeugten Erwartungen und Normen bildet. Maschewski & Nosthoff (2020) schreiben hierzu: „So erscheint das Subjekt weniger als unverwechselbares Individuum, sondern, durch die Verdoppelung des Verhaltens zum Informationsstrom, als Datenkörper im Rauschen der Ratings, der sich im Modus ubiquitärer Konnektivität immer neu vermisst, in ein ‚metrisches Wir‘“ (Maschewski & Nosthoff 2020: 129). Dies macht deutlich, dass digitale Technologien nicht nur einfach Daten verarbeiten, sondern auch beeinflussen, wie Menschen über sich selbst denken, wie sie sind und wie sie handeln. Dies passiert, indem digitale Technologien das Verhalten der Menschen ständig messbar und vergleichbar machen und dabei auch Vorstellungen davon erzeugen, was als normal oder richtig gilt. Vorstellungen, an denen sich die Menschen orientieren und ihr Verhalten anpassen.

1.3 Problemstellung

Im Anschluss an Zuboffs Konzept des „Big Other“ und dem veränderten Machtverhältnis im Überwachungskapitalismus, rückt für mich eine zentrale Frage in den Fokus: Wie verändert die digitale Durchdringung des Alltags bestehende Machtverhältnisse, und welche Konsequenzen ergeben sich daraus für das Subjekt? Die Bedeutung dieser Frage wird vor allem durch die zunehmende Intransparenz digitaler Prozesse deutlich, die dennoch tief in den Alltag eingreifen und unser Verhalten beeinflussen. In diesem Zusammenhang greifen Maschewski und Nosthoff (2020) auf das von Norbert Wiener geprägte Konzept der Black Box zurück, um diese digitalen Systeme zu beschreiben, deren innere Funktionsweise nicht wirklich erkennbar ist, die aber

trotzdem das Verhalten effektiv beeinflussen: „a piece of apparatus [...] for which we do not necessarily have any information of the structure by which the operation is performed“ (Wiener 1948: xi).

In diesem neuen Machtregime zeigt sich ein grundlegender Widerspruch. Digitale Technologien vermitteln einerseits das Versprechen, individuelle Selbstbestimmung und Selbstoptimierung zu ermöglichen. Sie bieten beispielsweise Zugang zu Wissen, Unterstützung im Alltag oder Möglichkeiten zur Selbstvermessung. Andererseits beeinflussen sie jedoch tatsächlich das Verhalten der Nutzer*innen zunehmend durch intransparente, algorithmisch gesteuerte Prozesse. Wearables, Gesundheits-Apps, Smartgeräte und soziale Netzwerke erfassen nicht nur Daten, sondern definieren auch, was als normales, gesundes oder abweichendes Verhalten gilt. Daten haben also auch eine normierende Wirkung auf das Subjekt. Damit wird deutlich, dass digitale Technologien nicht nur als neutrale technische Hilfsmittel angesehen werden dürfen.

In aktuellen Analysen wird deutlich, dass Verhalten zunehmend durch solche algorithmisch gesteuerten Prozesse beeinflusst wird, die auf ständiger Rückkopplung basieren. So spricht, wie bereits erwähnt, Laura Hille (2016) von einer „kybernetischen Biopolitik“ während Maschewski und Nosthoff (2022) den Begriff einer „überwachungskapitalistischen Biopolitik“ vorschlagen. Beide Konzepte beschreiben und analysieren diese neue Form der Macht, in der Subjektivierung über digitale Rückkopplung, ständige Vergleiche und algorithmisch beeinflusste Entscheidungen erfolgt. Das Subjekt bleibt dabei, im Vergleich zu Foucaults neoliberaler Gouvernamentalität, auch noch aktiver Teil seiner eigenen Regierung, doch verändert sich hier die Art der Selbstführung. Während in klassischen Ansätzen der neoliberalen Gouvernamentalität nach Foucault Subjektivierung vor allem durch Selbstführung entlang wirtschaftlicher Rationalität passiert, etwa indem Individuen sich als homo oeconomicus verstehen, die in ihr eigenes Humankapital investieren, verschiebt sich diese Logik im digitalen Kapitalismus zunehmend auf algorithmische Rückkopplungen, die indirekt Normen setzen und Subjekte dazu bringen, ihr Verhalten an algorithmisch erzeugte Maßstäbe und Rückmeldungen in einem vorgegeben Rahmen anzupassen (Maschewski & Nosthoff 2022: 442-446; Hille 2015: 99-101; vgl. Foucault 2020: 193-195).

Während zahlreiche soziologische Ansätze die Veränderung von Macht im digitalen Kapitalismus bereits thematisiert haben, fehlt bisher jedoch die konkrete Verbindung, zwischen Foucaults Gouvernamentalitätsbegriff und gegenwärtigen Diagnosen des Überwachungskapitalismus nach Zuboff. Wie auch Schulz (2020) in seiner Rezension zu

Zuboffs Buch hervorhebt, bleibt in ihrem Werk eine entscheidende machttheoretische Perspektive größtenteils unberücksichtigt: „Erstaunlicherweise ist hier mit Michel Foucault einer der üblichen Verdächtigen aus der Surveillance-Debatte vollkommen abwesend“ (Schulz 2020: 442). Dabei bietet gerade Foucaults Analyse der neoliberalen Rationalität und seinem Konzept von Regieren durch Freiheit eine wichtige theoretische Grundlage, um die subtilen, datenbasierten Steuerungsformen des Überwachungskapitalismus zu analysieren.

1.4 Erkenntnisinteresse

Ziel meiner Arbeit ist es, die zentralen Konzepte von Macht, Regierung und Subjektivierung nach Michel Foucault auf die gegenwärtigen Analysen des Überwachungskapitalismus nach Shoshana Zuboff zu beziehen und zu zeigen, wie sich diese in einer digitalisierten Gesellschaft verändern, fortsetzen oder neu ausrichten. Im Mittelpunkt steht dabei die theoretische Auseinandersetzung mit der Veränderung von Macht- und Subjektivierungsprozessen im Überwachungskapitalismus. Im Zentrum steht hier die Frage, wie durch die digitale Durchdringung des Alltags neue Machtformen entstehen und welche Auswirkungen diese auf Prozesse der Subjektivierung haben.

Ausgangspunkt meiner Überlegungen ist die Annahme, dass sich digitale Machtverhältnisse zunehmend von klassischen Formen staatlicher Regierung, wie Verträgen, Governance oder marktförmiger Regulierung entfernen und stattdessen immer stärker durch digitale Strukturen geprägt werden. Macht verschiebt sich dabei von transparenten und demokratisch legitimierten Institutionen hin zu privatwirtschaftlichen, intransparenten Unternehmen. Vor allem große Tech-Unternehmen gewinnen an Einfluss, da sie die digitale Infrastruktur kontrollieren, Zugang zu mehr Ressourcen in Form umfangreicher Daten haben und in der Lage sind, das Individuum, nach ihren eigenen ökonomischen Interessen zu beeinflussen (vgl. Zuboff 2015: 81-82; vgl. Maschewski 2022: 443).

Meine Arbeit knüpft hier an Michel Foucaults Analysen zur Gouvernamentalität an. In seinen Vorlesungen zeigt Foucault, dass sich mit der neoliberalen Gouvernamentalität eine spezifische Form des Regierens herausgebildet hat, bei der der Staat die Freiheit bereitstellt, in der Subjekte sich als homo oeconomicus, als ein Unternehmer ihrer selbst, entlang wirtschaftlicher Rationalität und Investitionen in ihr eigenes Humankapital verstehen. Beim Begriff des Humankapitals verweist Foucault in Kritik des Regierens ausdrücklich auf Gary Becker und Theodore W. Schultz, die den Begriff in der ökonomischen Theorie etabliert haben (Foucault 2020: 183-202). Regieren findet dabei hauptsächlich durch die Selbstführung und Normierung der Individuen entlang wirtschaftlicher Rationalität und wirtschaftlicher Freiheit statt. In

aktuellen digitalen Machtverhältnissen lassen sich Erweiterungen und Verschiebungen dieser Logik erkennen. Subjektivierung erfolgt hier zunehmend entlang digitaler, vorstrukturierter Handlungsräume, algorithmisch erzeugter Normen, und kybernetischer Rückkopplung, die Verhalten in Echtzeit beobachten, bewerten und beeinflussen (vgl. Foucault 2020: 155-160; 183-202; vgl. Bröckling 2013: 57-60; vgl. Maschewski & Nosthoff 2022: 444-446).

Die Arbeit verfolgt das Erkenntnisinteresse, diese theoretischen Perspektiven systematisch zu verbinden und zu zeigen, dass sich im digitalen Kapitalismus eine neue Form von Gouvernamentalität herausgebildet hat: Eine Art digitale Gouvernamentalität in der Subjektivierung nicht mehr primär über Marktlogik und Investitionen ins eigene Humankapital erfolgt, sondern über algorithmisch erzeugte Normen und datenbasierte Rückkopplung in vorstrukturierten digitalen Handlungsräumen.

1.5 Aufbau der Arbeit

Um das beschriebene Erkenntnisinteresse zu verfolgen, orientiere ich mich an einem theoretischen Ansatz. Im Mittelpunkt steht eine Analyse der Macht und Subjektivierung im digitalen Kapitalismus. Ausgangspunkt sind zentrale Überlegungen von Michel Foucault zu Macht, Gouvernamentalität, Biopolitik, Panoptismus und dem Dispositiv. Diese Konzepte helfen dabei, die alltägliche, unumgängliche, subtile Beeinflussung moderner Macht zu verstehen und ihre Bedeutung für Prozesse der Subjektconstitution nachzuvollziehen. Ziel ist es, diese theoretischen Perspektiven im Hinblick auf die datenbasierte Steuerung im Überwachungskapitalismus weiterzudenken.

Zunächst rekonstruiere ich zentrale Konzepte von Michel Foucault, um einen theoretischen Rahmen für die Analyse heutiger Machtverhältnisse und Subjektivierungsprozesse in unserer digitalisierten Gesellschaft zu entwickeln (Kap. 2). Anschließend beziehe ich aktuelle Ansätze wie Shoshana Zuboffs Konzept des Überwachungskapitalismus sowie weitere ergänzende Ideen ein, um herauszuarbeiten, wie sich Foucaults Konzepte von Macht und Regierung im Kontext der Digitalisierung weiterentwickeln oder verschieben und inwiefern heutige Machtverhältnisse und Formen der Macht neu gedacht werden müssen (Kap. 3). Darauf aufbauend werden dann die zuvor erarbeiteten theoretischen Perspektiven miteinander, im Kontext einer digitalen Gouvernamentalität, in Verbindung gesetzt (Kap. 4). Abschließend werden die Ergebnisse der Analyse zusammengeführt und kritisch diskutiert, um gegenwärtige Machtverhältnisse und Subjektconstitution im Überwachungskapitalismus darzustellen (Kap. 5).

Das Ziel meiner Arbeit ist es, zu untersuchen, wie sich digitale Machtverhältnisse mithilfe zentraler Konzepte von Michel Foucault beschreiben, beziehungsweise erklären und auch weiterdenken lassen. Gleichzeitig soll herausgearbeitet werden, welche Verschiebungen und Erweiterungen dieser Konzepte im Überwachungskapitalismus sichtbar werden.

2. Foucaults Machtanalyse und die Konstitution des Subjekts

Vor dem Hintergrund dieser Überlegungen widmet sich das folgende Kapitel den zentralen theoretischen Grundlagen der Arbeit. Im Mittelpunkt stehen dabei zunächst die zentralen Konzepte von Macht, Regierung und Subjektivierung von Michel Foucault, vor allem sein Verständnis von Macht, sein Konzept der Biopolitik, Gouvernamentalität, sowie deren historische Entwicklung von der liberalen zur neoliberalen Regierungsweise. Ergänzend werden Foucaults Überlegungen zum Panoptismus aufgegriffen, die im Zusammenhang mit dem Dispositivbegriff als wichtige Werkzeuge zur Analyse heutiger digitaler Machtformen dienen. Diese Konzepte bilden somit den theoretischen Rahmen meiner Arbeit.

2.1 Gouvernamentalität als moderne Machtform

2.1.1 Machtbegriff bei Foucault

Foucault erweitert sein Machtverständnis in seinen Collège-de-France-Vorlesungen schrittweise: Von der Analyse der Souveränität zur Disziplin (*Il faut défendre la société*, 1975–1976) über die Konzepte der Staatsräson und der Polizei (*Sécurité, territoire, population*, 1977–1978) hin zur Biopolitik (*Naissance de la biopolitique*, 1978–1979). In den Vorlesungen *Sécurité, territoire, population* und *Naissance de la biopolitique* entwickelt er schließlich den Begriff der Gouvernamentalität und analysiert ihn anschließend im Kontext liberaler und neoliberaler Regierungsrationalitäten (vgl. Foucault 2020).

Foucault versteht Macht nicht mehr in erster Linie als Souveränitätsmacht. Mit Souveränitätsmacht meint er die klassische Form von Macht, bei der ein zentraler Akteur wie ein König oder der Staat das Recht hat, Gesetze zu erlassen, Gehorsam zu verlangen, Strafen zu erteilen und so über ein Gebiet und die darauf lebenden Menschen zu regieren. Sie stützt sich auf Verträge, Gesetze, Sanktionen und die Möglichkeit, Freiheit durch äußeren Zwang einzuschränken. Im Unterschied dazu beschreibt Foucault moderne Macht nicht mehr als repressiv oder souverän, sondern als produktiv. Macht ist für ihn kein festes Eigentum, das nur eine Person besitzt und von oben herab, über andere ausübt. Stattdessen entsteht Macht in verschiedensten relationalen Kontexten, also überall dort, wo Menschen miteinander interagieren. Sie wirkt durch die Subjekte und konstituiert diese auch. „Mit anderen Worten, die Macht geht durch die Individuen hindurch, sie wird nicht auf sie angewandt“ (Foucault

2020: 33). Sie wirkt durch Erwartungen und Normen, die das Verhalten der Menschen beeinflussen, ohne dass offen Gewalt angewendet werden muss. Macht durchdringt so den Alltag, oft auf eine Weise, die nicht sofort sichtbar ist, und beeinflusst trotzdem, wie wir denken oder handeln (vgl. Foucault 2020: 33-34; vgl. Fach 2020: 129; vgl. Bublitz 2020: 316).

Foucault zeigt, dass in modernen Gesellschaften verschiedene Formen von Macht gemeinsam wirksam sind und in Wechselwirkung zueinanderstehen. Souveränitätsmacht, also die klassische, gesetzgebende und strafende Macht eines Souveräns wie einem Herrscher oder dem Staat, bleibt auch heute noch wirksam. Sie wird jedoch ergänzt und überlagert von disziplinarischen Maßnahmen, die auf die subtile Steuerung des Verhaltens zielen. Beide Machttypen wirken zusammen: Souveränität operiert nicht mehr ausschließlich durch Gesetze und Zwang, sondern nutzt die Methoden der Disziplin, um Normen zu etablieren und Verhalten zu regulieren. Dies zeigt sich etwa in der Erziehung, der Regulierung der Medizin durch Wissen oder der Überwachung alltäglicher Abläufe und Handlungen. Foucault spricht hier von einem Zusammenspiel von Normierung und Unterwerfung, bei dem Regieren nicht allein durch äußeren Zwang erfolgt, sondern durch die alltägliche Etablierung und Durchsetzung von Normen, die das Verhalten der Individuen subtil beeinflussen (vgl. Foucault 2020: 40-45).

Mit seinem erweiterten Verständnis von Macht grenzt sich Foucault von der Vorstellung ab, dass Macht vor allem souverän und repressiv, also unterdrückend ist. Foucault versteht Macht also nicht als einseitige Macht, die Menschen unterdrückt, sondern als etwas, das sich in alltäglichen Beziehungen zeigt. Sie beeinflusst, wie Menschen über sich selbst denken, wie sie handeln und wie beispielsweise Normen in der Gesellschaft entstehen. Foucault beschreibt auch, dass es keinen sozialen Ort außerhalb von Machtbeziehungen gibt. Macht ist also nicht auf bestimmte Individuen oder Institutionen beschränkt, sondern durchzieht das gesamte gesellschaftliche Leben. Oder wie Foucault es perfekt auf den Punkt bringt: „Die Macht übt sich als Netz aus“ (Foucault 2020: 33). Wodurch ich auch die Idee für den Titel meiner Masterarbeit bekommen habe: Im Netz der Daten.

Anders als bei traditionellen Auffassungen, in denen Macht meist als negative, unterdrückende Kraft galt, betont Foucault, dass Machtverhältnisse auch produktiv sind, da sie neue Handlungsräume schaffen, bestimmte Wissensformen hervorbringen und Subjekte konstituieren. So kann Macht nicht als etwas rein Repressives verstanden werden (vgl. Foucault 2020: 32-34; Fach 2020: 129; vgl. Bublitz 2020: 316).

Ein zentraler Aspekt und ein veranschaulichtes Beispiel in Foucaults Erweiterung seines Machtverständnisses ist seine Analyse der pastoralen Macht. Foucault beschreibt die pastorale Macht als eine aus dem Christentum hervorgegangene Regierungsform, die auf das Wohlergehen jedes einzelnen Mitglieds der Gemeinschaft abzielt. Dabei geht es um die dauerhafte Lenkung von Verhalten und der Lebensführung der einzelnen Individuen, sowie der Bevölkerung als Ganzes. Ein anschauliches Beispiel für diese Form von Macht ist das Konzept des Hirten: „Der Hirte ist Diener, und in seinem eigenen Heil unmittelbar an das Wohlergehen der Herde gebunden“ (Gehring 2020: 154). Dieses Verständnis von Regierung verknüpft das individuelle Wohl mit dem der Gemeinschaft und zielt darauf ab, beide gleichzeitig zu sichern. Dadurch werden sowohl das Verhalten Einzelner als auch die gesellschaftliche Ordnung als Ganzes beeinflusst und gelenkt. Mit dem lateinischen Ausdruck „*Omnes et singulatim*“, bringt Foucault diese zentrale Logik moderner Macht auf den Punkt (ebd.). Gemeint ist damit das gleichzeitige Regieren der Gesamtbevölkerung und des Individuums. Diese politische Rationalität beruht auf der Wechselwirkung und gegenseitigen Abhängigkeit, aber auch gegenseitigen Stärkung zwischen dem Individuum und der Bevölkerung als Ganzes: Das Wohl des Individuums ist untrennbar mit dem Wohl der Gesamtbevölkerung verbunden. Mit zunehmender Individualisierung geht also gleichzeitig eine Stärkung der gesellschaftlichen Totalität einher. Je genauer das Verhalten einzelner Individuen erfasst, gesteuert und gelenkt wird, desto wirksamer lässt sich demnach auch die Gesellschaft als Ganzes regulieren. Die Regierung des Einzelnen und die Regierung der Gesamtheit stehen dabei in einem dauerhaften Zusammenhang und einer Wechselwirkung (vgl. Foucault 2020: 58-61).

Anschließend an diese Entwicklung rückt Foucault in seinen Vorlesungen eine weitere, tiefgreifende Verschiebung des Machtverständnisses in den Fokus. Aufbauend auf der souveränen Macht und der Disziplinarmacht beschreibt er eine neue Form der Macht, die sich nicht mehr nur auf die Regelung einzelner Körper oder Normierung des Individuums allein richtet, sondern auf das Leben der Bevölkerung als Ganzes. Diese neue Form der Macht nennt er Biopolitik. Während die Disziplinarmacht darauf abzielt, das Verhalten und die Körper einzelner Personen zu normieren und zu disziplinieren, zielt die Biopolitik auf die Regulierung der Bevölkerung als Ganzes, wie beispielsweise die Regulierung der Geburtenraten, Sterblichkeit, Gesundheit, Hygiene oder Wohnverhältnissen. Es geht um das Leben selbst, um dessen Erhalt, Steigerung und Optimierung im Namen gesellschaftlicher Ordnung und Produktivität (vgl. Foucault 2020: 66-67).

Foucault beschreibt diese Verschiebung als eine Umkehrung der klassischen Formel souveräner Macht. In souveränen Herrschaftsformen bestand Macht darin, „sterben zu machen oder leben zu lassen“ (Foucault 2020: 64). Die moderne Biopolitik hingegen verfolgt das Ziel, „leben zu machen und sterben zu lassen“ (ebd.: 65). An die Stelle der direkten Kontrolle über Leben und Tod tritt nun eine politische Rationalität, die auf Förderung, Regulierung und produktive Steuerung des Lebens ausgerichtet ist (vgl. Foucault 2020: 66).

Diese Form der Macht ersetzt die Disziplinarmacht jedoch nicht, sondern baut auf ihr auf. Foucault betont, dass die Biopolitik die Disziplinarmacht nicht ausschließt, sondern sie integriert, anpasst und gezielt einsetzt. Disziplin und Biopolitik stehen nicht nebeneinander, sondern wirken gemeinsam. Während die Disziplinarmacht auf die Formung einzelner Körper zielt, richtet sich die Biopolitik auf das kollektive Leben der Bevölkerung. Beide greifen ineinander und bilden ein Machtverhältnis, das sowohl individuelle Lebensführung als auch gesellschaftliche Prozesse beeinflusst. Foucault schreibt: „dass die Mechanismen, die den Körper disziplinieren, und die Mechanismen, die die Bevölkerung regulieren, in den meisten Fällen miteinander verknüpft sind“ (Foucault 2020: 75). Damit zeigt sich, dass moderne Macht nicht mehr vorrangig durch offene Repression wirkt, sondern durch eine enge Verbindung von disziplinierender Kontrolle einzelner Körper und der regulierenden Steuerung der Bevölkerung. eine Form der Macht, die tief in alltägliche Praktiken des Regierens eingebunden ist (ebd.: 77).

Foucault erkennt, dass seine bisherigen Analysen von Macht zu begrenzt waren. Bisher hatte er sich vor allem mit Macht in Institutionen wie Gefängnissen, Krankenhäusern oder Schulen beschäftigt, wo Macht in Form von Disziplin, Überwachung und Zwang auf den individuellen Körper deutlich sichtbar wird. Doch dieses auf einzelne Institutionen und einzelne Körper fokussierte Verständnis von Macht reichte nicht aus, um moderne Machtverhältnisse zu erfassen und zu analysieren. Um diese Verhältnisse besser beschreiben zu können, entwickelt Foucault den Begriff der Biopolitik. Hier ist Disziplin nicht immer institutioneller Natur, beziehungsweise eben nicht immer an Institutionen gebunden. Disziplin wird in umfassenderen, bereiteren gesellschaftlichen Kontexten aufgenommen. Damit rückt ein breit gefasster Machtbegriff in den Mittelpunkt, der nicht nur auf Disziplinierung einzelner Menschen oder Körper in bestimmten Institutionen setzt, sondern auf die gezielte Beeinflussung und Führung der Bevölkerung als Ganzes, hinsichtlich der Förderung des Lebens an sich, ausgerichtet ist (vgl. Foucault 2020: 74-75).

Regierung beschreibt also nicht nur die politische Leitung von Staaten oder Gebieten, sondern alle verschiedenen Praktiken zur Führung von Individuen, Familien, Gemeinschaften und der

Bevölkerung als Ganzes. Anstelle unmittelbarer Kontrolle rückt bei Foucault die allgegenwärtige, unumgängliche, subtile Lenkung von Verhalten und die Selbstführung der Individuen in den Mittelpunkt. Ziel ist es, Menschen nicht durch Zwang, sondern durch den gezielten Einfluss dazu zu bringen, sich selbst in bestimmter Weise zu verhalten und anzupassen (ebd.).

Im Anschluss an diese Überlegungen führt Foucault in seinen Vorlesungen das Konzept der Biopolitik ein. Aufbauend auf der Analyse souveräner und disziplinierender Machtformen rückt er damit eine weitere, dritte Dimension moderner Machtausübung in den Fokus. Im folgenden Kapitel wird diese Perspektive vertieft.

2.1.2 Biopolitik – Macht über Leben und Bevölkerung

Mit dem Konzept der Biopolitik beschreibt Michel Foucault eine Erweiterung klassischer Machtformen, die im Kontext der heutigen Gesellschaft zunehmend an Bedeutung gewinnt. Ursprünglich herrschte eine souveräne Machtform vor, die auf Repression und Durchsetzung von Gesetzen durch den Staat oder eine zentrale Autorität ausgerichtet war. Diese Form von Macht bezog sich vor allem auf das „Recht, sterben zu machen oder leben zu lassen“ (Foucault 2020: 64). Im Laufe des 18. und 19. Jahrhunderts wurde diese souveräne Macht durch die Entstehung von Disziplinarmacht ergänzt, die sich auf die Regulierung und Normierung des individuellen Körpers konzentriert. Institutionen wie Schulen, Kasernen oder Krankenhäuser dienten dabei als Orte, an denen das Verhalten von Subjekten gezielt beobachtet, gesteuert und angepasst wurde.

Mit der Entstehung der Biopolitik verschiebt sich der Fokus nochmals: Die Macht richtet sich nun nicht nur auf den einzelnen Körper oder das Individuum, sondern auf das Leben der Bevölkerung insgesamt. Es geht darum, Leben zu erhalten, zu fördern und zu verbessern. Etwa durch Gesundheitspolitik, Hygiene, Fortpflanzungskontrolle oder Statistiken und das dabei produzierte Wissen. Dabei kommen weiterhin disziplinierende Mechanismen zum Einsatz, jedoch nicht mehr primär zur Disziplinierung und Normierung einzelner Körper, sondern eingebettet in umfassendere gesellschaftliche Kontexte. „Das Individuum soll keineswegs auf der Ebene des Details, vielmehr durch globale Mechanismen gepackt werden“ (Foucault 2020: 70). In dem Kontext spricht Foucault dann auch eher von einer Regulierung der Bevölkerung als von einer Disziplinierung einzelner Körper oder Individuen (vgl. Foucault 2020: 66-71).

Hier kommt es zu einer Umkehrung der klassischen Logik von Macht. Während die souveräne Macht in früheren Zeiten vor allem darin bestand, über Tod und Leben von Individuen zu

entscheiden, also ein Souverän das Recht hatte, „sterben zu machen und leben zu lassen“, kehrt sich dieses Verhältnis in der modernen Biopolitik um. Die Macht zielt nun darauf, „leben zu machen und sterben zu lassen“ (Foucault 2020: 64-65). Das bedeutet, Ziel ist es nicht mehr, durch Strafe oder Gewalt zu unterwerfen und das Leben so einzuschränken oder zu nehmen, sondern das Leben selbst zu fördern, zu regulieren und produktiv zu gestalten. Die moderne Macht kümmert sich um die Gesundheit der Bevölkerung, um Geburtenraten, Lebenserwartung, Ernährung oder Hygiene. Sie organisiert und optimiert das Leben, indem sie Wissen produziert, Verhaltensweisen formt und Subjektpositionen strukturiert. Dieses Wissen ist jedoch nicht neutral, sondern eingebettet in Machtverhältnisse, die durch Normen und Disziplinierungsmechanismen das Verhalten der Menschen strukturieren und beeinflussen (ebd.).

Damit beschreibt Foucault einen grundlegenden Wandel im Verständnis politischer Macht. Im Zentrum steht nicht mehr die repressive Form der Macht, welche auf das Individuum gerichtet ist, sondern die aktive Gestaltung, Förderung und Regulierung des Lebens und der Bevölkerung als Ganzes. Der Staat tritt dabei nicht mehr nur als unterdrückende oder strafende Instanz auf, sondern wird Teil eines Machtdispositivs, welches das Leben produktiv verwaltet, reguliert und in gesellschaftlich erwünschte Bahnen lenkt (vgl. Gehring 2020: 266–267).

Foucault unterscheidet innerhalb dieser Entwicklung zwei eng miteinander verbundene Formen von Macht: die Disziplinarmacht und die Bio-Macht. Die Disziplinarmacht richtet sich auf einzelne Körper. Sie versucht, durch Regeln und Normen das Verhalten der Menschen zu beeinflussen und zu formen. Zum Beispiel in Institutionen wie Schulen, Kasernen oder Gefängnissen. Die Bio-Macht dagegen bezieht sich auf die Bevölkerung als Ganzes. Sie arbeitet mit Statistiken, Wissen und Verwaltungsmaßnahmen, um das Leben großer Gruppen und der Bevölkerung als Ganzes zu erfassen, zu ordnen und zu steuern. Beide Machtformen greifen ineinander und wirken nicht in erster Linie durch Gesetze oder Verbote, sondern durch Prozesse der Normalisierung, Planung und Verbesserung gesellschaftlicher Abläufe (vgl. Foucault 2020: 66-70; vgl. Gehring 2020: 267).

In der digitalisierten Gesellschaft wird diese biopolitische Logik besonders deutlich. Das Leben wird im Überwachungskapitalismus zunehmend zu etwas, das gemessen, bewertet und gesteuert werden soll. Digitale Technologien spielen dabei eine zentrale Rolle. Wearables, Fitness-Apps oder digitale Plattformen erfassen beispielsweise Daten über Bewegung, Schlaf, Herzfrequenz oder Ernährung. Diese Informationen werden genutzt, um das Verhalten der Individuen zu beobachten, zu bewerten und in bestimmte Richtungen zu lenken. Ziel ist es, den

Körper leistungsfähig zu halten und Gesundheit zu fördern. Nicht durch Zwang, sondern durch ständige Rückmeldungen, Zielvorgaben und subtile Anreize. Wie Foucault zeigt, wirkt Biopolitik nicht über offene Verbote oder Gewalt, sondern über Wissen, Normen und soziale Erwartungen. Statistische Auswertungen, Einschätzungen und Bewertungen definieren, was als gesund, normal oder richtig gilt. Menschen werden nicht unterdrückt, sondern dazu gebracht, sich selbst zu beobachten und ihre Lebensweise freiwillig anzupassen. Sie übernehmen Verantwortung für ihren Körper, ihre Gesundheit und ihre Leistungsfähigkeit. In digitalen Systemen zeigt sich diese Form der Selbststeuerung in besonders ausgeprägter Weise, etwa dann, wenn Apps tägliche Schrittziele vorgeben oder Versicherungen gesundheitsbewusstes Verhalten belohnen (vgl. Maschewski & Nosthoff 2022: 442-443).

Ein zentrales Beispiel, das Foucault selbst nutzt, um diese biopolitische Logik zu beschreiben, ist die politische Organisation von Sexualität. Er zeigt durch dieses Beispiel, wie selbst intimste Bereiche des Lebens, sogar die Sexualität, gesellschaftlich geregelt und beeinflusst werden. Sexualität wird nicht einfach unterdrückt, sondern durch Wissen strukturiert und hervorgebracht. Das bedeutet: Es wurde Wissen über Sexualität produziert, dieses Wissen wird gesammelt, in Kategorien gefasst und dient als Grundlage dafür, was als normal, gesund oder abweichend gilt und somit, wie Sexualität gesellschaftlich gerahmt ist. Dieses Wissen ist jedoch immer durch Machtstrukturen geprägt und beeinflusst. Für das Verständnis digitaler Machtverhältnisse ist jedoch nicht das Thema Sexualität selbst entscheidend, sondern vor allem die dahinterliegende Logik. Biopolitik produziert nicht nur Wissen über das Leben, sondern nutzt dieses Wissen, um Normen zu produzieren und so das Verhalten der Individuen zu beeinflussen und zu steuern. Menschen erscheinen dabei als frei in ihren Entscheidungen, werden aber zugleich dazu gebracht, sich selbst zu beobachten, sich den Normen und Erwartungen anzupassen und Verantwortung für Gesundheit und Leistungsfähigkeit zu übernehmen. Gesundheit, Effizienz und Selbstverantwortung gelten dabei als gesellschaftlich erwünschte Normen, an denen sich das individuelle Verhalten orientieren soll (vgl. Foucault 2020: 36-38; Gehring 2020: 89–90).

Diese biopolitische Logik, also die Strukturierung von Verhalten durch Wissen, Normen und Vergleiche, ist für das heutige Machtverständnis in unserer digitalen Gesellschaft von zentraler Bedeutung. Im Überwachungskapitalismus werden viele Bereiche des Lebens auf ähnliche Weise erfasst, analysiert und normiert. Wearables und Apps erfassen beispielsweise Wissen in Form von Daten über Schritte, Schlaf, Herzfrequenz oder Kalorienverbrauch. Digitale Systeme werten diese Informationen algorithmisch aus, ordnen dieses Wissen in Kategorien ein und

geben Rückmeldungen, die die Nutzer*innen zur Anpassung, an einen vorgegebenen Normalwert, motivieren sollen. Damit setzt sich das biopolitische Denken nicht nur in technischer Form fort, sondern wird auch auf andere Lebensbereiche übernommen. Das neue Machtregime Big Other, das von Zuboff (2015) in diesem Kontext beschrieben wird, sammelt und analysiert kontinuierlich Daten in allen Lebensbereichen, bewertet Verhalten und beeinflusst dieses daraufhin subtil. Ob durch Wearables, Apps, soziale Netzwerke, digitale Systeme von Versicherungen, Krankenhäusern, oder auch andere Formen datenbasierter Systeme, in fast allen Bereichen des digitalen Alltags werden Informationen gesammelt, ausgewertet und genutzt, um das Verhalten der Individuen an vorgegebenen Normen zu orientieren. Das digitale Subjekt wird so kontinuierlich beobachtet, kategorisiert und zur Selbstoptimierung angeregt. Nach außen wird individuelle Freiheit vorgegeben, gleichzeitig entsteht jedoch ein subtiler Druck zur Selbstkontrolle, Selbstoptimierung und ständiger Leistungssteigerung in einem digital vorstrukturierten Handlungsrahmen. Wer sich dem entzieht, gilt schnell als ineffizient, unproduktiv oder unangepasst (vgl. Maschewski & Nosthoff 2022: 442-443; vgl. Zuboff 2015: 81-82).

Biopolitik ist jedoch keine harmlose Form der Fürsorge. Auch wenn Maßnahmen wie Gesundheitsförderung oder Prävention hilfreich sein können, bleibt die Frage, wer eigentlich festlegt, was als gesund, richtig oder normal gilt. Foucault zeigt, dass es bei biopolitischer Steuerung nicht nur um die Förderung des Lebens geht, sondern auch um Ausgrenzung und Kontrolle. Im Extremfall kann daraus sogar Gewalt entstehen. Foucault zeigt also auch die negativen Seiten der Biopolitik auf. So verweist er etwa auf den Nationalsozialismus oder den Rassismus als Beispiele dafür, wie im Namen des Lebens und einer spezifischen Biopolitik andere Leben geopfert oder ausgeschlossen wurden. Die Idee, das Leben verbessern zu wollen, kann so auch das Gegenteil bewirken (Foucault 2020: 79-85; Gehring 2020: 267).

Im Kontext der digitalen Transformation erfährt die von Foucault beschriebene Biopolitik eine tiefgreifende Erweiterung und Verschiebung. Zwar bleibt das Ziel, Leben zu erhalten, zu regulieren und zu optimieren, weiterhin zentral, doch verändert sich die Form und Ausprägung dieser Macht. Wie Maschewski und Nosthoff (2022) zeigen, verschiebt sich die klassische staatlich organisierte Biopolitik zunehmend in eine datenbasierte, kybernetisch gesteuerte Logik, in der private Akteure wie Tech-Konzerne mittels digitaler Infrastrukturen Normen vorgeben und so das Verhalten der Subjekte beeinflussen. Wearables, Apps und digitale Plattformen ermöglichen heute eine Form der Selbstregulierung, die nicht mehr nur auf medizinische Versorgung oder statistische Erhebung zielt, sondern auf die kontinuierliche

Erfassung, Bewertung und Lenkung von Verhalten selbst. Dabei setzen nicht mehr demokratisch legitimierte Institutionen, sondern intransparente Algorithmen die Normen und entscheiden so, welches Verhalten als gesund, effizient oder abweichend gilt. Die Biopolitik wird damit nicht abgeschafft, sondern in den Überwachungskapitalismus integriert und durch ökonomische Interessen neu ausgerichtet. Diese Transformation, die man als „Überwachungskapitalisierung der Biopolitik“ (Maschewski & Nosthoff 2022: 446) bezeichnen kann, bildet eine zentrale Grundlage für die Analyse gegenwärtiger digitaler Machtverhältnisse und wird im weiteren Verlauf dieser Arbeit eingehender behandelt (vgl. Maschewski & Nosthoff 2022: 442-446).

Foucaults Analyse der Biopolitik macht also deutlich, dass moderne Machtformen nicht allein auf Unterwerfung und Repression beruhen, sondern zunehmend durch Lenkung des Verhaltens der Bevölkerung als Ganzes, sowie produktiver Organisation und Gestaltung des Lebens wirken. Doch wie genau wird dieses Regieren des Lebens praktisch umgesetzt? Wie werden Wissen, Normen und Erwartungen so miteinander verknüpft, dass Individuen sich selbst steuern und dabei gleichzeitig gesellschaftliche Ordnung erzeugt wird? Um diese Fragen zu beantworten, entwickelt Foucault in seinen Vorlesungen zur Entstehung der Gouvernementalität einen umfassenden analytischen Rahmen. Gouvernementalität beschreibt dabei die spezifische Regierungsform, durch die Macht nicht von oben, repressiv und souverän auf das Subjekt einwirkt, sondern durch alltägliche, fein abgestimmte Prozesse der Führung, Planung und Selbststeuerung wirkt. Prozesse die auch im Überwachungskapitalismus zu erkennen sind. Im folgenden Kapitel soll dieses Konzept der Gouvernementalität näher erläutert werden.

2.1.3 Gouvernementalität: Begriff und historische Entwicklung

Aufbauend auf dem soeben dargestellten, veränderten Verständnis von Macht, entwickelt Michel Foucault den Begriff der Gouvernementalität, um diese neue Form politischer Steuerung zu beschreiben, die durch indirekte Beeinflussung von Verhalten und Selbstregierung funktioniert. Der Begriff Gouvernementalität beschreibt die Gesamtheit der Institutionen, Verfahren, Wissensformen, Taktiken und Rationalitäten, die das Regieren, durch Fremd- und Selbstführung organisieren (vgl. Foucault 2020: 114-115).

Mit dem Aufkommen des Staates im 16. Jahrhundert verliert die Religion zunehmend an gesellschaftlicher Bedeutung, während der Staat als strukturierende Instanz stärker an Einfluss gewinnt. Zu dieser Zeit entsteht das, was Michel Foucault als eine neue „Kunst des Regierens“ beschreibt (Foucault 2020: 91). Regieren wird nun nicht mehr als ein persönliches Recht oder

Besitz eines Souveräns verstanden, der mit Hilfe von Gesetzen und Strafen über ein bestimmtes Territorium und die dazugehörigen Menschen herrscht. Vielmehr verschiebt sich der Fokus: Anstelle eines zentralen Herrschers tritt die Frage nach dem „Wie“ des Regierens in den Mittelpunkt. Es geht nicht mehr um eine direkte Form der souveränen Regierung, sondern um Methoden, Techniken und Taktiken, durch die das Verhalten von Menschen subtil gelenkt und so regiert werden soll (vgl. Foucault 2020: 91–92).

Diese neue Rationalität des Regierens versteht Macht nicht mehr primär als souverän und repressiv, sondern als eine Form der produktiven Lenkung und Führung. Gouvernamentalität wird dabei zu einer Regierung der Lebensführung. Also zu einer gezielten Beeinflussung der Art und Weise, wie Individuen ihr Leben gestalten und führen. Macht wirkt nicht mehr nur über Gesetze und Strafen, sondern durch alltägliche Formen der Steuerung, Planung und Einflussnahme auf das Verhalten der Menschen. So entsteht ein Verständnis von Regierung, das weit über klassische Herrschaftsformen hinausgeht und die gesamte Gesellschaft durchzieht. Foucault schreibt hierzu selbst: „Um einen Staat zu regieren, wird man eine Ökonomie einsetzen müssen, (...) die Lebensführung aller und jedes Einzelnen unter eine Form von Überwachung und Kontrolle stellen“ (Foucault 2020: 99).

Vor allem an der veränderten Rolle der Polizei lässt sich der neue Regierungsstil gut erkennen. Polizei bedeutet in diesem Zusammenhang nicht mehr nur Kontrolle und Überwachung von oben, um gesellschaftliche Ordnung aufrechtzuerhalten. Sie wird vielmehr zu einer Institution, die aktiv dazu beitragen soll, das Leben der Menschen zu verbessern. Durch administrative Maßnahmen soll das Wohlergehen der Bevölkerung gefördert werden, zum Beispiel, indem man Taktiken einsetzt, die für stabile Lebensverhältnisse sorgen, die Wirtschaft unterstützen oder Menschen helfen, sozial oder beruflich aufzusteigen. „Dass die Menschen überleben, dass sie leben und dass sie noch etwas mehr tun, als nur zu überleben – dafür hat die Polizei zu sorgen“ (Foucault 2020: 57) Die Polizei ist damit nicht mehr ein Mittel zur Unterdrückung, sondern wird zu einem produktiven Werkzeug, das den Staat unterstützt und dem Wohl der gesamten Gesellschaft dienen soll (Foucault 2020: 54-57; Gehring 2020: 157–158).

Während sich frühere Formen politischer Macht vor allem auf die Kontrolle eines Territoriums bezogen, verschiebt sich mit der neuen Kunst des Regierens auch das Objekt der Regierung. Foucault beschreibt, dass nicht mehr das Territorium im Zentrum der Regierung steht, sondern die „Dinge“. Regiert werden also die „Dinge“, aber was genau ist damit gemeint? Gemeint sind vor allem die Menschen selbst, aber auch die Menschen in ihrer Verbindung mit materiellen und immateriellen Sachen wie Gebräuchen, Sitten, Reichtümern, Lebensmittel aber auch

Unglücke wie Krankheiten oder den Tod (vgl. Foucault 2020: 101). Regieren bedeutet nun, diese Vielzahl von Faktoren so zu lenken, dass bestimmte gesellschaftliche Ziele erreicht werden können. Also eine Form der allgemeinen Lenkung der Bevölkerung. Dabei rückt das Wohl der Bevölkerung selbst, als Gegenstand dieser Regierung, immer stärker in den Mittelpunkt. Ziel ist es nun, das Leben der Menschen in verschiedenen Bereichen, wie Gesundheit, Armut, Arbeit oder Sicherheit zu beeinflussen und zu steuern.

Diese Lenkung ist dabei nicht willkürlich, sondern verfolgt konkrete Ziele. Das Regieren hat eine Zweckbestimmung und verfolgt einer staatlichen Rationalität. Foucault beschreibt Regierung als das „richtige Verfügen über die Dinge“, also das gezielte Lenken von Menschen und ihrer Umwelt im Sinne gesellschaftlicher Zielsetzungen (Foucault 2020: 102). Der zentrale Unterschied zur souveränen Macht liegt darin, dass Regierung hier nicht nur auf blinden Gehorsam durch Befehl und Strafe setzt, sondern darauf, Verhalten strategisch zu beeinflussen, zu normieren und so die Bevölkerung produktiv zu lenken. Nicht das Durchsetzen von Gesetzen steht im Vordergrund, sondern die Frage, wie Menschen dazu gebracht werden können, sich auf eine bestimmte, vorgegebene Weise zu verhalten. Möglichst ohne Zwang, und möglichst so, dass sich stabile gesellschaftliche Ordnungen herausbilden (vgl. Foucault 2020: 102-105).

Die Instrumente dieser Lenkung sind nicht mehr in erster Linie Gesetze, sondern unterschiedliche Taktiken und Methoden. Regierung zielt darauf ab, durch verschiedene Maßnahmen bestimmte Verhaltensweisen zu ermöglichen oder wahrscheinlicher zu machen. Foucault beschreibt dies als eine Form produktiver Macht, die Leben fördert und gestaltet, statt es zu unterdrücken. Um dies zu ermöglichen, bedient sich die Regierung moderner Wissensformen wie der Statistik, die als „Wissenschaft vom Staat“ fungiert. Durch die systematische Erfassung und Auswertung von Daten und Produktion von Wissen wird Verhalten analysierbar, kategorisierbar und steuerbar gemacht (vgl. Foucault 2020: 104-106).

Ein zentraler Wandel ergibt sich dabei auch auf der Ebene des Modells der Regierung. Während früher die Familie als zentrales Modell der Regierung diente, rückt nun die Bevölkerung als Ganzes ins Zentrum der Regierung. Die Bevölkerung wird zum Objekt und zum Ziel der Regierung. Die Bevölkerung besitzt dabei bestimmte Eigenschaften, die sich nicht mehr auf das vorherige Familienmodell zurückführen lassen, sondern durch eigenständige gesellschaftliche Dynamiken gekennzeichnet sind. Wodurch sich das Modell der Regierung anpassen muss. Regierung bedeutet in diesem Zusammenhang, diese Dynamiken der Bevölkerung zu erfassen und durch gezielte Eingriffe zu steuern (ebd.: 110-112).

Gouvernementalität beschreibt also jene spezifische Machtform, die sich aus der Verbindung von souveräner Herrschaft, disziplinarischer Kontrolle und moderner Bevölkerungspolitik, also der Biopolitik, ergibt. Foucault bringt diese Beziehung auf den Punkt, wenn er die moderne Regierung als ein Dreieck aus Souveränität, Disziplin und Gouvernementalität beschreibt (vgl. Foucault 2020: 114). Dieses Dreieck steht für eine neue Form der Macht, die nicht mehr auf Repression, sondern auf die strategische Steuerung der Bevölkerung durch Wissen und Taktiken zielt.

Foucault fasst dieses komplexe Konzept in seiner eigenen Definition zusammen: „Unter Gouvernementalität verstehe ich die Gesamtheit, gebildet aus den Institutionen, den Verfahren, Analysen und Reflexionen, den Berechnungen und den Taktiken, die es gestatten, diese recht spezifische und doch komplexe Form der Macht auszuüben, die als Hauptzielscheibe die Bevölkerung, als Hauptwissensform die politische Ökonomie und als wesentliches technisches Instrument die Sicherheitsdispositive hat“ (Foucault 2020: 114–115).

Gouvernementalität bezeichnet bei Foucault also nicht einfach eine neue Art der politischen Machtausübung, sondern eine umfassende Logik des Regierens, die darauf abzielt, Verhalten zu lenken, Lebensführung zu beeinflussen und die Bevölkerung als Ganzes produktiv zu steuern. Anstelle direkter Befehle oder repressiver Maßnahmen treten Wissensproduktion, statistische Erhebung, normative Erwartungen und gezielte Anreize als Grundlage der Regierung. Diese Form der Macht operiert nicht offen autoritär, sondern subtil durch die Strukturierung von Handlungsräumen. Sie umfasst eine Vielzahl an Strategien, die darauf ausgerichtet sind, Individuen und die Bevölkerung als Ganzes so zu führen, dass sie sich selbst im Sinne bestimmter Zielvorstellungen verhalten und selbstregieren. Gouvernementalität verbindet damit souveräne Herrschaft, disziplinarische Kontrolle und bevölkerungspolitische Lenkung zu einer strategischen, flexiblen und produktiven Form des Regierens, die bis tief in den Alltag der Menschen hineinwirkt (vgl. Foucault 2020: 91-117).

Wie sich diese Logik des Regierens in den folgenden Jahrhunderten weiterentwickelt, zeigt Foucault am Beispiel des Liberalismus. Denn mit dem Aufstieg liberaler Ideen verändert sich nicht nur das Verhältnis zwischen Staat und Bevölkerung, sondern auch die Art und Weise, wie Regierung ausgeübt wird. Im nächsten Abschnitt wird daher die liberale Gouvernementalität als spezifische historische Ausprägung dieser Regierungsform näher betrachtet.

2.1.3 Liberale Gouvernamentalität

Nachdem Foucault mit dem Begriff der Gouvernamentalität ein neues Verständnis politischer Macht entwickelt hat, richtet sich meine Aufmerksamkeit nun auf eine ihrer historischen Ausprägungen, nämlich den Liberalismus. In dieser Form des Regierens geht es weniger um direkte Anweisungen oder Eingriffe des Staates. Stattdessen versucht die Regierung, Freiheit als Mittel der Steuerung zu nutzen. Der Staat gibt nicht vor, was Menschen tun sollen, sondern gestaltet die Rahmenbedingungen so, dass sie ihre Entscheidungen in diesen Rahmenbedingungen selbst treffen können. Diese Freiheit ist jedoch kein natürlicher Zustand, sondern wird bewusst hergestellt und kann gleichzeitig auch begrenzt werden, wenn es der Stabilität oder Sicherheit der Gesellschaft nützt. Regierung bedeutet in diesem Zusammenhang, das Verhalten der Menschen so zu beeinflussen, dass sie ihre Freiheit in einer Weise nutzen, die mit wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Zielen übereinstimmt. Es entsteht also eine Regierung durch Freiheit (vgl. Gehring 2020: 158-159).

In seinen Vorlesungen beschreibt Foucault, wie sich im 18. Jahrhundert eine neue Regierungsrationalität etabliert, der Liberalismus. Im Liberalismus steht die Frage im Zentrum, wie Regierung möglichst wenig regieren kann. Die Vernunft der Regierung wird an ihrer „Genügsamkeit“ bemessen, also an ihrer Fähigkeit, sich selbst begrenzen zu können. Der direkte Eingriff des Staates wird also eingeschränkt (Foucault 2020: 120).

Der Markt spielt eine zentrale Rolle im Liberalismus. Foucault beschreibt ihn als Maßstab, an dem sich Regierung zunehmend orientiert. Er wird zum „Ort der Wahrheit“ (Foucault 2020: 121), an dem deutlich wird, ob Regierungshandeln als gerecht, nützlich oder angemessen gilt. Damit erfüllt der Markt eine epistemische Funktion: Er wird zu einem „Ort der Veridiktion“ (ebd.: 126), also ein Ort der Verifizierung und der Wahrheitsproduktion im Hinblick auf die Regierungspraxis. Diese „Veridiktion“ bedeutet, dass der Markt nicht nur als wirtschaftlicher Mechanismus funktioniert, sondern als Instanz, die darüber entscheidet, ob eine bestimmte Regierungspraxis sinnvoll ist oder nicht. Der Markt fungiert dabei als eine Art Prüfstand: Regierung gilt als gut, wenn sie sich an den Prinzipien des Marktes orientiert und diesen nicht einschränkt. Gleichzeitig begrenzt der Markt jedoch die Reichweite von Regierung: Eingriffe sollen nur erfolgen, wenn sie marktkompatibel sind oder das ökonomische Gleichgewicht nicht stören. Im Liberalismus soll Regierung den Markt nicht stören, sondern sich an seiner inneren Logik orientieren und sich selbst daran begrenzen. Es wird die Frage gestellt wie viel Regierung überhaupt sinnvoll ist.

Die politische Ökonomie beschreibt genau diese Orientierung an Marktprinzipien und macht sie zur Grundlage politischen Handelns. Sie bringt eine neue Wissensform hervor, die es erlaubt, Regierung in Beziehung zum Markt zu denken, zu bewerten und zu steuern. Foucault beschreibt die politische Ökonomie als die Theorie, die „die Freiheit des Marktes“ und eben die Marktprinzipien zum zentralen Bezugspunkt politischen Handelns macht (Foucault 2020: 125; 133). Die politische Ökonomie legt damit die Prinzipien fest, an denen sich Regierung orientieren soll, und schafft damit eine neue wirtschaftsorientierte Rationalität des Regierens: den Liberalismus. Regierung soll nicht mehr zentral befehlen oder direkt eingreifen, sondern anhand ökonomischer Interessen Rahmenbedingungen gestalten, innerhalb derer sich das Verhalten der Bevölkerung möglichst selbstreguliert.

Das bekannte Motto „laissez-faire“ (Gehring 2020: 158) fasst diese Haltung treffend zusammen. Der Staat soll möglichst wenig eingreifen und den Kräften des Marktes freien Lauf lassen. Dabei bedeutet Freiheit im Liberalismus nicht, dass Menschen einfach tun können, was sie wollen. Vielmehr geht es darum, bestimmte Freiheiten zu ermöglichen, die mit den Prinzipien des Marktes übereinstimmen beziehungsweise den Markt fördern. Foucault beschreibt dies in den Vorlesungen mit den Worten: „Ich werde dir die Möglichkeit zur Freiheit bereitstellen. Ich werde es so einrichten, dass du frei bist, frei zu sein“ (Foucault zit. n. Gehring 2020: 159). Diese Freiheiten sind also nicht einfach vorausgesetzt, sondern gezielt hergestellt sowie begrenzt und dadurch eigentlich vorstrukturiert. Regierung bedeutet hier nicht weniger Macht, sondern eine indirektere Steuerung durch die Gestaltung von Rahmenbedingungen, innerhalb derer Individuen sich selbst regieren sollen. Regiert wird also, indem Rahmenbedingungen geschaffen werden, innerhalb derer Individuen ihre Freiheit so nutzen, dass sie mit wirtschaftlichen Prinzipien übereinstimmen (vgl. ebd.). Foucault definiert Freiheit konkret als „Unabhängigkeit der Regierten gegenüber den Regierenden“ (Foucault 2020: 138).

Ein zentrales Prinzip liberalen Regierens ist dabei auch die Frage nach der Nützlichkeit der Regierung. Regierung wird nicht mehr anhand von rechtlichen oder moralischen Kriterien beurteilt, sondern danach, ob sie einen konkreten Nutzen hat oder nicht. In diesem Kontext des Utilitarismus wird die Frage der Legitimität der Regierung durch die Frage nach der Nützlichkeit beziehungsweise Überflüssigkeit der Regierung ersetzt. Regiert werden soll nur so weit, wie es nützlich ist. Das heißt, nur so weit, wie Regierungspraktiken mit den Prinzipien des Marktes vereinbar sind und das Funktionieren des Marktes nicht einschränkt, sondern fördert (vgl. Foucault 2020: 137–140).

Die im Liberalismus hervortretende politische Ökonomie markiert damit nicht nur einen Wandel in der Rationalität von Regierung, sondern auch einen Wandel in ihrer Wissensgrundlage. Foucault beschreibt, dass die „Weisheit des Fürsten“ zunehmend durch das Wissen ökonomischer Experten ersetzt wird. Dieses Wissen bietet also nun die Grundlage für politisches Handeln und bestimmt, woran sich Regierung misst und orientiert. Eine Verschiebung, die weitreichende Folgen für das Regieren hat. Regieren bedeutet also, Bedingungen zu gestalten, unter denen sich das Verhalten der Bevölkerung möglichst in Übereinstimmung mit marktwirtschaftlichen Zielsetzungen selbst reguliert (vgl. Gehring 2020: 159).

Auch Fach beschreibt, wie sich mit dem Aufkommen der politischen Ökonomie diese neue Form des Regierens entwickelt, die auf wissenschaftlichem Wissen basiert. Bevölkerung wird dabei zunehmend als abstrakte Einheit verstanden, deren Dynamiken sich anhand von statistischen Indikatoren wie Sterblichkeit, Krankheitsverläufen oder Unfallhäufigkeit erfassen lassen. Ziel ist es, solche Entwicklungen berechenbar zu machen und durch gezielte Maßnahmen steuernd einzugreifen und zu lenken. Damit etabliert sich eine Form der Regierung, die sich nicht mehr auf Recht oder Moral gründet, sondern auf Wirtschaft, Wissen und Effizienz (vgl. Fach 2020: 126–127).

Die Analyse der liberalen Gouvernamentalität zeigt, dass Freiheit hier nicht im Gegensatz zur Regierung steht, sondern bewusst als Mittel der Steuerung eingesetzt wird. Also eine Regierung durch Freiheit. Regiert wird nicht mehr über direkte Anweisungen, sondern durch die Gestaltung von Rahmenbedingungen, unter denen sich individuelles sowie gesellschaftliches Verhalten in eine gewünschte Richtung lenken lässt.

Im folgenden Kapitel wird nun eine weitere Ausprägung dieser liberalen Regierungspraxis in den Blick genommen: der Neoliberalismus.

2.1.4 Neoliberale Gouvernamentalität

Nachdem Foucault gezeigt hat, wie sich in der liberalen Gouvernamentalität eine Form des Regierens etabliert, die Freiheit als Mittel der Steuerung nutzt, analysiert er in seinen späteren Vorlesungen die Weiterentwicklung dieser Logik im 20. Jahrhundert: den Neoliberalismus. Dabei unterscheidet Foucault zwei zentrale Ausprägungen: den deutschen Ordoliberalismus und den US-amerikanischen Neoliberalismus. Beide Ansätze kritisieren ein zu starkes Eingreifen des Staates und setzen stattdessen auf Marktmechanismen, unterscheiden sich

jedoch in ihren theoretischen Voraussetzungen, historischen Kontexten und politischen Zielsetzungen (vgl. Foucault 2020: 150–151; vgl. Gehring 2020: 159–160).

Der deutsche Ordoliberalismus, wie er sich nach dem Zweiten Weltkrieg insbesondere durch die Freiburger Schule entwickelte, zielt darauf, die Marktwirtschaft nicht einfach geschehen zu lassen, sondern durch staatliche Rahmensetzung zu ermöglichen. Der Staat soll nicht unmittelbar in wirtschaftliche Prozesse eingreifen, sondern die Bedingungen für einen funktionierenden Wettbewerb schaffen und diesen garantieren. Der Staat verwandelt sich in einen Wettbewerbsstaat, der nicht mehr direkt steuert, sondern Bedingungen schafft, unter denen Menschen sich als Unternehmer ihrer selbst verstehen (vgl. Foucault 2020: 154; vgl. Bröckling 2013: 57; vgl. Fach 2020: 128). Ludwig Erhard formuliert dies mit dem Satz: „Man muss die Wirtschaft von staatlichen Einschränkungen befreien“ (Foucault 2020: 155). Wettbewerb wird hier nicht nur als wirtschaftliches Prinzip gedacht, sondern als gesellschaftliches Ordnungsprinzip. Ziel ist die Entstehung einer sogenannten Unternehmensgesellschaft, in der wirtschaftliche Logiken gesellschaftliches Leben prägen und leiten.

Die wirtschaftliche Freiheit soll demnach nicht nur dem Einzelnen nützen, sondern gleichzeitig die Legitimitätsbasis staatlichen Handelns darstellen. Der Staat wird nicht durch einen übergeordneten moralischen oder juristischen Anspruch legitimiert, sondern durch seine Fähigkeit, einen freien Markt zu garantieren. Dabei wird Wettbewerb nicht nur als ökonomischer Mechanismus verstanden, sondern als grundlegendes Prinzip, nach dem gesellschaftliche Bereiche grundsätzlich organisiert und gesteuert werden sollen. Er dient als Maßstab dafür, ob Handlungen als effizient, angemessen oder erfolgreich gelten (vgl. Foucault 2020: 154–159).

Dieser Ansatz betont, dass der Staat nur dann legitim handeln kann, wenn er die wirtschaftliche Freiheit der Bürger*innen achtet und gewährleistet. Ein Staat, der durch übermäßigen Interventionismus individuelle Freiheiten verletzt, verliert damit seine eigene Legitimationsgrundlage (vgl. Foucault 2020: 157–159). Die Legitimität des Staates soll also nicht mehr primär rechtlich oder moralisch begründet werden, sondern ergibt sich aus seiner Funktion als Garant wirtschaftlicher Freiheit. Diese wirtschaftliche Freiheit erzeugt laut Foucault einen permanenten Konsens: Wer sich am Markt beteiligen kann, stimmt implizit dem System zu (vgl. 2020: 160; vgl. Gehring 2020: 160).

Aus dieser Perspektive ist der Markt nicht einfach nur ein Ort für wirtschaftlichen Handel, sondern ein Maßstab, an dem sich politische Entscheidungen und gesellschaftliche Entscheidungen messen lassen und orientieren sollen. Anhand von Preisen, Wachstum oder Wettbewerb lässt sich zeigen, ob Regierungshandeln als sinnvoll, erfolgreich oder legitim gilt (vgl. Foucault 2020: 161). Regierung wird damit zu einer Praxis, die sich an der wirtschaftlichen Rationalität orientiert. Wettbewerb, Effizienz und Nutzen werden zum Maßstab des politischen Handelns. Der Staat zieht sich nicht einfach zurück, sondern verändert seine Regierungsweise: Er greift weniger direkt ein, sondern schafft Bedingungen, unter denen Menschen sich entlang Marktprinzipien selbst steuern und so selbst regieren. Damit wird die Gesellschaft insgesamt nach dem Modell des Marktes geordnet (vgl. Foucault 2020: 205; vgl. Fach 2020: 129).

Foucault beschreibt dies als eine umfassende Ökonomisierung des Sozialen: Das Leben des Individuums soll selbst zu einer Art Unternehmen werden, das ähnlich wie ein Betrieb, planvoll mit Ressourcen umgeht, Risiken kalkuliert und in seine eigene Verbesserung investiert. Selbst Aspekte wie das Verhältnis zur eigenen Familie, zu Versicherungen oder zum Eigentum werden in diese unternehmerische Logik überführt (vgl. Foucault 2020: 206–207). Dies zeigt, dass die unternehmerische Rationalität nicht auf den Arbeitsbereich beschränkt bleibt, sondern sich tief in die alltägliche Lebensführung der Menschen einschreibt.

Noch weiter geht der US-amerikanische Neoliberalismus, wie er insbesondere von der Chicagoer Schule geprägt wurde. Anders als im Ordoliberalismus, wo der Markt als normativer Rahmen vorausgesetzt wird, setzt der amerikanische Neoliberalismus den Markt als allgemeinen Rahmen für die Analyse und Gestaltung aller gesellschaftlichen Bereiche ein. Auch Bereiche wie Familie, Bildung oder Gesundheit werden zunehmend nach wirtschaftlichen Prinzipien gestaltet. Der Neoliberalismus erscheint hier nicht nur als eine politische Ideologie, oder als Orientierungspunkt, sondern als eine umfassende Denkweise, als „eine ganze Seins- und Denkweise“ (Foucault 2020: 181; vgl. Lemke 2020: 304).

Der Markt wird zum allgemeinen Analyseraster für gesellschaftliche Verhältnisse. Foucault beschreibt dies als eine „ökonomische Analyse des Nicht-Ökonomischen“ (Foucault 2020: 209). Auch nicht-wirtschaftliche Felder wie Familie, Partnerschaft oder Kindererziehung werden nun unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten betrachtet. Diese Ausweitung wirtschaftlicher Logiken auf zuvor autonome Lebensbereiche zeigt, wie umfassend sich ökonomische Rationalitäten im neoliberalen Denken durchsetzen.

Zwar verfolgt auch der deutsche Ordoliberalismus das Ziel, Marktprinzipien in die Gesellschaft zu übertragen, doch bleibt dieser Ansatz vor allem normativ ausgerichtet: Der Staat soll Bedingungen schaffen, unter denen sich Wettbewerb entfalten kann. Der US-amerikanische Neoliberalismus geht über diese Ordnungsvorstellung hinaus. Hier wird der Markt nicht nur als Rahmen verstanden, sondern als universelles Denk- und Analyseprinzip, das auf alle Lebensbereiche angewandt wird, selbst auf Bereiche, die traditionell als nicht-ökonomisch galten, wie Familie, Erziehung oder Kriminalität (vgl. Foucault 2020: 209). Der Markt wird zur Brille, durch die gesellschaftliche Wirklichkeit gesehen wird.

Zentral für diesen Ansatz ist das Konzept des Humankapitals. Das Individuum wird nicht mehr nur als Konsument oder Tauschpartner gedacht, sondern als homo oeconomicus, der sich selbst als Unternehmen versteht, als Unternehmer seiner selbst und so sein Leben unter unternehmerischen Aspekten organisiert (vgl. Foucault 2020: 183-203; vgl. Bröckling 2013: 57-60; vgl. Gehring 2020: 160). Investitionen in Bildung, Gesundheit oder soziale Kompetenzen werden als strategische Entscheidungen betrachtet, die der Vergrößerung des eigenen Humankapitals dienen sollen (vgl. Foucault 2020: 198–199; vgl. Fach 2020: 129). Diese Form der Subjektivierung bringt eine neue Art von Selbstverhältnis hervor: Das Individuum wird aufgefordert, sich selbst an Marktprinzipien zu halten und sich an diesen zu orientieren, um im Wettbewerb bestehen zu können.

Diese Perspektive wirkt sich auch auf die Rolle von Regierung aus. Regieren bedeutet nun, die gesellschaftlichen Bedingungen so zu gestalten, dass Individuen eigenständig Entscheidungen treffen, die mit ökonomischen Zielsetzungen übereinstimmen. Dabei geht es nicht mehr um direkte Anweisungen oder Gehorsam gegenüber staatlicher Autorität, sondern darum, dass Menschen in einem bestimmten Rahmen frei handeln, nämlich innerhalb der Logik von Wettbewerb, Effizienz und Nutzen. Der homo oeconomicus wird zur zentralen Figur dieser Regierungsform. Nur wenn sich ein Individuum selbst als wirtschaftlich handelndes Subjekt versteht, also als jemand, der sein Verhalten nach Kosten-Nutzen-Kalkülen ausrichtet, in seine Fähigkeiten investiert und seinen Wert auf einem Markt zu steigern versucht, ist es für politische Steuerung überhaupt erreichbar. Nur wenn sich ein Mensch dieser Marktordnung unterwirft, kann diese Form des Regierens überhaupt greifen. Wer sich dieser Denkweise entzieht, wird für die neoliberale Machtform weitgehend unsichtbar. Man entzieht sich ihren Zugriffsmöglichkeiten. Regierung zielt daher nicht auf alle möglichen Verhaltensweisen, sondern nur auf jene, die sich unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten strukturieren und beeinflussen lassen (vgl. Foucault 2020: 222; vgl. Lemke 2020: 304).

Insgesamt beschreibt Foucault die neoliberale Gouvernamentalität als eine Form politischer Rationalität, die nicht weniger, sondern anders regiert. Es handelt sich nicht um einen einfachen Rückzug des Staates, sondern um dessen Umbau: Die Regierung soll nicht, oder zumindest weniger, direkt eingreifen, sondern möglichst effiziente Rahmenbedingungen schaffen, unter denen sich Verhaltensweisen, orientiert an dem vorgegebenen Rahmen, von selbst regulieren. Freiheit erscheint hier nicht als Gegensatz zur Macht, sondern als ihr Werkzeug. Eine Regierung durch Freiheit. Gerade weil die neoliberale Machtform auf Eigenverantwortung, Effizienz und Selbstoptimierung setzt, ist sie besonders wirksam und besonders tiefgreifend. Sie macht sich den Wunsch der Menschen nach Autonomie zunutze, um diese mit ökonomischen Zielen zu verbinden (vgl. Foucault 2020: 222; vgl. Lemke 2020: 304; vgl. Fach 2020: 130).

Die in Foucaults Vorlesungen entwickelten Überlegungen zur Gouvernamentalität wurden in den folgenden Jahrzehnten von den sogenannten Governmentality Studies aufgenommen und weiterentwickelt. Im Zentrum steht dort die Frage, wie durch konkrete Praktiken und Dispositive Formen der Selbststeuerung hervorgebracht werden. Regierung wird nicht mehr als ausschließlich staatliches Handeln verstanden, sondern als ein komplexes Zusammenspiel verschiedenster Akteure, Programme und Techniken, wie beispielsweise Evaluationen, Statistiken oder pädagogische Verfahren. Diese wirken nicht durch direkten Zwang, sondern dadurch, dass sie bestimmte Entscheidungen wahrscheinlicher machen als andere. Die Freiheit dient als Instrument der Macht (vgl. Lemke 2020: 437–440).

Auch meine Arbeit knüpft an diese Perspektive an, indem sie aufzeigt, wie sich Regierung durch digitale Technologien, Plattformen und algorithmische Verfahren im Überwachungskapitalismus neuformiert. Die Frage ist nun, wie sich diese neue Form der Macht im digitalen Zeitalter ausprägt. Während sich neoliberale Gouvernamentalität durch die Selbststeuerung entlang marktlicher Prinzipien auszeichnet, verändern sich im digitalen Kapitalismus die Formen der Macht grundlegend. Neue Steuerungsweisen entstehen, in denen Verhalten durch Daten erfasst, analysiert und beeinflusst wird, Subjektivierung über algorithmische Rückmeldungen erfolgt und Entscheidungen durch unsichtbare Rahmenbedingungen vorstrukturiert werden.

Um diese Veränderungen theoretisch zu fassen, greifen die folgenden Kapitel auf zwei zentrale Konzepte von Foucault zurück: Panoptismus und Dispositiv. Diese Konzepte ermöglichen es, Macht nicht als zentrales Instrument staatlicher Kontrolle zu verstehen, sondern als ein Geflecht aus diskursiven, institutionellen und technologischen Praktiken, das in die alltägliche

Lebensführung eingreift und Subjekte formt. Sie bilden damit die theoretische Grundlage, um die Veränderung von Macht und Subjektivierung im Überwachungskapitalismus analytisch zu rekonstruieren.

2.3 Panoptismus – Selbststeuerung durch mögliche Sichtbarkeit

Obwohl der Panoptismus bei Foucault historisch zur Disziplinarmacht gehört und im Vergleich zur neoliberalen Gouvernementalität stärker mit früheren, repressiveren Machtformen verbunden wird, bleibt das damit beschriebene Konzept auch im digitalen Kapitalismus von zentraler Bedeutung, um heutige Formen digitaler Überwachung und Selbststeuerung zu verstehen. Wearables, Gesundheitsapps oder andere algorithmische Systeme schaffen heute einen Zustand permanenter Beobachtung. Diese Technologien erzeugen Sichtbarkeit, ermöglichen so Vergleiche und führen zu einer Form der Selbstanpassung, die nicht erzwungen wird, sondern selbstständig erfolgt. Ganz im Sinne der panoptischen Logik, die Foucault als Mechanismus beschreibt, durch den Macht automatisiert und verinnerlicht wird (vgl. Wolf 2020: 323–325; vgl. Bogdal 2020: 76). Um diese Dynamik der Selbstanpassung durch die ständige Beobachtung besser zu verstehen, wird das Konzept des Panoptismus im folgenden Kapitel aufgegriffen und in seiner digitalen Erscheinungsform beschrieben.

Im Anschluss an die theoretischen Grundlagen von Foucaults Machtbegriff lässt sich der Panoptismus als Beispiel einer modernen, digitalen Machtform verstehen, die nicht durch offenen Zwang, sondern durch permanente mögliche Beobachtung, Normierung und Selbststeuerung funktioniert. In *Überwachen und Strafen* analysiert Foucault die Verschiebung von einer souveränen Macht hin zu einer disziplinierenden Macht, die sich in gesellschaftliche Institutionen wie Schulen, Gefängnisse oder Fabriken einschreibt. Diese Form der Macht zeigt sich nicht als repressive Gewalt, sondern wirkt unauffällig im Alltag, indem sie Menschen das Gefühl gibt, ständig überwacht und kontrolliert werden zu können. Also die Möglichkeit ständiger Kontrolle und Überwachung (vgl. Bogdal 2020: 73–75; Wolf 2020: 323–324). Bestimmte Begriffe wie Überwachung, Disziplin und Sichtbarmachung tauchen heute in digital transformierter Form erneut auf. Deshalb wird der Panoptismus hier aufgegriffen, um diese Dynamiken im Kontext digitaler Machtverhältnisse genauer zu analysieren.

Wie in den vorherigen Kapiteln beschrieben, begreift Foucault Macht nicht als etwas, das von einem souveränen Herrscher ausgeht, sondern als etwas, das sich in alltäglichen Situationen entfaltet und alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens durchdringt: „Macht ist nicht eine Institution, ist nicht eine Struktur, ist nicht eine Mächtigkeit einiger Mächtiger. Die Macht ist

der Name, den man einer komplexen strategischen Situation in einer Gesellschaft gibt“ (Foucault zit. nach Bogdal 2020: 74).

In diesem Zusammenhang beschreibt Panoptismus bei Foucault eine Form der Macht, die weg von der öffentlichen Machtausübung eines souveränen Herrschers geht, hin zu einem subtilen, disziplinierten Zugriff auf das Verhalten der Individuen. Oder, wie Foucault es selbst formuliert: Die Macht wird im 19. Jahrhundert „[...] nun nicht mehr über Rituale, sondern durch permanente Überwachungs- und Kontrollmechanismen ausgeübt“ (Foucault zit. nach Bogdal 2020: 72). Diese Logik ist auch für das Verständnis digitaler Machtverhältnisse zentral, wie sie im Überwachungskapitalismus vorkommen.

Foucault illustriert diese Entwicklung in seinem Werk *Überwachen und Strafen* (1975), indem er den Wandel im Strafsystem des 18. und 19. Jahrhunderts aufzeigt. Besonders eindrucksvoll gelingt ihm dies durch den Vergleich zweier Szenen. Zum einen beschreibt er die öffentliche Hinrichtung Robert-François Damiens im Jahr 1757. Ein Beispiel königlicher Souveränität, das den Verurteilten zur Schau stellt und tötet. Diese Strafe ist für Foucault ein typisches Beispiel souveräner Machtausübung. Sie stellt nicht in erster Linie Gerechtigkeit im rechtlichen Sinne her, sondern hat eine symbolische Funktion. Durch das Verbrechen wird die Autorität des Königs herausgefordert und mit der Bestrafung wird die verletzte Souveränität öffentlich wiederhergestellt. Die Strafe ist somit ein politisches Ritual, das Macht demonstriert und abschrecken soll. Zum anderen stellt er diesem Akt der Gewalt ein detailliertes Regelwerk für jugendliche Strafgefangene aus dem Jahr 1838 gegenüber, das den Alltag bis ins Kleinste organisiert: Essenszeiten, Arbeitsabläufe, Schweigezeiten. Hier zeigt sich eine andere Logik der Macht. Diese ist nicht mehr auf Gewalt angewiesen, sondern wirkt leise und kontinuierlich durch Überwachung, Disziplin und Normierung. So wird sichtbar, wie sich die Ausprägung von Macht radikal verändert hat. Von der öffentlichen Zurschaustellung körperlicher Strafe hin zu einer rationalisierten, normierenden Kontrolle des Alltags der Menschen (vgl. Bogdal 2020: 73–75).

Das architektonische Symbol dieser neuen Macht ist das Panopticon, ein von Jeremy Bentham entwickelter Gefängnisentwurf, bei dem die Gefangenen in Einzelzellen im Kreis um einen zentralen Wachturm angeordnet sind. Von dort aus können sie potenziell ständig beobachtet werden, ohne sicher zu wissen, ob sie tatsächlich beobachtet werden. Dieses Gefühl der ständigen Überwachung führt jedoch bereits zur inneren Disziplinierung. Die Überwachung muss nicht real sein, ihre Möglichkeit genügt. Die Subjekte passen ihr Verhalten aus Angst vor möglicher Beobachtung selbstständig an. Die Besonderheit des Panopticon liegt darin, dass es

keine zentrale Figur mehr benötigt. Es ist ein Machtmechanismus, welches unabhängig von individueller Ausübung funktioniert. Foucault spricht in diesem Zusammenhang davon, dass Macht „automatisiert und entindividualisiert“ wird. Sie ist nicht länger an eine Person gebunden, sondern ergibt sich aus dieser sehr spezifischen Struktur und Funktionsweise des Panopticon (vgl. Wolf 2020: 323).

Während Bentham mit dem Panopticon ein konkretes architektonisches Modell für ein Gefängnis entworfen hat, überführt Foucault diese Idee in ein allgemeines gesellschaftliches Konzept der Macht, welches in dieser Form auch im Überwachungskapitalismus wiederzufinden ist. Er nennt dieses Prinzip Panoptismus. Dieser bezeichnet nicht mehr das architektonische Modell selbst, sondern ein umfassendes, gesellschaftliches System von Überwachung, Sichtbarmachung und Normierung, welches in vielen gesellschaftlichen Bereichen erkennbar ist, etwa in Schulen, Krankenhäusern, beim Militär oder in Fabriken. Der Panoptismus steht für eine neue Form der Macht, bei der Kontrolle nicht durch Gewalt, sondern dadurch funktioniert, dass Individuen sich durch die Möglichkeit ständiger Überwachung selbst anpassen und normieren. Sie also eigentlich selbst regieren (vgl. Wolf 2020: 323).

Diese Machtform entfaltet ihre Wirkung dadurch, dass sie mittlerweile überall im Alltag verankert ist. Sie funktioniert durch Routinen, Regeln und das Gefühl permanenter Überwachung und Kontrolle. Das Entscheidende ist, dass die Möglichkeit der Beobachtung ausreicht, um ein angepasstes Verhalten bei den Individuen hervorzubringen. In Schulen zeigt sich diese Disziplin etwa daran, dass Schüler*innen ruhig bleiben, sich an Regeln halten und die vorgegebenen Abläufe befolgen. Nicht weil sie ständig aktiv dazu angehalten werden, sondern weil sie wissen, dass sie jederzeit beobachtet werden können und deshalb ihr Verhalten an die Norm und an das System der Schule anpassen. In Krankenhäusern orientieren sich Patient*innen an den Erwartungen des Pflegepersonals und folgen den Anweisungen des Arztes, weil sie wissen, dass ihr Verhalten beobachtet und kontrolliert wird. Die Anpassung funktioniert hier nicht durch direkten Zwang, sondern durch die Möglichkeit, ständig beobachtet und bewertet zu werden (vgl. Bogdal 2020: 76).

Das Prinzip des Panoptismus zeigt, wie eng Macht und Wissen bei Foucault miteinander verbunden sind. Es geht nicht nur darum, Individuen zu beobachten, sondern durch diese Beobachtung Wissen über sie zu generieren. Dieses Wissen dient nicht der einfachen Beschreibung der Individuen, sondern bildet die Grundlage, auf der Erwartungen entstehen, Verhalten bewertet und Normen etabliert werden. Aus dieser systematischen Beobachtung von Verhalten entsteht also Wissen über die Individuen, welches wiederum genutzt wird, um

zukünftiges Verhalten der Individuen zu lenken. In diesem Zusammenhang schreibt Foucault: „Die Ausübung von Macht erschafft ständig Wissen und umgekehrt; das Wissen hat Machtwirkungen zur Folge“ (Foucault zit. nach Bogdal 2020: 79). Das Subjekt wird dadurch nicht nur beobachtet, sondern im Zusammenspiel von Wissen und Macht überhaupt erst hervorgebracht und konstituiert.

Diese Analyse ist auch für das Verständnis gegenwärtiger Entwicklungen zentral. Im Überwachungskapitalismus lassen sich vergleichbare Mechanismen erkennen. Soziale Netzwerke, Fitness-Apps oder digitale Plattformen erzeugen eine permanente Sichtbarkeit, in der das Verhalten der Individuen beobachtet, bewertet, verglichen und normiert wird. Nutzer*innen passen ihr Verhalten an, um Zustimmung, Reichweite oder positive Rückmeldungen zu erhalten und um negative Bewertungen oder Ausschluss zu vermeiden. Sie passen sich also nicht durch direkten Zwang an, sondern weil sie in Systeme eingebunden sind, die Beobachtung, Bewertung und Selbstanpassung miteinander verknüpfen. Der Panoptismus bietet damit ein hilfreiches Werkzeug, um diese subtilen Machtverhältnisse im Überwachungskapitalismus zu analysieren und begreifbar zu machen.

Die Analyse des Panoptismus hat gezeigt, wie Überwachung als Form der Machtausübung funktioniert, indem sie Menschen dazu bringt, sich selbstständig anzupassen. Entscheidend ist dabei nicht mehr der direkte Zwang, sondern die ständige Möglichkeit, beobachtet zu werden, durch die diese Anpassung erfolgt. Während Foucault dieses Prinzip noch am Beispiel konkreter Institutionen wie dem Gefängnis oder der Schule beschreibt, zeigt sich in der digitalen Gegenwart eine neue Dimension. Heute ist Überwachung nicht mehr an bestimmte Orte oder Institutionen gebunden, sondern verteilt sich über viele Bereiche des gesellschaftlichen Lebens, beispielsweise über digitale Plattformen, Apps, Geräte und andere technologischen Geräte, Systeme und Programme.

Um diese neuen Formen der Macht zu verstehen, reicht es nicht aus, nur einzelne Institutionen oder Akteure zu betrachten. Es braucht einen weiter gefassten Blick auf die verschiedenen Elemente, die hier zusammenwirken. Genau dafür ist das Konzept des Dispositivs hilfreich. Es beschreibt Macht nicht als etwas, das von einer Stelle ausgeht, sondern als ein Geflecht aus Diskursen, Institutionen, Einrichtungen, Technologien, Gesetze, Regeln, Maßnahmen, wissenschaftliches Wissen und Gewohnheiten, das unser Denken, Handeln und Wahrnehmen strukturiert (vgl. Link 2020: 279). Im nächsten Kapitel wird dieses Konzept näher erklärt, um die Machtverhältnisse im Überwachungskapitalismus besser analysieren zu können.

2.4 Digitales Machtdispositiv

Wie zuvor anhand des Panoptismus dargestellt wurde, ist Überwachung im Überwachungskapitalismus längst kein reines Kontrollinstrument einzelner Institutionen mehr. Vielmehr hat sich die Überwachung zu einem allgemeinen gesellschaftlichen Funktionsprinzip entwickelt. Menschen werden heute nicht nur in Gefängnissen, Schulen oder Kliniken überwacht, sondern in nahezu allen Lebensbereichen. Digitale Plattformen, Apps oder technische Geräte ermöglichen durch die kontinuierliche Sammlung unserer Daten eine ständige Beobachtung, Analyse und Steuerung individuellen Verhaltens. Diese permanente Sichtbarkeit wirkt nicht durch Zwang, sondern durch die gezielte und subtile Beeinflussung unseres Verhaltens (vgl. Zuboff 2019: 14 PDF). Um diese neuen Formen der Machtausübung richtig zu erfassen, reicht es nicht aus, einzelne Akteure oder spezifische Technologien isoliert zu betrachten. Vielmehr muss Macht im Überwachungskapitalismus als Machtdispositiv verstanden werden, das sich aus vielen verschiedenen Elementen zusammensetzt und tief in das alltägliche Leben eingreift. Nur eine solche Perspektive erlaubt es, die spezifische Logik der Macht im Überwachungskapitalismus zu rekonstruieren.

Um die zuvor beschriebenen Machtformen wie Gouvernamentalität und Panoptismus systematisch zu fassen, eignet sich Foucaults Begriff des Dispositivs besonders gut. Er beschreibt ein analytisches Instrument, mit dem sich komplexe Machtverhältnisse erfassen lassen, die nicht an eine einzelne Institution oder einzelne Akteure gebunden sind. Foucault versteht Macht nicht als etwas Repressives oder Souveränes, sondern als ein dezentralisiertes, produktives Netzwerk von Praktiken, Diskursen und Infrastrukturen, das Wissen erzeugt, Verhalten strukturiert und Subjekte konstituiert. Das Dispositiv bietet die Möglichkeit, genau dieses Zusammenspiel sichtbar zu machen (Link 2020: 279).

Im Zentrum dieses Begriffs steht der Diskurs. Bei Foucault bedeutet Diskurs nicht einfach nur sprachliche Kommunikation, sondern eine bestimmte Weise, über Dinge zu sprechen, zu denken und zu handeln. Diskurse legen fest, was in einer Gesellschaft zu einer bestimmten Zeit als denkbar, sagbar oder „wahr“ gilt. Sie formen damit nicht nur unser Wissen, sondern auch unsere Wahrnehmung der Wirklichkeit. Bestimmte Themen, Begriffe oder Sichtweisen erhalten dadurch Gewicht, andere werden ausgeschlossen oder unsichtbar gemacht. Diskurse entscheiden außerdem darüber, wer überhaupt als sprechfähig gilt. Macht und Wissen sind in ihnen untrennbar miteinander verbunden (vgl. Parr 2020: 274). Ein klassisches Beispiel dafür ist Foucaults Analyse des Wahnsinns. In seinem Werk *Wahnsinn und Gesellschaft* zeigt er, wie sich das Verständnis von Wahnsinn historisch verändert hat. In der frühen Neuzeit wurde

Wahnsinn nicht als Krankheit verstanden, sondern meist als moralisches Fehlverhalten oder als Zeichen für religiöse Abweichung gedeutet. Erst mit dem Aufstieg der modernen Psychiatrie wurde Wahnsinn zu einem medizinischen Objekt, das erforscht, definiert, klassifiziert, behandelt und institutionalisiert wurde. Diese Veränderung war nicht einfach das Ergebnis neuer wissenschaftlicher Erkenntnisse, sondern Ausdruck eines neuen Diskurses, der bestimmte Menschen als „verrückt“ markierte und so auch neue Machtverhältnisse etablierte (vgl. Geisenhanslüke 2020: 26–27).

Der Dispositivbegriff erweitert diesen Diskursrahmen, indem er auch nichtsprachliche Elemente einbezieht. Foucault definiert das Dispositiv als eine „entschieden heterogene Gesamtheit“, die Diskurse, Institutionen, architektonische Strukturen, Gesetze, administrative Maßnahmen, wissenschaftliche Aussagen, moralische Normen und vieles mehr umfasst. Wichtig ist dabei nicht nur die Existenz dieser Elemente, sondern vor allem ihre Verbindung zueinander. Erst durch ihr Zusammenspiel entsteht ein Machtdispositiv, das Verhalten reguliert und Subjektpositionen zuweist (Foucault zit. nach Link 2020: 279).

Ein Dispositiv ist daher nicht einfach ein Werkzeug der Machtausübung, sondern eine strukturierende Anordnung. Es produziert Wissen, schafft Normen und regelt, was als legitim oder abweichend gilt. Entscheidend ist dabei, dass es keine zentrale Steuerungsinstanz braucht. Die verschiedenen Elemente greifen ineinander und erzeugen eine Ordnung, die Menschen in spezifische Rollen einteilt. Foucault spricht hier von disponierenden und disponierten Subjekten. Disponierende sind Personen oder Gruppen, die Zugriff auf die Steuerungsmechanismen eines Dispositivs haben. Beispielsweise weil sie über Fachwissen, politische Einflussmöglichkeiten oder die nötigen Ressourcen verfügen. Disponierte dagegen bewegen sich innerhalb der vorgegebenen Strukturen. Sie werden beobachtet, angesprochen und beeinflusst, ohne selbst mitentscheiden zu können, wie die Regeln dieser Ordnung aussehen. (Link 2020: 278).

Auch wenn manche Akteure mehr Einfluss haben als andere, heißt das nicht, dass sie frei über das Dispositiv verfügen. Denn auch sie sind eingebunden in ein Geflecht aus Regeln, Erwartungen und bereits bestehenden Machtverhältnissen. Bei Foucault ist Macht nie etwas, das einer bestimmten Instanz gehört oder zentral ausgeübt wird. Vielmehr durchdringt sie die Gesellschaft wie ein Netz: Sie wirkt überall dort, wo Verhalten beeinflusst, Wissen geordnet oder Menschen in bestimmte Rollen gebracht werden. Auch die Disponierenden sind Teil dieses Netzes. Dennoch ist es analytisch sinnvoll, zu unterscheiden zwischen jenen, die mehr Zugang zu Steuerungsmöglichkeiten haben, und jenen, deren Handlungsspielräume stärker

durch das Dispositiv begrenzt sind (Link 2020: 278–279). Im digitalen Kapitalismus lässt sich diese Struktur besonders deutlich beobachten. Digitale Plattformen wie Google, Facebook oder TikTok, aber auch digitale Technologien wie Wearables oder das Handy fungieren nicht einfach als Services beziehungsweise als Geräte für technischer Dienste, sondern als zentrale Akteure eines digitalen Machtdispositivs. Sie sammeln Daten, analysieren Verhalten, gestalten technische Rahmenbedingungen und prägen durch Algorithmen, Rankings oder personalisierte Inhalte die Wahrnehmung und das Verhalten der Nutzer*innen. Während Betreiber, Entwickler und politische Entscheidungsträger als disponierende Subjekte Einfluss auf die Funktionsweise und Struktur dieser Systeme nehmen, bleiben die meisten Nutzer*innen in der Rolle der Disponierten. Sie sind den Mechanismen der Steuerung ausgesetzt, ohne sie selbst kontrollieren oder durchschauen zu können.

Das digitale Dispositiv funktioniert also nicht durch offene Gewalt oder Zwang. Es arbeitet mit Vorschlägen, Standards, Voreinstellungen, Normen und Erwartungshaltungen. Macht zeigt sich im digitalen Machtdispositiv nicht primär in Form von Gesetzen oder klar erkennbaren Autoritäten, sondern wirkt oft versteckt, etwa durch Apps, Bewertungen, Empfehlungen oder algorithmisch gesteuerte und vorstrukturierte Plattformen oder Wearables. Dabei entstehen neue Formen der Subjektivierung. Menschen lernen, sich selbst als Nutzer*innen zu sehen, als zu bewertende und zu optimierende Subjekte. Die Subjektrollen, die durch das Dispositiv entstehen, werden den Menschen nicht einfach von außen auferlegt. Sie wirken vielmehr wie eine natürliche Folge der Funktionsweise des Systems. Damit greift das digitale Dispositiv zentrale Gedanken aus Foucaults Analyse der Gouvernementalität auf: Es zeigt, dass Macht nicht nur durch Verbote oder direkten Zwang wirkt, sondern vor allem durch die Gestaltung von Entscheidungsspielräumen. Das Dispositiv legt dabei fest, welche Verhaltensweisen als sinnvoll, vernünftig oder notwendig erscheinen. Es lenkt Verhalten, ohne es ausdrücklich zu befehlen und es bringt so Subjekte hervor, die sich freiwillig innerhalb dieser Strukturen bewegen und dementsprechend handeln (vgl. Maschewski & Nosthoff: 442-445).

Gerade deshalb ist der Dispositivbegriff für die Analyse gegenwärtiger Machtverhältnisse so relevant. Er erlaubt es, Macht als etwas zu verstehen, das nicht von einer Institution oder einem Akteur ausgeht, sondern als ein Netz von Elementen, das tief in soziale Praktiken, Subjektivierungsprozesse und Wissensordnungen eingebettet ist.

3. Macht und Subjektivierung im Überwachungskapitalismus

Während das vorherige Kapitel die zentralen Begriffe aus Michel Foucaults Analyse moderner Machtverhältnisse beschrieben und seinen theoretischen Zugang zu Gouvernementalität,

Biopolitik, Panoptismus und Dispositiv herausgearbeitet hat, richtet sich der Fokus des folgenden Kapitels auf gegenwärtige Erweiterungen oder Veränderungen dieser Konzepte im Überwachungskapitalismus. Angesichts einer digitalen Umgebung, in der das Verhalten der Menschen kontinuierlich erfasst, ausgewertet und durch algorithmische Systeme beeinflusst wird, stellt sich die Frage, wie sich Macht, Regierung und Subjektivierung in dem Kontext verändern.

Im Zentrum steht die Auseinandersetzung mit aktuellen theoretischen Konzepten, die sich mit der Veränderung oder Ausprägung neuer, moderner Machtformen unter digitalen Bedingungen beschäftigen. Das folgende Kapitel widmet sich diesen Entwicklungen, um herauszuarbeiten, wie sich Macht und Subjektivierung in der digitalen Gegenwart verändern oder verschieben und welche Anschlussmöglichkeiten an die zentralen Konzepte von Foucault dabei entstehen.

Ausgangspunkt der folgenden Analyse ist der Begriff der Surveillance bei David Lyon. Er dient dazu, die digitale Überwachung im Rahmen Foucaults, als zentrales Element dieses digitalen Machtdispositiv zu fassen, das neue Formen der Sichtbarmachung, Bewertung und Steuerung ermöglicht. Die Praktiken der Überwachung bilden damit die Grundlage für das digitale Machtdispositiv im Überwachungskapitalismus.

3.1 Überwachung als Grundlage des digitalen Machtdispositivs

3.1.1 Surveillance nach David Lyon

Im Zuge der Digitalisierung hat sich Überwachung zu einem festen Bestandteil moderner Gesellschaften entwickelt. Was früher vor allem als staatliche oder institutionelle Kontrolle verstanden wurde, hat sich zu einem dichten Geflecht aus Technologien, Praktiken und Organisationen entwickelt. Dieses Geflecht reicht weit über klassische Formen der Beobachtung hinaus und beeinflusst unseren Alltag oft, ohne dass wir es bewusst wahrnehmen (vgl. Lyon 2022a).

Diese Entwicklung lässt sich im Sinne Foucaults als digitales Machtdispositiv verstehen, also als eine heterogene Anordnung von Elementen, durch die Machtbeziehungen organisiert und Subjekte gesteuert werden (Link 2020: 279). Surveillance wirkt dabei nicht als ein einzelnes, starres Konzept, sondern als ein Dispositiv, in dem unterschiedliche Elemente wie beispielsweise digitale, algorithmische Systeme, institutionelle Praktiken, rechtliche Rahmenbedingungen und gesellschaftliche Normen ineinandergreifen. Dieses Ensemble erzeugt durch die ständige Überwachung Wissen über Subjekte, auf dessen Grundlage Verhalten bewertet, Normalität definiert und Subjekte beeinflusst werden. Überwachung

erzeugt Daten, Daten erzeugen Wissen, und dieses Wissen fungiert als Grundlage für neue Machtverhältnisse im Überwachungskapitalismus.

David Lyon (2022) definiert Surveillance als: „focused, systematic and routine attention to personal details for the purposes of influence, management, protection or direction“ (Lyon 2022a: 2). Surveillance bezeichnet damit eine systemisch ausgeübte Form der Überwachung, die Daten über Menschen nicht nur sammelt, sondern auch auswertet und nutzbar macht, mit dem Ziel, Verhalten zu beeinflussen und zu lenken. Surveillance ist damit nicht nur ein Instrument der Kontrolle, sondern ist das epistemische Werkzeug für solche digitalen, datenbasierte Steuerungsprozesse. Das bedeutet, dass Surveillance, durch die dabei gesammelten Daten und Informationen, Wissen über die Subjekte produziert, welches genutzt wird, um Verhalten zu bewerten, zu vergleichen und gezielt zu beeinflussen und zu steuern. Entscheidend ist, dass diese Prozesse nicht wertfrei oder objektiv sind, sondern gezielt dazu eingesetzt werden, durch Daten und eben Wissen Macht zu generieren.

Gerade die Covid-19-Pandemie hat gezeigt, wie weitreichend diese Formen der Überwachung inzwischen reichen. Lyon (2022) bringt dies in seinem Report “Beyond Big Data Surveillance” mit einem prägnanten Satz auf den Punkt: „Our post-pandemic world demands thoughtful and decisive action to assess and confront the emerging world of surveillance, which is everywhere and often discriminatory“ (Lyon 2022b: 5). Diese Aussage macht deutlich, dass Surveillance nicht länger als Ausnahme verstanden wird, sondern sich als ein fester Bestandteil der Gesellschaft etabliert hat. Eine Welt der Überwachung, wie Lyon dies passend ausdrückt. Digitale Überwachung ist heute in alltägliche Prozesse eingebunden und läuft meist unbemerkt im Hintergrund ab. Gerade diese alltägliche Präsenz macht sie besonders einflussreich, denn sie ist subtil, bleibt in vielen Fällen unsichtbar und wird deshalb auch nur selten kritisch hinterfragt. Ihre Wirkung entfaltet sich gerade durch diese scheinbare Normalität, da sie so kontinuierlich Wissen produziert und damit zur Entstehung neuer Machtverhältnisse und zur Steuerung von Verhalten beiträgt.

Problematisch ist dabei, dass viele Formen der digitalen Überwachung im Verborgenen stattfinden. Nutzer*innen wissen oft nicht, ob Daten über sie gesammelt werden, welche Daten über sie gesammelt werden, wie diese verarbeitet werden und zu welchem Zweck sie letztlich genutzt werden. David Lyon bezeichnet dieses Ungleichgewicht als „lopsided information“ (Lyon 2022b :8). Gemeint ist damit eine einseitige Verteilung von Wissen: Während Unternehmen und staatliche Institutionen umfassende Informationen über Bürger*innen sammeln und nutzen können um ihr Verhalten gezielt zu beeinflussen, bleibt den Betroffenen

selbst meist unklar, wo und wie sie überwacht werden, was über sie gespeichert wird und wozu diese Daten genutzt werden (vgl. ebd.). Diese Intransparenz erschwert es, Überwachung zu erkennen, kritisch zu hinterfragen oder demokratisch zu kontrollieren.

Ein zentrales Merkmal digitaler Überwachung ist das sogenannte „Social Sorting“ (Lyon 2022b: 13). Darunter versteht Lyon die algorithmische Sortierung von Menschen auf Basis ihrer Daten, etwa durch automatisierte Bewertungssysteme, Scoring-Verfahren oder personalisierte Werbung. Diese Prozesse führen dazu, dass Individuen bestimmten Kategorien zugewiesen und entsprechend unterschiedlich behandelt werden. Zum Beispiel im Zugang zu Krediten, bei Jobangeboten oder im Rahmen sicherheitsbehördlicher Entscheidungen. Auf diese Weise entstehen neue Formen datenbasierter Ungleichheit, die soziale Ungleichheiten und Machtverhältnisse nicht nur widerspiegeln, sondern aktiv produzieren oder verstärken können (vgl. Lyon 2022b: 14).

Hinzu kommt, dass Überwachung heute meist nicht mehr durch direkte Beobachtung erfolgt, sondern durch die automatisierte und algorithmische Auswertung großer Datenmengen. David Lyon spricht in diesem Zusammenhang von „dataveillance“. Gemeint ist damit eine Form der Überwachung, die nicht primär auf physischer Beobachtung beruht, sondern auf der kontinuierlichen Analyse digitaler Spuren und Daten, die Menschen im Alltag hinterlassen. Etwa durch die Nutzung von Smartphones, Suchmaschinen im Internet, sozialen Medien oder digitalen Einkäufen. Diese Art der Überwachung ist allgegenwärtig, dauerhaft aktiv und für die Betroffenen oft kaum nachvollziehbar (vgl. Lyon 2022a: 8).

Surveillance operiert heute nicht mehr allein im staatlichen Kontext. Vielmehr entsteht ein komplexes Zusammenspiel zwischen privaten Unternehmen, Plattformanbietern sowie öffentlichen und staatlichen Institutionen. Lyon verweist auf diese neue Konstellation als Ausdruck sogenannter „public-private partnerships“, etwa im Bereich der urbanen Sicherheit oder im Gesundheitswesen während der COVID-19-Pandemie (Lyon 2022b: 12). In solchen Arrangements verschwimmen klassische beziehungsweise traditionelle Zuständigkeiten. Es ist oft unklar, wer Daten erhebt, wer sie auswertet und wer letztlich Verantwortung trägt. Dadurch entsteht ein unübersichtliches Machtgefüge, in dem demokratische Kontrolle erschwert wird und individuelle Rechte zunehmend unter Druck geraten.

Diese Verschiebung wird begleitet von einer strukturellen Intransparenz, die Lyon als „tangled surveillance“ beschreibt. Also als ein Überwachungssystem, das aus verschiedensten technischen Infrastrukturen, rechtlichen Rahmenbedingungen und institutionellen Praktiken

besteht, die tief ineinandergreifen und für die Betroffenen jedoch kaum erkennbar oder nachvollziehbar sind (Lyon 2022b: 9). Macht wird hier nicht offen und transparent ausgeübt, sondern wirkt indirekt, über intransparente technische und algorithmische Systeme und Strukturen.

Zugleich ist Überwachung eng mit ökonomischen Interessen verknüpft. Lyon spricht hier vom „surveillance capitalism“, also dem Überwachungskapitalismus. Ein Begriff, der deutlich macht, dass es bei vielen Überwachungspraktiken nicht mehr primär um Sicherheit oder Ordnung geht, sondern um wirtschaftliche Verwertbarkeit und kapitalistisch motivierte Überwachung (Lyon 2022b: 13). Daten werden systematisch gesammelt, analysiert und wirtschaftlich verwertet, um Verhalten zu monetarisieren. Die dabei entstehenden Profile, die „data doubles“, ermöglichen es, Vorhersagen über zukünftiges Verhalten zu treffen und es so gezielt zu beeinflussen (Haggerty & Ericson 2000: 606). Der Begriff „data double“ wird noch in einem eigenen Kapitel genauer behandelt, ist jedoch zentral und sollte so bereits hier kurz erwähnt werden.

Digitale Überwachung ist längst mehr als nur das Sammeln von Daten. Sie ist zu einem zentralen Mittel geworden, mit dem Verhalten beeinflusst und Entscheidungen gelenkt werden. Subjekte agieren in digitalen Umgebungen, die auf datenbasierter Beobachtung beruhen, scheinbar freiwillig, tatsächlich jedoch innerhalb undurchschaubarer Rahmenbedingungen, die ihr Verhalten strukturieren und beeinflussen. Surveillance bildet so das Fundament für eine neue Form der Steuerung, deren Logik sich an der Optimierung von Verhalten hinsichtlich wirtschaftlicher Verwertbarkeit orientiert.

Insgesamt zeigt Lyon, dass Surveillance im digitalen Zeitalter weit mehr ist als ein technologisches Phänomen. Sie ist Ausdruck und Mittel einer neuen Form von Macht, die auf Wissen, Daten und algorithmischen Entscheidungen basiert. Wer verstehen will, wie Subjektivität heute entsteht und wie Verhalten gesteuert wird, muss sich mit Surveillance als zentralem Mechanismus einer digitaler Gouvernementalität auseinandersetzen.

3.1.2 Data Double als zentrales Objekt der Surveillance

Ein zentrales Merkmal digitaler Überwachung ist, dass sich der Fokus verschoben hat: Weg vom physischen Körper, wie er noch in klassischen disziplinarischen Institutionen im Mittelpunkt stand, hin zu einem digitalen Abbild des Menschen. Während etwa in Gefängnissen, Schulen oder Fabriken, wie bei Michel Foucault beschrieben, der Körper direkt beobachtet, normiert und diszipliniert wurde, zielt Überwachung im digitalen Raum auf eine

andere Ebene. Heute wird nicht mehr primär der Mensch selbst überwacht, sondern sein digitaler Doppelgänger (vgl. Haggerty & Ericson 2000: 605).

David Lyon (2022) greift diese Idee mit Verweis auf Haggerty & Ericson (2000) auf und beschreibt, dass sich der Fokus der Überwachung vom physischen Körper auf digitale Daten und ein digitales Profil verlagert hat. In der digitalen Umgebung wird das Subjekt nicht mehr in seiner physischen Form beobachtet, sondern in Form eines Profils, das aus verschiedensten Daten zusammengesetzt ist. Etwa aus Standortdaten, Suchanfragen, Daten über Online-Käufe oder auch biometrischen Informationen. Der Körper wird in dieser digitalen Umgebung als Datenobjekt neu zusammengesetzt, etwa als Konsument*in, Patient*in oder Arbeitnehmer*in. Dieses Datenobjekt, also das datenbasierte Abbild des Subjekts, wird dann zum eigentlichen Ziel digitaler Steuerung. Es ist nicht das Subjekt selbst, das adressiert wird, sondern das Profil, das ihn in der digitalen Umgebung repräsentiert (Lyon 2022a: 7). Der biologische Körper bleibt zwar die Quelle digitaler Daten, steht jedoch nicht mehr im Zentrum der Überwachung selbst. Während im klassischen Panoptismus von Foucault der physische Körper im Zentrum der Beobachtung stand, verlagert sich die Kontrolle im digitalen Raum also auf ein datenbasiertes Abbild des Subjekts.

Haggerty und Ericson (2000) beschreiben diese datenbasierten Profile als „data double“ (Haggerty & Ericson 2000: 606), also ein digitaler Doppelgänger, der aus den verschiedensten digitalen Spuren entsteht, die Subjekte im Alltag in der digitalen Umgebung hinterlassen, bewusst oder unbewusst; beim Surfen im Internet, durch GPS-Ortung, beim Einkaufen, über soziale Netzwerke oder durch digitale Kommunikation. Das Ergebnis ist eine entkörperlichte, datenbasierte Repräsentation des Subjekts, die aus verschiedensten Daten konstruiert wird. Dieses digitale Abbild selbst wird dann zur zentralen Grundlage der Überwachung, Kategorisierung und Verhaltenssteuerung. Es ist dieses Abbild, das für Unternehmen, Plattformen und staatliche Institutionen sichtbar und verfügbar ist, nicht der Mensch selbst (Haggerty & Ericson 2000: 611). Lyon bezeichnet diesen Vorgang als „making visible“. Gemeint ist damit, dass in der digitalen Umgebung bestimmte Informationen aus dem Profil, also dem data double herausgefiltert und für konkrete Zwecke genutzt werden. Zum Beispiel für personalisierte Werbung, Kreditentscheidungen oder polizeiliche Maßnahmen. Eine Form der Sichtbarmachung, die nicht mehr von menschlichen Akteur*innen ausgeht, sondern von digitalen oder technischen Systemen, die entscheiden, welche Daten erfasst und als brauchbar eingestuft werden. Sichtbarkeit ist damit kein natürlicher Zustand mehr, sondern das Ergebnis

algorithmischer Prozesse. Es wird nicht einfach alles gesehen, sondern nur das, was aus Sicht des Systems als relevant gilt (Lyon 2022a: 3).

Diese Entwicklung ist Teil dessen, was Haggerty und Ericson als „surveillant assemblage“ beschreiben: ein Überwachungssystem, in dem verschiedenste Technologien, Institutionen und Praktiken miteinander verbunden sind und gemeinsam wirken. In dieser digitalen Umgebung wird der Mensch in einzelne Datenflüsse zerlegt und in neuen Kontexten wieder zusammengesetzt, allerdings nicht vollständig, sondern selektiv, entlang bestimmter Interessen, Logiken und Algorithmen (ebd.: 611–612).

Diese digitale Repräsentation, das data double, ist heute in vielen Kontexten relevanter als die physische Person selbst. Entscheidungen über Zugang zu Krediten, Versicherungen, Werbung oder staatlicher Kontrolle beruhen in digitaler Umgebung nicht auf persönlichen Begegnungen, sondern auf der Auswertung gespeicherter Daten. Das data double fungiert hier so gesehen als Stellvertreter der realen Person, und genau dieses digitale Profil ist es, das überwacht, bewertet und gesteuert wird. Die Auswirkungen jedoch, betreffen den Menschen selbst: Sie beeinflussen, welche Handlungsmöglichkeiten jemand hat, wie er oder sie wahrgenommen wird und auch, wie sich das Subjekt selbst versteht und konstituiert. In dieser Verschiebung zeigt sich eine neue Form der Macht, in der Subjektivierung zunehmend über technische Infrastrukturen verläuft, vermittelt durch algorithmisch erzeugte Datenprofile.

Die daraus entstehenden Profile sind zudem normativ aufgeladen. Sie legen fest, was als normal gilt, wer als potenzielle Abweichung identifiziert wird und wer in welche Kategorie fällt. Lyon beschreibt diesen Mechanismus der algorithmischen Bewertung als „social sorting“ (Lyon 2022a: 12). Also die digitale Einteilung von Menschen in Gruppen, die unterschiedliche Behandlungen nach sich ziehen. Diese Sortierung ist jedoch nicht objektiv, weil die Kriterien, nach denen Menschen klassifiziert werden, auf bestehenden sozialen Ungleichheiten beruhen. Sie spiegeln gesellschaftliche Machtverhältnisse wider, indem sie beispielsweise ökonomischen Status, Herkunft oder Verhalten algorithmisch bewerten und damit soziale Hierarchien auch in der digitalen Umgebung einschreiben. Besonders problematisch wird dies, wenn bestehende soziale Ungleichheiten durch algorithmische Bewertungen und Sortierungen reproduziert oder sogar verstärkt werden (vgl. ebd.).

Für die Analyse von Macht und Subjektivierung im digitalen Kapitalismus ist dieser Wandel zentral. Menschen werden nicht mehr direkt angesprochen, sondern über ihre digitalen Abbilder und ihre Daten analysiert, eingeordnet und gesteuert. Es entsteht eine neue Form der

Subjektivierung, in der nicht das bewusste Selbstbild im Vordergrund steht, sondern das datenbasierte Profil, das andere über einen erzeugen. Das data double steht so zwischen dem Menschen und seiner Umwelt. Er wirkt wie ein Filter, der darüber entscheidet, wie jemand im digitalen Raum gesehen, eingeordnet und behandelt wird, ohne dass die betroffenen Personen wissen, welche Daten über sie gesammelt wurden, wie diese verarbeitet werden oder auf welcher Grundlage daraus ein bestimmtes Profil entstanden ist (vgl. Haggerty & Ericson 2000: 612–613).

Im Unterschied zur neoliberalen Gouvernamentalität, wie sie Foucault beschreibt, wird das Subjekt im digitalen Raum nicht mehr primär durch Selbstführung regiert. Zwar bleibt die Idee individueller Freiheit und Entscheidung erhalten, doch diese Freiheit wird zunehmend durch algorithmische Strukturen gerahmt, die auf das data double zugreifen. Das Subjekt handelt scheinbar autonom, reagiert jedoch auf Feedbacks, welche nicht an sein bewusstes Selbst gerichtet sind, sondern an eine datenbasierte Repräsentation. Diese Verschiebung verändert die Logik der Subjektivierung: Nicht mehr das reflektierende, bewusst handelnde Subjekt selbst steht im Zentrum der Steuerung, sondern das datenbasierte Profil, das vorgibt, wie das Subjekt gesehen, eingeordnet und beeinflusst wird. Subjektivierung vollzieht sich damit nicht mehr allein über Selbstführung, sondern über eine datenbasierte Fremdadressierung.

3.2 Überwachungskapitalismus nach Shoshana Zuboff

Die Analyse von Surveillance als Grundlage eines digitalen Machtdispositivs hat gezeigt, dass Überwachung heute nicht nur der Kontrolle von Verhalten dient. Sie schafft auch Wissen über Menschen. Wissen, das zur Ausübung einer neuen Form von Macht genutzt wird, wie sie im Überwachungskapitalismus entstanden ist. Die ständige Erhebung, Auswertung und Nutzung von Daten erzeugen detaillierte Informationen über Subjekte. Daraus entsteht eine Wissensasymmetrie: Unternehmen wissen fast alles über Menschen, während diesen selbst oft verborgen bleibt, ob Daten über sie gesammelt werden, wo genau diese Daten gesammelt werden, welche Daten über sie gesammelt wurde und wie diese Daten genutzt werden. Zuboff bringt das treffend auf den Punkt: „Surveillance capitalists know everything about us, whereas their operations are designed to be unknowable to us“ (Zuboff 2019: 19). Diese epistemische Ungleichheit ist zentral für das Machtverhältnis im Überwachungskapitalismus.

David Lyon weist in diesem Zusammenhang auf die zunehmende Bedeutung sogenannter „public-private partnerships“ hin. Gemeint sind damit Kooperationen zwischen staatlichen Institutionen und privaten Unternehmen, bei denen sich Zuständigkeiten und Verantwortungen vermischen beziehungsweise verschwimmen und nicht mehr klar zugeordnet werden können.

Dadurch wird es schwieriger nachzuvollziehen, wer für bestimmte Entscheidungen verantwortlich ist, was wiederum die demokratische Kontrolle und Legitimität erheblich erschwert (Lyon 2022b: 12).

Auch Shoshana Zuboff rückt diese Entwicklung ins Zentrum ihrer Analyse. Für sie ist digitale Überwachung kein technisches Nebenprodukt der Digitalisierung, sondern Ausdruck einer neuen Phase des Kapitalismus. In dieser Phase wird menschliches Verhalten systematisch erfasst, in Daten übersetzt und wirtschaftlich verwertet. Dadurch entsteht eine neue Machtform, die nicht mehr grundsätzlich vom Staat ausgeht, sondern von privatwirtschaftlichen Unternehmen, die dadurch erheblichen Einfluss auf Gesellschaft und Alltag der Menschen nehmen können. Zuboff fasst das so zusammen: „It is the market form that decides. It is the competitive struggle among surveillance capitalists that decides who decides“ (Zuboff 2019: 162-163). Gemeint ist damit, dass Entscheidungen im Überwachungskapitalismus nicht länger von demokratisch legitimierten Institutionen getroffen werden, sondern von privatwirtschaftlichen Akteuren, die sich an wirtschaftlicher Rationalität, Profitmaximierung und Wettbewerb orientieren, also den Marktprinzipien.

Ein zentrales Merkmal der Machtverschiebung im Überwachungskapitalismus ist, dass Wissen, und daher auch Wahrheit, nicht mehr im öffentlichen, demokratischen Diskurs entsteht, sondern algorithmisch produziert und hervorgebracht wird, auf Basis von Daten. Plattformen wie Google oder Facebook fungieren dabei als epistemische Akteure: Sie entscheiden über Sichtbarkeit, Reichweite und Relevanz von Informationen, nicht auf Grundlage demokratischer Aushandlung oder einem öffentlichen Diskurs, sondern orientiert an Profitlogik, Effizienzkalkülen und einer wirtschaftlichen Rationalität. Damit verschiebt sich die epistemische Autorität. Normativität wird nicht mehr im Rahmen öffentlicher Diskurse erzeugt, sondern algorithmisch, auf Basis von Daten, orientiert an einem wirtschaftlichen Kalkül. Plattformen und soziale Netzwerke beispielsweise sammeln enorme Mengen an Daten über menschliches Verhalten, werten diese algorithmisch aus und nutzen diese Informationen, um bestimmte Inhalte sichtbarer zu machen, zu empfehlen oder zu verstärken. Auf diese Weise entstehen implizit Normen. Verhaltensweisen, Themen oder Darstellungen, die häufiger erscheinen und mehr Aufmerksamkeit erhalten, gelten zunehmend als wünschenswert oder normal. Die digitalen Plattformen verfügen so über ein epistemisches Dispositiv, mit dem sie selektiv Wissen produzieren, Normen formen und damit gesellschaftliche Realität strukturieren. Ohne Transparenz oder demokratische Kontrolle, aber mit weitreichenden Auswirkungen auf Subjektivität und soziale Ordnung (vgl. ebd.: 161-165).

Diese Entwicklung lässt sich als grundlegende Veränderung von Foucaults Machtbegriff im Überwachungskapitalismus begreifen. Foucault beschreibt Macht nicht als etwas, das von oben hinab auf die Menschen ausgeübt wird, sondern als etwas, das im Alltag existiert und innerhalb sozialer Beziehungen zirkuliert. Sie wirkt überall dort, wo Menschen miteinander interagieren. Sie wirkt beispielsweise durch die Produktion von Wissen oder durch die Etablierung von Normen oder dem Prinzip der Sichtbarmachung. Etwa indem Subjekte dazu gebracht werden, sich selbst zu beobachten und sich entlang bestimmter gesellschaftlicher Erwartungen und Normen selbst zu regieren (vgl. Foucault 2020: 33). Subjektivierung geschieht dabei durch das Zusammenspiel von Macht und Wissen: Die Subjekte führen sich selbst entlang normativer Leitlinien, die sie als Teil gesellschaftlicher Ordnung verinnerlicht haben.

Zuboff beschreibt im digitalen Kapitalismus eine andere Form der Machtausübung, die sie als „instrumentarian power“ bezeichnet (Zuboff 2019: 17). Anders als bei Foucault zielt diese nicht auf Selbstregierung oder Disziplinierung durch Normverinnerlichung, sondern auf die gezielte Steuerung von Verhalten durch datenbasierte Eingriffe. Normativität wird hier nicht bewusst vermittelt, sondern algorithmisch erzeugt: Plattformen wie Google oder Facebook analysieren Verhaltensdaten, definieren Normen durch Algorithmen und geben personalisierte Empfehlungen, die gezielt bestimmte Handlungen fördern. Das Subjekt wird nicht zur Selbstführung angeleitet, sondern von außen gelenkt, mit dem Ziel, sein Verhalten berechenbar, steuerbar und wirtschaftlich verwertbar zu machen.

Im nächsten Kapitel wird diese neue Machtform genauer untersucht. Im Mittelpunkt steht dabei der Überwachungskapitalismus selbst und insbesondere seine ökonomische Logik: die gezielte und systematische Sammlung und Nutzung von Verhaltensdaten, um daraus wirtschaftlichen Gewinn zu erzielen.

3.2.1 Überwachungskapitalismus als datenbasierte Machtform

Shoshana Zuboff beschreibt den Überwachungskapitalismus als eine neue Phase des Kapitalismus, in der menschliches Verhalten in Form von Daten zur zentralen Ressource einer digitalen Wirtschaft wird. Diese Daten werden gesammelt und genutzt, ohne Zustimmung der Betroffenen und meist auch ohne deren Wissen darüber, ob, wann, wie und zu welchem Zweck ihr Verhalten erfasst wird und was mit diesen Informationen passiert. Zuboff schreibt hierzu: „Surveillance capitalism unilaterally claims human experience as free raw material for translation into behavioral data“ (Zuboff 2019: 16). Diese Verhaltensdaten werden algorithmisch ausgewertet und in Vorhersagedaten umgewandelt, die auf digitalen Märkten als sogenannte „prediction products“ verkauft und wirtschaftlich verwertet werden. Bei diesen

„prediction products“ handelt es sich um Datenpakete, die Vorhersagen über zukünftiges Verhalten einzelner Menschen ermöglichen und als Ware auf digitalen Märkten gehandelt und genutzt werden. Zuboff bezeichnet diese digitalen Märkte als „behavioral futures markets“, in denen Verhaltensdaten und Informationen über Subjekte zur zentralen Ware werden (ebd.: 17).

Also geht es bei der Sammlung und Auswertung unserer Verhaltensdaten nicht um eine klassische Analyse von Konsumwünschen oder Bedürfnissen, sondern um die gezielte Vorhersage und Beeinflussung von zukünftigen Entscheidungen und Verhalten. Unternehmen verfolgen nicht mehr in erster Linie das Ziel, auf Bedürfnisse ihrer Nutzer*innen oder Kund*innen zu reagieren, sondern gestalten Bedingungen so, dass sich Verhalten von Individuen mit hoher Wahrscheinlichkeit in eine wirtschaftlich profitable Richtung entwickelt. Digitale Plattformen erfassen nicht nur bestehendes Verhalten, sondern lenken es gezielt, indem sie Bedingungen schaffen, unter denen bestimmte Entscheidungen mit höherer Wahrscheinlichkeit getroffen werden. Vor allem solche, die sich wirtschaftlich verwerten und zum Nutzen dieser Unternehmen in Profit umwandeln lassen (vgl. ebd.).

Zuboff analysiert, dass sich unter diesen Bedingungen ein tiefgreifender Wandel vollzieht, in dem Verhalten zunehmend durch datenbasierte und algorithmische Steuerung beeinflusst wird, meist ohne, dass dies den Betroffenen bewusst ist. Entscheidungen erscheinen als individuell und frei, sind aber häufig bereits durch digitale Rahmenbedingungen vorgeprägt. Etwa durch algorithmisch gesteuerte Auswahlmöglichkeiten, personalisierte Werbungen oder spezifische Interface-Designs, etc. Subjekte agieren nicht mehr ausschließlich aus eigenen Motiven heraus, sondern treffen Entscheidungen, die durch digitale Rahmenbedingungen vorstrukturiert und beeinflusst werden. „It also implies a difference, or at least the possibility of a difference, between the behavior one would have performed and the behavior one chooses to perform as an instrumental solution to invasive power“ (Zuboff 2015: 82). Mit diesem Satz deutet Zuboff auf diese Verhaltensbeeinflussung hin. Es geht im Überwachungskapitalismus also um die subtile und gezielte Lenkung und Beeinflussung von Verhalten. Die digitale Umgebung wird so gestaltet, dass bestimmte Verhaltensweisen wahrscheinlicher werden als andere, insbesondere solche, die wirtschaftlich nutzbar und für die Unternehmen grundsätzlich profitabel sind.

Die damit verbundene Form der Machtausübung bezeichnet Zuboff als „instrumentarian power“. Diese Machtform zielt nicht auf Unterwerfung oder Disziplinierung, sondern auf die präzise Erfassung und Beeinflussung von Verhalten durch technische Hilfsmittel. Zuboff definiert instrumentarian power als: „the instrumentation and instrumentalization of behavior

for the purposes of modification, prediction, monetization, and control“ (Zuboff 2019: 285–286). Grundlage dieser Macht ist ein digitales Dispositiv, das aus verschiedensten, vernetzten Geräten, Systemen, Plattformen und Apps besteht und darauf ausgelegt ist, Verhalten ständig und überall zu erfassen, zu analysieren und gezielt in ökonomisch verwertbare Bahnen zu lenken. Dabei handelt es sich nicht um einzelne, bewusst gesetzte Eingriffe, sondern um ein digitales Dispositiv, das als allgegenwärtige Struktur wirkt und das Verhalten der Subjekte ständig und überall beeinflusst.

Diese Form der Macht ist in radikaler Weise einseitig. Nutzer*innen sind den Prozessen der Datenerfassung und Verhaltensbeeinflussung ausgesetzt, ohne zu wissen, wie diese genau funktionieren oder welchem Zweck sie dienen. Eine aktive Kontrolle über diese Vorgänge haben sie nicht. Zuboff spricht in diesem Zusammenhang von einer grundlegenden Wissensasymmetrie zwischen den Überwachten und jenen, die über das Wissen und Ressourcen verfügen, um Verhalten gezielt zu analysieren und zu beeinflussen (vgl. Zuboff 2019: 16-17).

Wie bei Foucault bleiben Subjekte auch im Überwachungskapitalismus formal frei, doch diese Freiheit ist funktional gerahmt. Es handelt sich um eine Art Pseudo-Freiheit oder Pseudo-Individualität. Während sich Subjektivierung im Neoliberalismus entlang der Logik von Markt, Wettbewerb und Selbstverantwortung vollzieht, wird sie in digitalen Kontexten zunehmend durch technische und digitale Umgebungen beeinflusst und vorstrukturiert, die von wirtschaftlichen Interessen und einer ökonomischen Rationalität geprägt sind. Genau diese Form der Macht bezeichnet Zuboff als „instrumentarian power“. Eine Macht, die nicht auf offene Normsetzung oder disziplinierende Maßnahmen angewiesen ist, sondern Verhalten durch datenbasierte Steuerung beeinflusst, auf eine Weise, die für die Subjekte meist unsichtbar und unkritisiert bleibt. Gouvernamentalität erscheint hier als eine Form von Verhaltensteuerung, in der Subjekte sich weiterhin selbst regulieren, jedoch innerhalb digitaler Umgebungen und Rahmenbedingungen, die im Sinne wirtschaftlicher Rationalität strukturiert sind und Verhalten gezielt beeinflussen. In Zuboff's Worten: „Instrumentarian power knows and shapes human behavior toward others' ends.“ (Zuboff 2019: 17).

Die epistemische Grundlage dieser datenbasierten Steuerung ist das, was Shoshana Zuboff als „radical indifference“ bezeichnet: Eine radikale Gleichgültigkeit gegenüber den subjektiven Bedeutungen, Motiven oder eigentlichen Gründen menschlichen Handelns. Es interessiert nicht mehr, warum Menschen etwas tun, welche Überzeugungen, Bedürfnisse oder Erfahrungen ihr Verhalten leiten und ausdrücken. Entscheidend ist allein das äußerlich sichtbare Verhalten, das

sich erfassen, berechnen und beeinflussen lässt. Es geht nicht um das Warum, sondern um das Was, nicht um Verstehen, sondern um Beeinflussen. Zuboff fasst die dahinterliegende Machtform unter dem Begriff „Big Other“ zusammen. Dabei handelt es sich um ein allgegenwärtiges, vernetztes, datenbasiertes System beziehungsweise Dispositiv, das Verhalten in Echtzeit erfasst, verarbeitet und auf dieser Grundlage automatisierte Eingriffe vornimmt. „Big Other combines these functions of knowing and doing to achieve a pervasive and unprecedented means of behavioral modification“ (Zuboff 2019: 305; vgl. Zuboff 2015: 81-82). Die digitale Umgebung wird damit nicht nur zum Raum der Beobachtung, sondern zu einem Instrument der Verhaltenssteuerung. Sie wirkt kontinuierlich auf das Subjekt ein, ohne als Machtinstanz wahrgenommen zu werden.

Der Ausdruck „radical indifference“ beschreibt somit eine epistemische Haltung, die sich nicht für die Bedeutung oder den Kontext interessiert, sondern ausschließlich für das beobachtbare, modifizierbare Verhalten. In dieser Logik wird menschliche Erfahrung auf das reduziert, was sich messen und monetarisieren lässt, alles andere bleibt irrelevant und unsichtbar. Das digitale Dispositiv erfasst, klassifiziert und reagiert, ohne zu verstehen, wen oder was es beobachtet. Damit etabliert sich eine neue Form der Macht, die nicht repressiv oder normierend ist, sondern rein funktional. Sie optimiert Verhalten entlang wirtschaftlicher Interessen und ökonomischer Rationalität, ohne dass das Subjekt je direkt adressiert werden muss (vgl. Zuboff 2019: 305).

Die Funktionsweise des Überwachungskapitalismus wird von zwei strukturellen Imperativen bestimmt, die seine Funktionsweise grundlegend bestimmen und leiten:

Der sogenannte „extraction imperative“ beschreibt den ökonomischen Zwang im Überwachungskapitalismus, menschliches Verhalten ständig in verwertbare Daten zu übersetzen. Digitale Plattformen erfassen dabei jede Handlung, jede Reaktion, jede Interaktion, auch dann, wenn sie für die unmittelbare Nutzung gar nicht erforderlich sind. Die ständige Ausbreitung dieser Datenerfassung in immer mehr Lebensbereiche ist also kein Nebeneffekt, sondern ein bewusster, systemischer Bestandteil des Überwachungskapitalismus und seiner ökonomischen Logik (Zuboff 2019: 78).

Darauf aufbauend beschreibt der „prediction imperative“ den Druck, aus diesen Daten ständig möglichst präzise Vorhersagen über zukünftiges Verhalten zu generieren. Es geht nicht nur darum diese Vorhersagen nur zu erstellen, sondern gezielt zu nutzen, um Verhalten so zu beeinflussen, dass es monetarisierbar wird oder bleibt. Dabei geht es nicht länger darum, durch diese Daten Nutzer*innen besser zu verstehen, sondern allein darum, ihr Verhalten in

wirtschaftlich profitable Bahnen zu lenken. „They compel the development of highly inventive but resolutely secret new means to interrupt and modify our behavior for the sake of surveillance revenues“, schreibt Zuboff (Zuboff 2019: 165).

Im Überwachungskapitalismus geht es also grundsätzlich darum, das Verhalten der Subjekte umfassend zu überwachen und so zu beeinflussen, dass es gezielt in wirtschaftlich verwertbare Bahnen gelenkt werden kann.

Diese Form der Verhaltenssteuerung findet nicht offen statt, sondern geschieht im Hintergrund alltäglicher Nutzung, etwa durch Vorschläge, Werbungen oder die Gestaltung von Benutzeroberflächen. Solche Funktionen wirken auf den ersten Blick harmlos, lenken aber unbemerkt, was gesehen wird, welche Optionen bevorzugt werden und wie Entscheidungen getroffen werden. Den Nutzer*innen ist dabei oft nicht bewusst, dass ihr Verhalten beeinflusst wird, und genau darin sieht Zuboff das Problem. Diese unsichtbare Steuerung untergräbt das, was sie als „right to the future tense“ bezeichnet: das Recht, die eigene Zukunft bewusst zu gestalten und Entscheidungen selbstbestimmt zu treffen, ohne durch versteckte äußere Einflüsse gelenkt zu werden, die außerhalb des eigenen Bewusstseins liegen (ebd.).

An der beschriebenen Logik wird deutlich: Macht im Überwachungskapitalismus äußert sich nicht durch Disziplinierung oder Repression, sondern durch die subtile, kontinuierliche Beeinflussung von Verhalten im Sinne wirtschaftlicher Interessen. Zuboff fasst diese Form der Machtausübung unter dem Begriff Big Other. Das folgende Kapitel widmet sich dieser datenbasierten Form der Macht im Detail.

3.2.2 Big Other

Big Other beschreibt diese neue Form der Macht im Überwachungskapitalismus. Zuboff verwendet diesen Begriff, um genau diese neue Machtform zu beschreiben, durch die Verhaltensbeeinflussung heute permanent, überall, unsichtbar und automatisiert abläuft. Gemeint ist kein einzelner konkreter Akteur, sondern eine digitale Infrastruktur aus Plattformen, Geräten, Systemen und Algorithmen, die alle unsere alltäglichen Handlungen lückenlos erfassen, auswerten und gezielt beeinflussen. Big Other ist allgegenwärtig und unausweichlich: Es begleitet das Subjekt durch den Alltag, greift ein, ohne als Machtform erkennbar zu sein, und lenkt Verhalten in Richtungen, die wirtschaftlich verwertbar sind. In dieser neuen Konfiguration wirkt Macht nicht, indem sie direkt erkennbar ist, sondern gerade dadurch, dass sie sich im Hintergrund technischer Systeme verbirgt und in der Unscheinbarkeit des Alltags abläuft (vgl. Zuboff 2015: 81–82; vgl. Zuboff 2019: 305-307).

Zuboff beschreibt Big Other als ein allgegenwärtiges, vernetztes institutionelles Regime, das menschliches Verhalten systematisch erfasst, verändert und in ökonomisch verwertbare Datenprodukte überführt. In ihrem Artikel von 2015 schreibt sie: „I christen Big Other. It is a ubiquitous networked institutional regime that records, modifies, and commodifies everyday experience from toasters to bodies, communication to thought, all with a view to establishing new pathways to monetization and profit“ (Zuboff 2015: 81).

Mit dieser Beschreibung macht Zuboff deutlich, dass es sich bei Big Other um eine automatisierte, technische Infrastruktur handelt, die tief in alltägliche Lebensbereiche eindringt, dort Verhaltensdaten sammelt, analysiert und nutzt, um zukünftiges Verhalten gezielt in wirtschaftlich verwertbare Bahnen zu lenken. Das Besondere an diesem Regime ist, dass es klassische Formen gesellschaftlicher Steuerung wie Verträge, staatliche Regulierung oder demokratische Aushandlungsprozesse zunehmend ersetzt. Entscheidungen werden nicht mehr öffentlich diskutiert oder politisch geregelt, sondern durch algorithmisch gesteuerte Systeme automatisch getroffen. Zuboff beschreibt diesen Wandel als den Übergang zu einer Macht aus “independently controlled facts that supplants the need for contracts, governance, and the dynamism of a market democracy” (Zuboff 2015: 81–82). Dadurch werden zentrale demokratische Prinzipien wie Öffentlichkeit, Transparenz und Teilhabe untergraben. An ihre Stelle tritt eine unsichtbare, datenbasierte Steuerung, die sich der Kontrolle durch die Betroffenen entzieht.

Big Other beschreibt dabei nicht die Macht selbst, sondern die technische Struktur, durch die die instrumentarian power operiert. Es handelt sich um eine „sensate, computational, connected puppet“ des Überwachungskapitalismus, die menschliches Verhalten beobachtet, analysiert, bewertet, verändert und steuerbar macht (Zuboff 2019: 305). Dieses System funktioniert nicht durch Zwang oder offene Kontrolle, sondern durch subtile Beeinflussung und die dauerhafte und gezielte Anpassung des Verhaltens der Subjekte. Dabei ersetzt Big Other nicht nur frühere Formen von Macht, sondern etabliert eine neue, entkörperlichte, digitale Form der Steuerung.

Das Entscheidende ist, dass Big Other nicht mit repressiver Macht arbeitet, sondern durch technische Mittel Verhalten so beeinflusst, dass es ökonomisch verwertbar wird, ohne dass die Betroffenen dies als Steuerung erkennen und so auch nicht hinterfragen.

Wie zuvor bereits kurz angedeutet, beschreibt Zuboff die epistemische Grundlage dieser Macht als „radical indifference“, ein systematisches Desinteresse an subjektivem Sinn, Motivation oder der eigentlichen Bedeutung menschlichen Handelns. Entscheidend ist im

Überwachungskapitalismus also nicht, warum ein Mensch handelt, sondern nur, dass er handelt und dass dieses Verhalten beobachtbar, beeinflussbar und schlussendlich monetarisierbar ist, beziehungsweise gemacht wird. Big Other interessiert sich nicht für das Innenleben, sondern ausschließlich für das Äußere, beobachtbare Verhalten, und selbst dieses wird durch permanente Rückkopplungsschleifen beeinflusst, angepasst und in Richtung gewünschter Muster gelenkt (Zuboff 2019: 305-307).

Diese Gleichgültigkeit gegenüber subjektiven Bedeutungen führt dazu, dass menschliches Verhalten zunehmend auf sein äußeres Erscheinungsbild reduziert wird. Entscheidend ist nur noch, was beobachtbar, berechenbar und steuerbar ist. Der Mensch wird dabei nicht mehr als handelndes Subjekt verstanden, sondern als steuerbares Objekt, das von außen bearbeitet und wirtschaftlich verwertet werden kann. Was zählt, ist nicht mehr das reale Handeln selbst, sondern dessen digitale Spur, das sogenannte data double, das zur Grundlage ökonomischer Entscheidungen gemacht wird. In diesem Prozess geht der Zusammenhang zwischen subjektiver Erfahrung und äußerem Verhalten verloren. Zuboff deutet dies als eine tiefgreifende Verschiebung, in der sich das Subjekt von seinem eigenen Verhalten entfremdet, weil es nicht mehr selbst darüber verfügt, sondern durch technische Systeme beeinflusst und gesteuert wird

Zuboff greift in ihrer Analyse das Modell des Panopticons auf, wie es Jeremy Bentham entworfen hat. Dieses Modell beschreibt eine Gefängnisarchitektur, in dessen Zentrum ein Beobachtungsturm steht. Aus diesem zentralen Turm heraus können alle Zellen beobachtet und überwacht werden. Die Überwachten wissen dabei nicht, ob sie gerade beobachtet werden oder nicht. Genau diese Unsicherheit führt dazu, dass sie ihr Verhalten dauerhaft anpassen, weil sie ständig glauben oder zumindest davon ausgehen müssen, beobachtet und überwacht zu werden (vgl. Wolf 2020: 323). Zuboff schreibt dazu: „The panopticon was a physical design that privileged a single point of observation. The anticipatory conformity it induced required the cunning production of specific behaviors while one was inside the panopticon, but that behavior could be set aside once one exited that physical place. [...] Unlike the centralized power of mass society, there is no escape from Big Other“ (Zuboff 2015: 82). Im Gegensatz zu diesem Modell des Panopticons, ist die Überwachung im digitalen Kapitalismus nicht mehr an bestimmte Orte oder ein bestimmtes Gebäude oder Institution gebunden. Wie Zuboff dies klar darstellt, ist der entscheidende Unterschied im Überwachungskapitalismus, dass es eben keine klaren Grenzen mehr für diese Überwachung gibt. Dass sich die Menschen nicht so einfach dieser Dynamik entziehen können.

Big Other durchdringt den Alltag auf nahezu allen Ebenen. Es erfasst und analysiert unser Verhalten kontinuierlich, ohne dass wir dies aktiv bemerken. Diese Überwachung bleibt also unsichtbar, wirkt aber dennoch ständig und überall im Hintergrund. Anders als im Panopticon, ist Überwachung heute nicht mehr an einen bestimmten Ort oder eine Institution gebunden, sondern wirkt als systemisches Prinzip des Überwachungskapitalismus und durchdringt weite Teile des gesellschaftlichen Lebens. Überwachung wird so zu einem allgemeinen gesellschaftlichen und systemischen Funktionsprinzip des Überwachungskapitalismus (vgl. ebd).

Ein vollständiger Rückzug ist theoretisch denkbar, aber praktisch kaum umsetzbar, da nahezu alle zentralen Lebensbereiche wie Kommunikation, Mobilität, Konsum, Arbeit, Wohnen, Unterhaltung, Freizeit etc., heute von digitalen Technologien durchdrungen und in datenbasierte Prozesse eingebettet sind. Wo digitale Technologien zum Einsatz kommen, ist auch die Beobachtung und Beeinflussung von Verhalten möglich. Big Other ist damit nicht mehr an bestimmte Orte gebunden, sondern wirkt überall dort, wo Menschen mit digitalen Systemen interagieren, bewusst oder unbewusst.

Die Funktion von Big Other liegt nicht im Disziplinieren oder Überwachen im klassischen Sinn, sondern in der Automatisierung von Verhalten durch verschiedenste Techniken. Zuboff beschreibt dies als „technology of behavior“. Eine Verhaltenssteuerung, die leise, subtil und kontinuierlich wirkt. Zudem bleibt den Betroffenen häufig unklar, dass ihr Verhalten kontinuierlich und auf solch subtile Weise beeinflusst wird, da diese Form der Steuerung tief in den gesellschaftlichen Alltag eingedrungen ist, ohne als direkten Eingriff erkennbar zu sein (Zuboff 2019: 306). Damit schafft Big Other eine neue Machtform, die nicht auf Unterwerfung zielt, sondern auf unbewusste Anpassung durch gezielte, subtile Anreize, wodurch sich Macht tief in das alltägliche Handeln einschreibt.

Diese Steuerung funktioniert nicht über Angst oder Zwang, sondern über die Herstellung von Vorhersagbarkeit. Ziel ist es, Verhalten so zuverlässig planbar zu machen, dass es im Sinne ökonomischer Interessen und einer wirtschaftlichen Rationalität genutzt und gelenkt werden kann. Zuboff spricht in diesem Zusammenhang von einer neuen Form der Sicherheit: „certainty without terror“ (ebd.). Gemeint mit dieser Sicherheit ist eine verlässliche Steuerung menschlichen Verhaltens, die ohne offene Gewalt oder Repression funktioniert. Diese Form der Kontrolle wirkt nicht durch Unterdrückung oder Disziplinierung, sondern durch die subtile, systematische Verhaltensmodifikation. Es handelt sich um eine Art von Regierung, die keine sichtbare Machtausübung mehr benötigt, keine klassische staatliche Autorität, sondern durch

algorithmisch strukturierte Umgebung operiert, die Verhalten subtil, aber effektiv lenken. Zuboff bringt diesen Wandel mit folgendem Satz auf den Punkt: „Power was once identified with the ownership of the means of production, but it is now identified with ownership of the means of behavioral modification that is Big Other” (Zuboff 2019: 307). Macht bedeutet im Überwachungskapitalismus nicht mehr primär Kontrolle über Produktionsmittel, sondern Kontrolle über die digitalen Bedingungen, unter denen Verhalten erzeugt und verändert wird. Kontrolle über die Möglichkeiten, Verhalten gezielt zu beeinflussen.

Unternehmen streben danach, möglichst genaue Vorhersagen über das Verhalten von Menschen zu erhalten, um ihre Zwecke effizient durchsetzen zu können. Sei es im Marketing, in der Produktentwicklung oder bei der gezielten Beeinflussung politischer Meinungsbildung. Diese Form der Steuerung wirkt harmlos, weil sie nicht repressiv auftritt. Statt offener Kontrolle erleben Nutzer*innen Komfort, Effizienz und personalisierte Angebote. Genau darin liegt jedoch die Gefahr. Der Handlungsspielraum des Einzelnen wird schrittweise eingeschränkt, ohne dass dieser Verlust bewusst wahrgenommen wird. Entscheidungen werden vorstrukturiert, Alternativen ausgeblendet und Verhalten sanft in gewünschte Bahnen gelenkt (vgl. ebd. 305-307).

Gerade weil Big Other nicht bedrohlich erscheint, können tiefgreifende Eingriffe in individuelle Freiheit stattfinden, ohne dass Widerstand entsteht. Oft sogar, ohne dass die Betroffenen überhaupt merken, dass sie gelenkt werden. Die Macht wirkt still, aber dauerhaft und mit weitreichenden Auswirkungen.

Zuboff beschreibt diese Entwicklung als eine „transformation of the market into a project of total certainty“ (Zuboff 2019: 309). Der Überwachungskapitalismus verwandelt den Markt in ein System vollständiger Verhaltensvorhersage. Big Other ist dabei das technische Mittel zur Erreichung dieses Ziels. Gesellschaftliche Entscheidungen, die früher öffentlich, demokratisch und legitim ausgehandelt wurden, werden zunehmend durch automatisierte Systeme ersetzt, die auf großen Datenmengen und algorithmischer Berechnung beruhen. Zuboff macht damit deutlich, dass Macht im Überwachungskapitalismus nicht mehr hauptsächlich vom Staat ausgeht, sondern von marktwirtschaftlichen Interessen bestimmt und durch private Akteure ausgeübt wird.

In unserer heutigen digitalisierten Gesellschaft verlieren Menschen nicht nur Handlungsspielräume, sondern auch zunehmend den Bezug zu ihrem eigenen Verhalten. Zuboff (2019) beschreibt diesen Zustand als „exile from our own behavior“ (Zuboff 2019: 306).

Eine Art der Entfremdung des Menschen zu seinem eigenen Verhalten, die nicht durch Zwang entsteht, sondern durch eine digitale Entkopplung von Innen und Außen. Das Subjekt wird gespalten in seine Datenhülle und seine Lebenswirklichkeit. Die Datenhülle aber ist es, die entscheidet, wie Zugang, Teilhabe, Chancen und Risiken verteilt werden. Diese Form der Subjektspaltung beschreiben Haggerty und Ericson (2000) mit dem Begriff des „data double“, welcher bereits in Kapitel 3.1.2 eingeführt wurde (Haggerty & Ericson 2000: 611). Der Mensch wird nicht mehr als ganzheitliches Subjekt behandelt, sondern als datenförmiger Funktionskörper. Die subjektive Perspektive des Einzelnen spielt dabei keine Rolle mehr. Nicht das subjektive Erleben, sondern allein das von außen beobachtbare Verhalten ist im Überwachungskapitalismus relevant. In Haggerty & Ericsons (2000) Worten: „reduces flesh to pure information“ (Haggerty & Ericson 2000: 613).

Diese Entfremdung entsteht, weil alltägliche Entscheidungen und Handlungen nicht mehr aus eigenem Antrieb getroffen werden, sondern aus einer Auswahl heraus, die zuvor durch Algorithmen vorstrukturiert und durch subtile Eingriffe bereits beeinflusst wurde.

Im Unterschied zu Foucaults Analyse der neoliberalen Gouvernementalität, die auf die Fähigkeit zur Selbstführung entlang bestimmter Prinzipien abzielt, basiert Big Other auf der technischen Vorstrukturierung jener Entscheidungsräume, in denen diese Selbstführung stattfinden soll. Es geht nicht mehr um Regierung durch Freiheit wie bei Foucault, sondern um eine Regierung, die Freiheit nutzt und bewusst gestaltet, um Verhalten auf datenbasierter Grundlage gezielt zu lenken. Entscheidungen werden durch maschinelle Reize beeinflusst, Optionen algorithmisch vorstrukturiert, Verhalten schrittweise angepasst. Freiheit wird dabei nicht offen eingeschränkt, sondern verliert an Bedeutung, weil die Handlungsmöglichkeiten im Voraus so gestaltet sind, dass individuelle Entscheidungen nicht mehr als eigenständiger, individueller Ausdruck des Subjekts verstanden werden können. Autonomie wird nicht abgeschafft, sondern funktionslos, sie verliert ihren gesellschaftlichen Wert, weil individuelle Entscheidungen, lange bevor sie getroffen werden, bereits beeinflusst und in bestimmte Bahnen gelenkt wurden. Die sozialen und politischen Folgen sind tiefgreifend (vgl. Zuboff 2019: 305-309).

Wenn gesellschaftliches Leben immer stärker von technischen Systemen gesteuert wird, die nicht auf öffentlicher Aushandlung, sondern auf automatischen Berechnungen und Algorithmen beruhen, dann geraten nicht nur individuelle Selbstbestimmung, sondern auch die Grundlagen demokratischer Ordnung zunehmend unter Druck. Die Frage, wer handelt, entscheidet und Verantwortung trägt, wird im Zeitalter des Überwachungskapitalismus und Big

Other nicht mehr offen ausgehandelt, sondern vorab durch algorithmische Prozesse festgelegt, noch bevor sie überhaupt bewusst gestellt werden kann (vgl. ebd.).

Auch wenn Big Other auf den ersten Blick als Bruch mit bisherigen Machtformen erscheint, lässt sich seine Logik zugleich als radikalisierte Weiterentwicklung jener Gouvernamentalität verstehen, wie sie Foucault im Kontext des Neoliberalismus beschreibt. Dort wird Macht nicht durch Repression ausgeübt, sondern durch die Führung des freien Subjekts, das sich selbst regieren und optimieren soll. Diese Form der Regierung basiert auf der Vorstellung, dass Menschen als Unternehmer ihrer selbst agieren, sich selbst beobachten, bewerten und sich entlang von Marktprinzipien selbst regieren. Im Überwachungskapitalismus bleibt dieser Freiheitsrahmen formal bestehen, wird jedoch durch technische Infrastrukturen und algorithmische Prozesse so vorstrukturiert, dass die Grundlagen für eigenständiges Handeln zunehmend unterlaufen werden. Die neoliberale Idee der Selbstführung wird damit nicht abgeschafft, sondern funktional umgelenkt, hin zu einem datenbasierten Verhaltensregime, das die vermeintlich äußere Freiheit nutzt, um innere Steuerung zu perfektionieren. Zuboff schreibt: „it replaces individual freedom with others knowledge and replaces society with certainty“ (Zuboff 2019: 309). Damit verweist Zuboff auf eine Freiheit, die nicht mehr vom Subjekt selbst gestaltet wird, sondern von außen algorithmisch vorgegeben ist.

Zuboffs Analyse macht deutlich, dass es sich bei Big Other nicht um eine dystopische Übertreibung handelt, sondern um eine reale, bereits operativ gewordene Machtform des Überwachungskapitalismus, die tief in den Alltag und die gesellschaftliche Ordnung eingreift.

Es wird also deutlich, dass Big Other Verhalten nicht durch Zwang, sondern durch subtile, datenbasierte Lenkung beeinflusst und Entscheidungsprozesse bereits im Vorfeld strukturiert. Diese neue Form der Steuerung verändert nicht nur gesellschaftliche Machtverhältnisse, sondern wirkt auch auf das Subjekt selbst. Welche Auswirkungen dies auf die Subjektivierung hat, wird im folgenden Kapitel genauer analysiert.

3.2.3 Subjektivierung unter Big Other

Im Überwachungskapitalismus wird Subjektivität nicht mehr nur durch soziale oder politische Kontexte geprägt, sondern zunehmend auch durch digitale Umgebungen. Was Foucault im Hinblick auf die Gouvernamentalität des Neoliberalismus beschrieben hat, nämlich dass Subjekte nicht einfach gegeben sind, sondern in spezifischen Macht-Wissen-Verhältnissen hervorgebracht werden, gilt auch hier. Heute sind es jedoch nicht mehr nur öffentliche Diskurse, Normen oder Institutionen, sondern auch digitale Infrastrukturen, die an der Konstitution des

Subjekts mitwirken. Subjektivierung geschieht zunehmend algorithmisch, durch datenbasierte Steuerung, personalisierte Rückkopplung und eine dauerhafte Verhaltensbeeinflussung (vgl. Zuboff 2019: 305-306).

Zuboff beschreibt dies als Teil einer umfassenden gesellschaftlichen Veränderung, die sie „the third modernity“ nennt. Es ist eine neue Phase des Kapitalismus, in der digitale Systeme darauf abzielen, Verhalten im Sinne wirtschaftlicher Interessen zu steuern und so einen starken Einfluss auf die Subjektkonstitution haben, in dem sie Verhalten in bestimmte Richtungen lenken. Die Grundlage dieser Macht ist nicht mehr Ideologie oder Überzeugung, sondern die Fähigkeit, das Verhalten der Individuen durch technische und digitale Mittel berechenbar zu machen und so direkt und gezielt zu beeinflussen. Zuboff schreibt: „The aim is to remake twenty-first-century society as a 'first-class thing' organized in the image of the machine hive for the sake of others' certainty“ (Zuboff 2019: 332). Ziel ist hierbei also nicht das Wohlergehen der Individuen selbst, sondern die Beeinflussung ihrer Handlungen im Interesse wirtschaftlicher Akteure. Verhalten soll möglichst störungsfrei, vorhersagbar und konform sein. Nicht zum Nutzen der Subjekte, sondern wie Zuboff es schreibt: „for the sake of others' certainty“ (ebd.).

Im Überwachungskapitalismus wird das Subjekt nicht mehr als autonomes Individuum verstanden. Es soll sich nicht entwickeln, sondern funktionieren. Effizient sein, vorhersehbar, anschlussfähig. Maschinen lernen kollektiv, und Menschen sollen diesem Prinzip folgen. „The machines mimic each other, and so must we. The machines move in confluence, not many rivers but one, and so must we“ (ebd.: 334). Konvergenz ersetzt im Überwachungskapitalismus Differenz. Synchronisierung ersetzt Autonomie. In dieser maschinellen Ordnung ist das Subjekt kein Ursprung von autonomer Handlung mehr, sondern ein Objekt systematischer Verhaltenssteuerung und Anpassung.

Zentral in dieser neuen Ordnung ist, was Zuboff als „tuning“ und „herding“ beschreibt: eine permanente Verhaltenssteuerung durch eigenständige Anpassung. Das Verhalten des Einzelnen wird permanent gemessen, verglichen, korrigiert. Nicht durch Vorschriften, sondern durch ständige algorithmische Reize und subtile Beeinflussung. Digitale Plattformen sind beispielsweise Umgebungen, die mit algorithmischen Anreizen, sowie subtilen Techniken und Taktiken, bestimmte Handlungen wahrscheinlicher machen als andere. „Human behavior must be herded and penned within the parameters of the plan“ (ebd.: 350). Ziel ist also eine subtile, aber wirkungsvolle Steuerung innerhalb vorgegebener Verhaltensparameter des Überwachungskapitalismus.

Diese Form der Macht und Subjektivierung wirkt nicht repressiv oder autoritär, sondern komfortabel. Subjekte erleben sie als Services: Inhalte, Empfehlungen, Rankings, Likes. Doch genau darin liegt die Wirksamkeit dieser Macht. Sie „succeeds through the natural human inclination to avoid psychological pain“ (ebd.: 376). Was als autonome Entscheidung erscheint, ist oft das Resultat struktureller Vorauswahl und Vorstrukturierung. Die Wirksamkeit dieser neuen Form der Macht beruht nicht auf Zwang, sondern auf psychologischer Resonanz. Sie macht sich grundlegende menschliche Bedürfnisse zunutze. Das Bedürfnis nach Zugehörigkeit, nach sozialer Bestätigung, nach Anerkennung. Die Systeme greifen genau an dieser Stelle ein: Sie verstärken den Wunsch, gemocht zu werden, dazugehören zu dürfen, nicht ausgeschlossen zu sein. Likes, Rankings und algorithmische Empfehlungen sind dabei keine neutralen Funktionen, sondern gezielte Verstärkungsmechanismen. Die Plattformen schaffen Umgebungen, in denen es schmerzhaft ist, abzuweichen und angenehm, sich einzufügen. So funktioniert Steuerung nicht gegen, sondern mit dem Subjekt. Die Lenkung erfolgt durch den Wunsch der Subjekte sich so zu verhalten, wie es von der Gesellschaft und dem System erwartet wird. Die Vermeidung psychologischen Unbehagens wird so zum Motor der Konformität im Überwachungskapitalismus.

Zuboff zitiert Alex Pentland: „It is time that we dropped the fiction of individuals as the unit of rationality and recognized that our rationality is largely determined by the surrounding social fabric“ (ebd.: 353). Damit wird die Vorstellung des autonomen, vernünftigen, rationalen Subjekts grundsätzlich in Frage gestellt. Wie Menschen denken, handeln oder sind, ist demnach nicht Ausdruck persönlicher Überzeugung oder innerer Freiheit, sondern bereits durch gesellschaftliche Ordnung und Machtverhältnisse geprägt und vorstrukturiert. In einer solchen Ordnung wird das autonome Subjekt als überflüssiges Störelement gesehen: zu langsam, zu unpräzise, zu resistent. Die Maschine wird zum Vorbild des Sozialen: synchron, effizient, fehlerfrei. Das Ideal ist nicht mehr Selbstbestimmung, sondern Konvergenz. Also eine Anpassung des Individuums an ein kollektives Verhalten. Zuboff schreibt: „In this human hive, individual freedom is forfeit to collective knowledge and action. Nonharmonious elements are preemptively targeted with high doses of tuning, herding, and conditioning“ (ebd.: 335). Abweichungen gelten in dieser Logik nicht als Ausdruck von Individualität, sondern als Störungen, die frühzeitig korrigiert werden sollen. Das Ziel ist es nicht mehr, dass Menschen eigene Wege gehen und individuell sind, sondern dass sie sich einfügen, in ein System, das Verhalten möglichst effizient vorhersagen und gezielt lenken will.

Diese Form der Subjektivierung hat tiefgreifende psychische Folgen. Besonders deutlich zeigt sich dies beispielsweise in den Erfahrungen junger Menschen mit sozialen Medien. Das permanente Feedback, das ständige Gesehenwerden, die Vergleichbarkeit der digitalen Selbstdarstellung erzeugen einen Zustand dauerhafter Selbstüberwachung und Anpassung. Subjektivität wird externalisiert. Sie orientiert sich nicht mehr an inneren Überzeugungen, Gefühlen oder eigenen Vorstellungen, sondern an externen Vorgaben: „Life in the hive favors those who most naturally orient toward external cues rather than toward one’s own thoughts, feelings, values, and sense of personal identity“ (ebd.: 374). Was zählt, ist also nicht mehr das subjektive Innere wie Individualität, Einzigartigkeit, Selbstbestimmung oder die eigenen Bedürfnisse, sondern die konforme Anpassung an externe Erwartungen.

Gerade durch diesen Fokus auf äußere Anreize geht die Verbindung zur eigenen Erfahrung verloren. Es kommt zu einer Entfremdung des Subjekts zu seinem eigenen Verhalten. Subjektivität wird externalisiert, das Innenleben selbst wird irrelevant. Die Folge beschreibt Zuboff als „a pattern of overwhelming anxiety and disorientation in the simple act of digital disconnection“ (ebd.: 375). Das Subjekt existiert nur noch im digitalen Raum, oder gar nicht. Es erkennt und versteht sich selbst zunehmend nur noch durch seine digitale Repräsentation, das sogenannte data double und wie die Menschen im digitalen Raum darauf reagieren. Nicht mehr das Subjekt selbst, sondern seine algorithmisch erzeugte digitale Repräsentation wird zur zentralen Referenz.

Diese Entwicklung beschreibt nicht nur eine neue Form der Macht, sondern auch eine Krise des Politischen. Was früher Gegenstand vom öffentlichen Diskurs war, wird heute in digitale Systeme überführt. Entscheidungen über Sichtbarkeit, Teilhabe, Chancen, sie werden durch Algorithmen getroffen, nicht durch demokratische, legitime Prozesse. Zuboff schreibt: „Tuning replaces private governance and public politics, without which individuality is merely vestigial“ (ebd.: 378). Subjektivierung unter Big Other bedeutet daher nicht einfach Verlust von Autonomie, sondern deren funktionale Entwertung. Das Gefühl der Freiheit bleibt, aber es ist entkoppelt von realer Entscheidungsfreiheit. Es ist eine Freiheit unter bestimmten Rahmenbedingungen, in der alle Optionen bereits durch technische Systeme vorstrukturiert wurden. Autonomie und Freiheit wird nur simuliert, nicht tatsächlich gelebt.

Zuboffs Analyse macht deutlich: In der „third modernity“ wird Subjektivität nicht mehr als Ausdruck individueller Selbstgestaltung verstanden, sondern als Objekt systematischer Kontrolle und Verhaltenslenkung hervorgebracht. Das Ziel ist nicht Individualität, sondern Konformität und Konvergenz. Nicht Reflexion, sondern Verhaltensoptimierung. Nicht

Differenz, sondern Vorhersagbarkeit und Anpassung. Die Architektur des Hive ersetzt soziale Vielfalt durch algorithmisch erzeugte Konvergenz, zum Nutzen jener, die diese Systeme kontrollieren.

Die beschriebenen Dynamiken lassen sich im nächsten Schritt unter dem Begriff der digitalen Gouvernamentalität fassen. Einer Form der Macht, die auf algorithmischer Steuerung, datenbasierter Subjektivierung und technischer Vorstrukturierung sozialer Wirklichkeit beruht. Im folgenden Kapitel wird dieser Begriff genutzt, um die Logik digitaler Regierung im Überwachungskapitalismus theoretisch zu sammeln und klarer darzustellen.

4. Digitale Gouvernamentalität

4.1 Digitale Steuerung und Gouvernamentalität im Überwachungskapitalismus

Im Überwachungskapitalismus verändert sich die Art und Weise, wie Regierung funktioniert. Verhalten wird nicht mehr nur beobachtet oder beurteilt, sondern systematisch überwacht, analysiert und beeinflusst. Ziel ist es, menschliches Verhalten vorhersehbar zu machen, um es anschließend zu lenken. Diese neue Form der Macht bleibt oft unsichtbar, da sie tief in die digitalen Infrastrukturen eingebettet ist, die unseren Alltag durchziehen. Shoshana Zuboff beschreibt dies als ein System, das „unilaterally claims human experience as free raw material for translation into behavioral data“ (Zuboff 2019: 16). Die, aus diesen Daten, gewonnenen Informationen, bilden die Grundlage für eine neue Form der Steuerung, in der das Verhalten nicht mehr durch Regeln oder Institutionen angeleitet wird, sondern durch digitale Systeme, die Handlungsräume gezielt strukturieren und Verhalten in bestimmte Richtungen lenken.

Anknüpfend an Michel Foucaults Begriff der Gouvernamentalität lässt sich dieser Wandel als digitale Gouvernamentalität beschreiben. Regierung bedeutet in diesem Zusammenhang, Verhalten durch gezielte Beeinflussung zu lenken, ohne dass dies notwendigerweise für die Betroffenen als Zwang oder etwas Repressives erscheint. Wie Foucault beschreibt, geht es darum, „die Lebensführung aller und jedes Einzelnen unter eine Form von Überwachung und Kontrolle zu stellen“ (Foucault 2020: 99). Digitale Technologien übernehmen dabei eine zentrale Rolle: Sie machen Verhalten sichtbar, wandeln es in Daten um, werten diese algorithmisch aus und nutzen die Ergebnisse, um zukünftiges Verhalten gezielt zu beeinflussen.

Barry (2020) beschreibt diesen Wandel als eine Verschiebung, weg von allgemeinen, statistischen Erhebungen, hin zur individualisierten Steuerung durch datenbasierte Vorhersagen. Sie schreibt: „Statistics, previously employed for the management of populations, is now absorbed into predictive analytics as a new technology for the management of

collectives, through personalisation and statistical individuation“ (Barry 2020: 1). Steuerung geschieht hier nicht mehr durch allgemeine Vorgaben, sondern durch personalisierte Empfehlungen, die auf dem bisherigen Verhalten des Einzelnen beruhen. Dadurch entsteht ein subtiler Druck, sich in einer bestimmten Art und Weise zu verhalten, ohne dass Zwang dazu notwendig wäre. Barry beschreibt damit nicht nur einen Wandel in der Technik der Steuerung, sondern auch eine grundlegende Verschiebung im Verhältnis von Wissen und Macht. In der klassischen Biopolitik dient statistisches Wissen dazu, die Bevölkerung als Gesamtheit zu erfassen, zu analysieren und produktiv zu lenken. Das Leben selbst wurde zum Ziel der Regierung. Im Überwachungskapitalismus und dem digitalen Raum hingegen richtet sich das erzeugte Wissen nicht mehr auf die gesamte Bevölkerung, sondern auf das einzelne Individuum. Durch personalisierte Empfehlungen und statistische Individualisierung entsteht eine neue Form der Macht, in der das Verhalten einzelner gezielt gesteuert wird. Es handelt sich dabei um eine neue Form von Wissen, welches algorithmisch in Form von Daten erzeugt und nun zur gezielten Vorhersage und Steuerung individuellen Verhaltens genutzt wird (ebd.).

Auch Nikolaus Lehner (2018) greift diese Entwicklung auf. Er beschreibt die Rolle algorithmischer Systeme bei der Verhaltenssteuerung als einen Versuch, das Unvorhersehbare in vorhersagbare Bahnen zu lenken. Er spricht in diesem Zusammenhang von einer „rechnerischen Einhegung sozialer Flüchtigkeit“ (Buhr et al. 2018: 17). Gemeint ist damit der Versuch, die Flüchtigkeit menschlicher Realität, also eigentlich die Ungenauigkeit und Unvorhersagbarkeit des Lebens, durch digitale Technologien erfassbar, berechenbar und damit steuerbar zu machen. Diese Aussage deutet auf die grundlegende Logik der digitalen Gouvernamentalität hin: Regierung erfolgt nicht durch offene Kontrolle, sondern durch die algorithmische Strukturierung von Handlungsräumen. Im digitalen Kapitalismus entstehen also neue Formen der Verhaltenslenkung. Diese beruhen nicht mehr hauptsächlich auf äußeren Anweisungen oder klassischen Institutionen, sondern auf technischen Systemen, die Verhalten kontinuierlich beobachten, vergleichen und auswerten. Besonders deutlich wird das bei der digitalen Selbstvermessung; Fitness-Tracker, Schlaf- oder Gesundheits-Apps, die Verhaltensdaten automatisch erfassen und entlang bestimmter Normen einordnen. Die gesammelten Daten dienen nicht nur der reinen Erfassung des Verhaltens, sondern bilden die epistemische Grundlage für eine algorithmische Rückkopplung, auf Basis derer das Verhalten der Nutzer*innen gezielt beeinflusst wird.

Wie Reichert (2018) beschreibt, geht es dabei um die enge Verbindung von „medialen Techniken, Wissenspraktiken und Subjektformungen“ (Buhr et al. 2018: 66). Die digitalen

Systeme und Geräte erfassen kontinuierlich das Verhalten der Nutzer*innen. Die gesammelten Daten werden ausgewertet und das dabei produzierte Wissen wird genutzt um zukünftiges Verhalten der Nutzer*innen ganz gezielt zu beeinflussen und zu lenken, wodurch diese einen starken Einfluss auf die Subjektconstitution haben. Gleichzeitig erzeugen sie damit Normen, an denen sich die Nutzer*innen orientieren. Die Nutzer*innen passen sich diesen Rahmenbedingungen an, indem sie sich selbst beobachten, vergleichen und ihr Verhalten auf von außen vorbestimmte und vorstrukturierte Ziele hin ausrichten. Reichert spricht in diesem Zusammenhang von neuen „Reflexions- und Spielräumen der Selbstpraxis“ (ebd.). Was zunächst wie persönliche Freiheit erscheint, ist in Wirklichkeit bereits stark durch die digitale Umgebung vorgeprägt und vorstrukturiert, wie beispielsweise durch bestimmte Inhalte, Einstellungen, Zielvorgaben und die Gestaltung der Benutzeroberflächen. Es entsteht ein Rahmen, der die Möglichkeiten der Selbststeuerung begrenzt und gleichzeitig in eine bestimmte Richtung lenkt.

Dieses Verständnis lässt sich gut mit Foucaults Begriff der Gouvernementalität erfassen. Regierung bedeutet in diesem Sinne nicht mehr, direkt Anweisungen zu geben, sondern Bedingungen zu schaffen, unter denen Menschen sich selbst führen und ihr Verhalten selbstständig anpassen. Barry beschreibt diese Verschiebung als eine Entwicklung hin zu individualisierter Steuerung durch eine datenbasierte Vorhersage. Sie spricht von „statistical individuation“, also einer Form der Lenkung, die auf personalisierte Verhaltensbeeinflussung abzielt und dabei Konzepte traditioneller, direkter Steuerung ablöst (Barry 2020: 1). Anstelle allgemeiner Regeln treten individuelle Empfehlungen, die auf dem bisherigen Verhalten einzelner Personen basieren. Somit ist die Verhaltensbeeinflussung individualisiert und an das Individuum angepasst.

Lehner weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass diese digitalen Algorithmen heute als Regierungstechniken und Kontrollinstanzen betrachtet und gedacht werden sollen (Buhr et al. 2018: 21). Sie übernehmen Aufgaben, die früher hauptsächlich durch Gesetze oder bestehende Normen geregelt wurden. Digitale Systeme bewerten Verhalten, ordnen es ein und beeinflussen Entscheidungen. Sie geben vor, was als richtig, gesund oder abweichend gilt. Sie stellen in der digitalen Umgebung also die normative Grundlage dar, an denen sich die Nutzer*innen orientieren. Nicht durch direkte Vorschriften, sondern durch Rückkopplung, Vergleiche oder Empfehlungen. Nutzer*innen sehen zum Beispiel Durchschnittswerte, die sich aus den Daten vieler anderer ergeben. So entsteht ein ständiger Druck, sich dementsprechend anzupassen.

Lehner nennt diese Entwicklung eine „Einhegung eines neuen Raums“, der nicht frei und offen bleibt, sondern gezielt durch Algorithmen strukturiert und gelenkt wird (ebd.).

4.2 Subjektivierung und Selbstführung in digitalen Umgebungen

Die digitale Umgebung beeinflusst, wie Menschen über sich selbst denken, welche Ziele sie sich setzen und wie sie ihr Verhalten steuern. Digitale Systeme geben dabei kontinuierlich Rückmeldungen und zeigen so an, ob man sich im Rahmen der Erwartungen bewegt, ob man sich verbessern sollte, oder ob ein bestimmtes Ziel bereits erreicht wurde. Solche Rückmeldungen schaffen Normen und Maßstäbe dafür, was als richtig, gesund oder erfolgreich gilt. Die Nutzer*innen übernehmen diese Maßstäbe, beobachten sich selbst, vergleichen ihr Verhalten mit diesen und versuchen, sich dementsprechend anzupassen. So beeinflussen digitale Umgebungen ständig Subjektkonstitutionen. Auch wenn diese Prozesse oft als freiwillig erscheinen, sind sie systematisch tief in die Struktur digitaler Systeme eingebettet. Sie regen dazu an, das eigene Verhalten im Sinne vorgegebener Normen anzupassen (vgl. Buhr et al. 2018: 67-76). Diese Form der Subjektivierung verläuft unauffällig. Das Subjekt wird nicht durch äußeren Zwang geformt, sondern durch die Logik der freiwilligen Selbstoptimierung nach den vorgegebenen Normen und Rahmenbedingungen im Überwachungskapitalismus. Was als Wahlfreiheit erscheint, ist oft nur das Ergebnis gezielter Strukturierung der Rahmenbedingungen im digitalen Raum.

Lehner beschreibt dies als eine Form „algorithmischer Gouvernamentalität“, eine Form der Regierung, die nicht zentral gesteuert wird, sondern durch die alltägliche Nutzung technischer Systeme und dem digitalen Raum selbst funktioniert (ebd.: 22). Digitale Umgebungen übernehmen so eine zentrale Rolle bei der Steuerung von Verhalten und der Subjektkonstitution. Sie strukturieren Entscheidungen, indem sie bestimmte Handlungsoptionen hervorheben, andere ausblenden und durch gezielte Rückmeldungen beeinflussen, welches Verhalten als sinnvoll erscheint. Diese Form der Macht wirkt nicht repressiv, sondern steuernd.

In der Folge entsteht eine neue Form von Subjektivierung, die sich innerhalb eines digitalen, durch Algorithmen strukturierten Raums vollzieht. Einem Raum, in dem Verhalten nicht mehr frei, sondern berechenbar, steuerbar und gezielt nutzbar wird. Subjektivierung bedeutet hier, durch digitale Umgebungen das Selbstverhältnis so zu strukturieren, dass sich Menschen freiwillig im Sinne bestimmter Normen und externen Interessen verhalten. Genau darin zeigt sich die Aktualität von Foucaults Analyse im Überwachungskapitalismus: Regierung heißt,

„die Lebensführung aller und jedes Einzelnen unter eine Form von Überwachung und Kontrolle zu stellen“ (Foucault 2020: 99).

4.3 Entgrenzung des Politischen

Die digitale Gouvernamentalität verändert nicht nur die Art und Weise, wie Verhalten beeinflusst wird, sondern auch, was überhaupt als Gegenstand der Regierung gilt. Die Grenze zwischen dem Politischen und dem Privaten, zwischen staatlicher Steuerung und alltäglicher Lebensführung, beginnt sich aufzulösen. Digitale Technologien durchdringen alle Bereiche des Lebens, vom Gesundheitsverhalten über soziale Beziehungen bis hin zur Arbeitsorganisation, und erweitern damit den digitalen Raum, in dem Verhalten erfasst, bewertet und gesteuert wird.

Lehner (2018) beschreibt diesen Wandel als eine Verschiebung von klassischen Formen staatlicher Steuerung hin zu einer Steuerung durch digitale Strukturen, die direkt in das alltägliche Handeln eingreifen. Er spricht davon, dass Algorithmen heute nicht nur technologische Instrumente sind, sondern Teil einer „gesellschaftlichen Kontrollinstanz“ (Buhr et al. 2018: 21), die über das hinausgeht, was in traditionellen Machtverhältnissen als Regierung galt. Kontrolle findet nicht mehr nur durch Gesetze, Institutionen oder politische Programme statt, sondern durch digitale Infrastrukturen, die bestimmen, wie Menschen handeln, kommunizieren und sich selbst verstehen.

Barry (2020) verweist in diesem Zusammenhang auf die Rolle digitaler Systeme als eine neue Form von Regierungslogik, die nicht mehr zwischen Staat und Gesellschaft unterscheidet. Stattdessen entstehen hybride Räume, Dispositive, in denen staatliche, öffentliche und private Akteure, Systeme, Plattformen, Softwares und Daten gemeinsam daran beteiligt sind, Verhalten zu beeinflussen und zu steuern. Barry schreibt: „What we are witnessing is a transformation in the rationale and reach of government, one in which decision-making is delegated to systems that blur the boundary between technical functioning and normative judgment“ (Barry 2020: 2). Diese Verschiebung der Entscheidungsmacht hin zu algorithmischen Systemen bedeutet, dass politische Steuerung nicht mehr ausschließlich durch demokratische Verfahren oder öffentlichen Diskurs erfolgt. Stattdessen werden Entscheidungen heute zunehmend durch Algorithmen getroffen. Regierung verschwindet damit nicht, sondern verschiebt sich und wird subtiler. Sie ist eingebettet in technische Systeme, die nicht als politische Akteure wahrgenommen werden, aber trotzdem politischen Einfluss haben. Zentral für diese Entwicklung ist, dass Macht nicht mehr an klassische Institutionen wie den Staat gebunden ist, sondern zunehmend im digitalen Raum wirkt. Sie entfaltet sich nicht mehr ausschließlich durch Gesetze, Regeln oder sichtbare Autoritäten, sondern durch digitale Systeme, Geräte

Programme, etc., die unauffällig in den Alltag integriert sind. Dort beeinflusst sie, welche Entscheidungen getroffen werden, welche Handlungsoptionen sichtbar sind und welches Verhalten sich schlussendlich durchsetzt. Macht liegt damit nicht mehr im Zentrum, sondern verteilt sich durch das ganze System des Überwachungskapitalismus, ohne dabei als politischen Akteur erkannt zu werden (vgl. ebd.: 1-7).

Jeder Klick, jede Bewegung, jede Entscheidung im digitalen Raum wird zum Teil eines umfassenden Machtdispositivs, das nicht durch Zwang, sondern durch den alltäglichen, subtilen Einfluss auf das Verhalten der Individuen funktioniert. Diese Form der Macht ist deshalb so wirksam, weil sie nicht mehr als Macht erscheint. Sie ist eingebettet in Alltagsroutinen, präsentiert sich als Komfort, als Service oder als Effizienzgewinn. Doch genau darin liegt ihre politische Dimension: Sie verändert die Bedingungen, unter denen Menschen Entscheidungen treffen, Ziele verfolgen und sich selbst verstehen, ohne dass dies als politischer Eingriff erkennbar wäre.

Die Entgrenzung des Politischen in der digitalen Gouvernamentalität verändert grundlegend, wie Regierung heute funktioniert. Es geht nicht mehr um sichtbare Macht von oben, um Gesetze oder klare Anweisungen. Stattdessen geschieht Regierung über technische Systeme, digitale Interfaces, unsichtbare digitale Strukturen und Algorithmen, die unser Verhalten nicht befehlen, sondern beeinflussen und gezielt lenken. Durch Vorschläge, Hinweise oder gezielte Anreize.

Digitale Gouvernamentalität steht damit beispielhaft für den Wandel von Macht und Subjektivierung im Überwachungskapitalismus. Sie verknüpft digitale Technik mit wirtschaftlichen Interessen und normativen Erwartungen. Auf diese Weise wird unser Verhalten nicht nur beobachtet, sondern systematisch und gezielt gelenkt, oft ohne, dass wir dies bewusst wahrnehmen. Es kommt zu einer neuen Form von Steuerung, die tief in den Alltag eingreift.

Im folgenden Fazit werden die zentralen Erkenntnisse dieser Analyse zusammengeführt und im Hinblick auf die eingangs gestellte Forschungsfrage reflektiert.

5. Fazit: Macht, Subjektivierung und Regierung im Netz der Daten

5.1 Digitale Steuerung als neue Form der Macht

Meine Arbeit verdeutlicht, dass sich im Überwachungskapitalismus eine neue Form von Macht herausgebildet hat, die digitale Gouvernamentalität, die nicht länger auf staatliche oder andere spezifische Institutionen, sowie explizite Regeln oder disziplinierende Maßnahmen angewiesen ist. Stattdessen entfaltet sich Macht im Überwachungskapitalismus hauptsächlich in

technischen Systemen, digitalen Plattformen und Algorithmen, die das Verhalten der Nutzer*innen kontinuierlich erfassen, bewerten und gezielt beeinflussen. Digitale Systeme wirken dabei nicht offen repressiv, sondern lenken Entscheidungen subtil, durch Rückkopplung, Empfehlungen und die Gestaltung von Handlungsspielräumen im digitalen Raum (vgl. Buhr et al. 2018; vgl. Zuboff 2019). Nikolaus Lehner beschreibt diesen Wandel als „algorithmische Gouvernamentalität“ und macht deutlich, dass digitale Technologien darauf abzielen, die Unvorhersehbarkeit menschlichen Handelns berechenbar zu machen. Es geht um eine „rechnerische Einhegung sozialer Flüchtigkeit“, durch die das Verhalten der Menschen in berechenbare Bahnen gelenkt werden soll (Buhr et al. 2018: 17).

Diese neue Form der Macht lässt sich mit Michel Foucaults Begriff der Gouvernamentalität verstehen, als eine Technik der Regierung, die auf die Gestaltung der Rahmenbedingungen zielt, unter denen Individuen sich selbst führen. Regierung bedeutet dabei nicht mehr direkte, repressive Anweisungen oder Zwang, sondern die subtile, aber gezielte Strukturierung von Handlungsspielräumen, die bestimmte Handlungen nahelegen und andere ausblenden. In diesem Zusammenhang beschreibt Nikolaus Lehner digitale Algorithmen als neue Regierungstechniken, die alltägliches Verhalten steuern, indem sie es messbar machen, vergleichen und normativ rahmen. Dabei handelt es sich also nicht nur um eine technische Effizienzsteigerung, sondern hauptsächlich um eine neue Form der Kontrolle, die Verhalten gezielt beeinflusst und lenkt (Buhr et al. 2018: 21).

Es entstehen neue Räume: digital vernetzte Umgebungen, in denen das Verhalten der Subjekte nicht mehr wirklich frei ist, sondern durch algorithmische Prozesse berechenbar und steuerbar gemacht wird. Lehner (2018) spricht in diesem Zusammenhang von der „Einhegung eines neuen Raums“, eines digitalen Raums, der gezielt strukturiert und als normative Grundlage funktioniert (ebd.).

Zentrale Aspekte traditioneller Machtformen werden dadurch nicht vollständig ersetzt, sondern in die digitale Umgebung verlagert und dort angepasst. In traditionellen Machtformen wurde Wissen genutzt, um die Bevölkerung als Ganzes zu erfassen und das Leben im Sinne der Biopolitik produktiv zu gestalten. Im Überwachungskapitalismus dagegen werden Daten individuell gesammelt, um Wissen über einzelne Personen zu gewinnen. Dieses Wissen wird nicht mehr auf die gesamte Bevölkerung angewendet, sondern auf einzelne Subjekte. Barry spricht in diesem Zusammenhang von „statistical individuation“ (Barry 2020: 1). Gemeint ist, dass digitale Systeme für jede Person ein eigenes Profil erzeugen, individuelle Daten über diese

sammelt, auf dessen Grundlage das Verhalten gezielt beeinflusst werden kann. Diese Profile werden in der Literatur als *data double* benannt (Haggerty & Ericson 2000: 606).

Diese neue Form der Macht ist besonders wirksam, weil sie nicht als politische, staatliche oder repressive Steuerung erscheint. Sie wird in Alltagsroutinen eingebunden, erscheint hier als Komfort, Optimierung oder Personalisierung. Doch gerade darin liegt ihre politische Wirkung: Sie beeinflusst, wie Menschen über sich selbst denken, welche Ziele sie verfolgen und wie sie ihr Verhalten organisieren, ohne dass dies als äußerer Eingriff sichtbar wäre (vgl. Buhr et al. 2018: 67-68).

5.2 Subjektivierung und Wissen im Wandel

Im Zentrum meiner Analyse steht ein grundlegender Wandel im Verhältnis von Wissen, Macht und Subjektivierung. Wie in den vorherigen Kapiteln deutlich wurde, verschiebt sich im Überwachungskapitalismus der Fokus von kollektiven Statistiken hin zu individualisierten Datenprofilen, dem *data double* (Haggerty & Ericson 2000: 606). Barry (2020) beschreibt diese Entwicklung als eine Transformation der Regierungstechniken: Statistiken, die früher für das Management der ganzen Bevölkerungen eingesetzt wurden, gehen heute in personalisierte Vorhersagen über. Es entsteht ein neues Wissen, das nicht mehr auf die Bevölkerung als Ganzes abzielt, sondern sich gezielt auf einzelne Subjekte fokussiert. Diese Form der „*statistical individuation*“ ersetzt damit die biopolitische Erfassung der Bevölkerung durch ein Wissen, das individuelle Profile erstellt und Verhalten auf dieser Grundlage vorhersagt (vgl. Barry 2020: 1).

Dieses Wissen entsteht nicht mehr durch klassische Erhebungen wie Umfragen oder Statistiken, sondern wird automatisch aus digitalen Daten generiert: aus Klicks, Bewegungsmustern, Vorlieben und Interaktionen. Die Besonderheit liegt dabei in der Art und Weise, wie diese Daten genutzt werden: zur Berechnung von Wahrscheinlichkeiten individuellen Verhaltens. Barry (2020: 5) spricht in diesem Zusammenhang von einer Verschiebung des Wissens: Statt Regelmäßigkeiten innerhalb der Bevölkerung zu erkennen, geht es nun darum, Muster zwischen Individuen zu finden. Ziel ist es nicht mehr, allgemeine Aussagen über Gruppen zu treffen, sondern passgenaue Aussagen über einzelne Individuen. Ein „*Segment of one*“ (Weed 2017, zit. in Barry 2020: 1).

Damit verändert sich auch das Verhältnis von Wissen und Subjekt. Wissen über Individuen entsteht heute weniger durch Kommunikation oder soziale Interaktion, sondern zunehmend durch die automatisierte Erfassung und Verarbeitung ihres Verhaltens. Dieses Wissen wird in Form von Datenprofilen, den sogenannten „*data doubles*“, operationalisiert. Die Subjekte

erfahren sich selbst zunehmend durch diese Profile: durch Messwerte, Rankings und algorithmisch erzeugte Rückmeldungen. Barry beschreibt diesen Wandel als eine Steuerung, die nicht mehr über feste Regeln erfolgt, sondern über subtile, permanente Anstöße zum Handeln: „The conduct of conducts thus takes the form of a constant incitation to action, adjusted to the individual statistical profile“ (Barry 2020: 1). Das Verhalten wird nicht mehr direkt vorgeschrieben, sondern ständig angepasst. Abgestimmt auf das, was der Algorithmus aus dem Datenprofil ableitet.

Subjektivierung erfolgt hier nicht mehr durch feste Identitäten oder Normen, sondern durch eine flexible, kontinuierlich angepasste Steuerung und Anpassung, die auf Daten basiert. Die digitale Umgebung übernimmt dabei eine lenkende Funktion: Sie strukturiert die Wahrnehmung, indem sie bestimmte Optionen sichtbar macht und andere ausblendet. Sie regt zu bestimmten Handlungen an, ohne dass explizite Anweisungen nötig sind. Das Subjekt erscheint dabei als frei entscheidend, folgt aber in Wirklichkeit einer vorstrukturierten Logik von Anreiz, Feedback und Optimierung.

Diese Logik beruht nicht mehr auf einem rationalen, entscheidungsfähigen Subjekt im Sinne des liberalen oder neoliberalen Denkens. Barry argumentiert, dass sich hier eine neue Form des Subjekts herausbildet: nicht mehr der homo oeconomicus, der seine Interessen kalkuliert, sondern ein Subjekt, das über seine Impulse, Affekte und emotionalen Reaktionen gesteuert wird. Digitale Regierung zielt nicht auf rationale Entscheidungen, sondern auf die unmittelbare Beeinflussung von Verhalten, auf das, was getan wird, noch bevor es reflektiert wird (Barry 2020: 7–8). Die Technologien greifen also nicht nur in das Handeln ein, sondern auch in die Art und Weise, wie Menschen sich selbst erleben, interpretieren und verstehen.

Diese neue Wissensform unterscheidet sich auch dadurch, dass sie nicht mehr durch Expert*innen oder klassische Methoden wie Statistiken strukturiert wird. Die Berechnungen basieren stattdessen auf Wissen, welches von Maschinen im digitalen Raum produziert wird, nicht von Menschen. Die Algorithmen erzeugen Anreize und Empfehlungen, ohne dass klar nachvollziehbar ist, wie diese zustande kommen (vgl. Barry 2020: 6). Damit verschwindet auch die Transparenz, die klassische Wissensformen noch beanspruchen konnten.

Als Ergebnis entsteht eine neue Form digitaler Subjektivierung, in der das Subjekt nicht nur Ziel, sondern auch das Produkt algorithmischer Prozesse ist. Es wird nicht beobachtet, um verstanden zu werden, sondern es wird berechnet, um beeinflusst zu werden. Wissen wird nicht gesammelt, um politische Entscheidungen zu treffen oder die Bevölkerung und das Leben

produktiv zu leiten, sondern um individuelles Verhalten effizient zu lenken, möglichst präzise, und möglichst ohne Widerstand. Diese Entwicklung markiert eine grundlegende Verschiebung im Macht-Wissen-Verhältnis und führt zu einer Form der Regierung, in der Subjektivierung und Steuerung untrennbar miteinander verbunden sind.

5.3 Ausblick - Zwischen digitaler Regierung, Selbstverlust und Widerstand

Im Überwachungskapitalismus wird der Mensch nicht mehr als selbstständig denkendes, planendes Subjekt gesehen, das aus Überzeugung handelt. Stattdessen reduziert ihn das System auf ein Muster aus berechenbaren Impulsen. Digitale Technologien beobachten, messen, vergleichen und nutzen diese Daten, um Verhalten nicht nur vorherzusagen, sondern auch gezielt zu beeinflussen. Was wir tun, was wir mögen, wofür wir uns entscheiden: All das wird zunehmend durch digitale Strukturen vorgeprägt. Shoshana Zuboff (2019) bringt diese Entwicklung eindrücklich auf den Punkt: „Just as industrial civilization flourished at the expense of nature and now threatens to cost us the Earth, an information civilization shaped by surveillance capitalism and its new instrumentarian power will thrive at the expense of human nature and will threaten to cost us our humanity“ (Zuboff 2019: 16 PDF). Das ist keine abstrakte Warnung, es ist eine reale Gefahr. Denn wenn wir uns selbst nur noch durch Daten sehen und verstehen, verlieren wir den Zugang zu unserer eigenen Menschlichkeit. Die Fähigkeit, unvorhersagbar zu sein, zu zweifeln, Widerstand zu leisten. Was auf dem Spiel steht, ist die Grundlage eines freien, selbstbestimmten Lebens.

Die Fähigkeit zur Selbstreflexion, zur echten Entscheidung, zur offenen Zukunft, all das gerät unter Druck. Die digitale Umwelt gibt ständig Rückmeldungen: Was ist normal, was erfolgreich, was „besser“? Und ohne dass es ausgesprochen wird, entsteht ein ständiger Impuls zur Anpassung. So formen Systeme unser Verhalten, lange bevor wir bewusst entscheiden können.

Gegen diese Entwicklung braucht es mehr als technische Lösungen. Es braucht eine gemeinsame Auseinandersetzung mit der Frage, was Freiheit im digitalen Zeitalter bedeutet. Wie wollen wir leben? Wie viel Kontrolle über uns selbst sind wir bereit abzugeben? Und wie können wir digitale Technologien so gestalten, dass sie uns nicht entmündigen, sondern stärken? Zuboff spricht in diesem Zusammenhang vom Verlust des „Rechts auf die Zukunft“ (Zuboff 2019: 519). Wenn alles vorhersehbar wird, wenn jedes Verhalten berechnet und gesteuert werden kann, was bleibt dann noch offen? Was bleibt dann noch menschlich? Der Überwachungskapitalismus bedroht nicht nur unsere Privatsphäre, sondern auch unsere

Fähigkeit, anders zu sein, neue Wege zu gehen, Überraschendes zu denken oder zu fühlen. Genau das aber macht unser Menschsein aus.

Deshalb braucht es kritisches Reflektieren, gesellschaftliche Debatte und politische Gestaltung. Widerstand beginnt, wenn wir nicht länger passiv mitlaufen, sondern aktiv, kritisch und autonom denken, hinterfragen und handeln. Es geht darum, sich nicht einfach durch digitale Systeme führen zu lassen, sondern selbst wieder Handlungsspielräume zu schaffen und zu bestimmen. Nur so bleibt das Selbst nicht bloß ein Ziel algorithmischer Steuerung und der Kontrolle, sondern ein Ort der Freiheit.

Danksagung

An dieser Stelle möchte ich mich herzlich bei allen bedanken, die mich auf meinem Weg bis zum Abschluss dieser Masterarbeit begleitet und unterstützt haben.

Mein besonderer Dank gilt der Universität Innsbruck, die mir in den vergangenen Jahren nicht nur ein vielseitiges, anspruchsvolles Studium, sondern auch eine inspirierende akademische Umgebung geboten hat. Diese Zeit war für mich nicht nur intellektuell prägend, sondern auch persönlich bereichernd. Ich habe viel gelernt, bin an Herausforderungen gewachsen und konnte mich in vielerlei Hinsicht weiterentwickeln.

Ebenso danke ich dem gesamten Lehrpersonal des Instituts für Soziologie für die engagierte Lehre und die vielen Denkanstöße, die mein Studium wesentlich geprägt haben. Mein besonderer Dank gilt assoz. Prof. Dr. Frank Welz, dessen Lehrveranstaltungen mir zentrale theoretische Perspektiven eröffnet und mein soziologisches Denken nachhaltig geprägt haben. Auch bei der Betreuung der Masterarbeit hat Herr Welz mich mit wertvollen Impulsen und kritischen Perspektiven begleitet und unterstützt.

Nicht zuletzt danke ich allen, die mich im Verlauf dieses Studiums unterstützt, ermutigt und auf eine positive Weise herausgefordert haben.

Literaturverzeichnis:

- Barry, Laurence (2020). The Rationality of the Digital Governmentality. In: Journal for Cultural Research. Vol. 23. Issue 4. Online verfügbar unter: <https://doi.org/10.1080/14797585.2020.1714878> (abgerufen am 15.05.2025)
- Bogdal, Klaus-Michael (2020). Überwachen und Strafen. In: Clemens Kammler, Rolf Parr und Ulrich Johannes Schneider (Hrsg.), *Foucault-Handbuch. Leben – Werk – Wirkung*. 2., aktualisierte und erweiterte Auflage. Stuttgart: J.B. Metzler, S. 72–82. Online verfügbar unter: https://doi.org/10.1007/978-3-476-05717-4_48 (abgerufen am 17.04.2025).
- Bröckling, Ulrich (2007). Das unternehmerische Selbst: Soziologie eine Subjektivierungsform. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Bublitz, Hannelore (2020). Macht. In: Clemens Kammler, Rolf Parr und Ulrich Johannes Schneider (Hrsg.), *Foucault-Handbuch. Leben – Werk – Wirkung*. 2., aktualisierte und erweiterte Auflage. Stuttgart: J.B. Metzler, S. 316–319. Online verfügbar unter: https://doi.org/10.1007/978-3-476-05717-4_48 (abgerufen am 17.04.2025).
- Buhr, Lorina & Hammer, Stefanie & Schölzel Hagen (Hrsg.) (2018). *Staat, Internet und digitale Gouvernamentalität*. Staat – Souveränität – Nation. Springer VS: Wiesbaden. Online verfügbar unter: <https://doi.org/10.1007/978-3-658-18271-7> (abgerufen am 15.05.2025)
- Felden, Helge von (2020). Das Konzept der Gouvernamentalität nach Foucault. In: *Identifikation, Anpassung, Widerstand. Perspektiven der Lernweltforschung*. Vol. 32. Springer VS: Wiesbaden. S. 49-61. Online verfügbar unter: https://doi.org/10.1007/978-3-658-24195-7_4 (abgerufen am 17.04.2025)
- Foucault, Michel (2020). *Kritik des Regierens. Schriften zur Politik*. Hrsg. von Ulrich Bröckling. 4. Aufl. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Gehring, Petra (2020). Vorlesungen zu Staat/Gouvernamentalität. In: Clemens Kammler, Rolf Parr und Ulrich Johannes Schneider (Hrsg.), *Foucault-Handbuch. Leben – Werk – Wirkung*. 2., aktualisierte und erweiterte Auflage. Stuttgart: J.B. Metzler, S. 154–161. Online verfügbar unter: https://doi.org/10.1007/978-3-476-05717-4_48 (abgerufen am 17.04.2025).
- Haggerty, Kevin D. & Ericson, Richard V. (2000). The Surveillant Assemblage. In: *The British Journal of Sociology*, 51(4), S. 605–622. Online verfügbar unter: <https://doi.org/10.1080/00071310020015280> (abgerufen am 08.05.2025).
- Hille, Laura (2016). Kybernetische Biopolitik. (Im)materielle Arbeit am quantifizierten Selbst. In: *Zeitschrift für kritische Sozialtheorie und Philosophie*. 3(1). S. 94–107. Online verfügbar unter <https://doi.org/10.1515/zksp-2016-0006> (abgerufen am 3.04.2025).
- Kammler, Clemens & Parr, Rolf & Schneider, Ulrich Johannes (Hrsg.) (2020). *Foucault-Handbuch. Leben – Werk – Wirkung*. 2., aktualisierte und erweiterte Auflage. Stuttgart: J.B. Metzler. Online verfügbar unter https://doi.org/10.1007/978-3-476-05717-4_48 (abgerufen am 17.04.2025)

- Kwet, Michael (2019). Digital colonialism: US empire and the new imperialism in the Global South. In: *Race & Class*. 60(4), S. 3–26. Online verfügbar unter <https://journals.sagepub.com/doi/10.1177/0306396818823172> (abgerufen am 20.03.2025)
- Lemke, Tomas (2020). Gouvernementalität. In: Clemens Kammler, Rolf Parr und Ulrich Johannes Schneider (Hrsg.), *Foucault-Handbuch. Leben – Werk – Wirkung*. 2., aktualisierte und erweiterte Auflage. Stuttgart: J.B. Metzler, S. 303–305. Online verfügbar unter: https://doi.org/10.1007/978-3-476-05717-4_48 (abgerufen am 17.04.2025).
- Lemke, Tomas (2020). Governmentality Studies. In: Clemens Kammler, Rolf Parr und Ulrich Johannes Schneider (Hrsg.), *Foucault-Handbuch. Leben – Werk – Wirkung*. 2., aktualisierte und erweiterte Auflage. Stuttgart: J.B. Metzler, S. 437–441. Online verfügbar unter: https://doi.org/10.1007/978-3-476-05717-4_48 (abgerufen am 17.04.2025).
- Link, Jürgen (2020). Dispositiv. In: Clemens Kammler, Rolf Parr und Ulrich Johannes Schneider (Hrsg.), *Foucault-Handbuch. Leben – Werk – Wirkung*. 2., aktualisierte und erweiterte Auflage. Stuttgart: J.B. Metzler, S. 278–281. Online verfügbar unter: https://doi.org/10.1007/978-3-476-05717-4_48 (abgerufen am 17.04.2025).
- Lyon, David (2014). Surveillance, Snowden and Big Data: Capacities, Consequences, Critique. In *Big Data & Society*, 1(2). Verfügbar unter: <https://doi.org/10.1177/2053951714541861> (abgerufen am 25.06.2025)
- Lyon, David (2022a). Surveillance. *Internet Policy Review*, 11(4). Verfügbar unter: <https://doi.org/10.14763/2022.4.1673> (abgerufen am 19.03.2025)
- Lyon, David (2022b). Beyond Big Data Surveillance. *BDS Research Report*. Online verfügbar unter: https://www.surveillance-studies.ca/sites/surveillance-studies.ca/files/bds_report_eng-2022-05-17.pdf (abgerufen am 19.03.2025).
- Maschewski, Felix & Nosthoff, Anna-Verena (2020). Tragbare Kontrolle. Die Apple Watch als kybernetische Maschine und Black Box algorithmischer Gouvernementalität. In: Geitz, E., Vater, C. & Zimmer-Merkle, S. (Hrsg.), *Black Boxes – Versiegelungskontexte und Öffnungsversuche. Interdisziplinäre Perspektiven* (S. 115–138). Berlin: De Gruyter. Online verfügbar unter doi.org/10.1515/9783110701319-007 (abgerufen am 7.04.2025).
- Maschewski, Felix & Nosthoff, Anna-Verena (2022). Überwachungskapitalistische Biopolitik: Big Tech und die Regierung der Körper. *Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 32, S. 429–455. Online verfügbar unter <https://doi.org/10.1007/s41358-021-00309-9> (abgerufen am 19.03.2025).
- Parr, Rolf (2020). Diskurs. In: Clemens Kammler, Rolf Parr und Ulrich Johannes Schneider (Hrsg.), *Foucault-Handbuch. Leben – Werk – Wirkung*. 2., aktualisierte und erweiterte

- Auflage. Stuttgart: J.B. Metzler, S. 274–277. Online verfügbar unter: https://doi.org/10.1007/978-3-476-05717-4_48 (abgerufen am 17.04.2025).
- Schulz, Daniel (2019). Rezension zu: Zuboff, Shoshana (2018): Das Zeitalter des Überwachungskapitalismus. Frankfurt/New York: Campus. In: *Politische Vierteljahresschrift*, 60(4), S. 823–825. Online verfügbar unter: <https://doi.org/10.1007/s11615-019-00193-7> (abgerufen am 27.03.2025).
- U.S. Senate Committee on the Judiciary (2025): Hearing on the Privacy and National Security Implications of 23andMe Bankruptcy. <https://www.judiciary.senate.gov/press/rep/releases/grassley-opens-judiciary-hearing-on-the-privacy-and-national-security-implications-of-23andme-bankruptcy>. (abgerufen am 15.06.2025)
- Wiener, Norbert (1948). *Cybernetics: Or Control and Communication in the Animal and the Machine*. MIT Press. Online verfügbar unter: https://uberty.org/wp-content/uploads/2015/07/Norbert_Wiener_Cybernetics.pdf (abgerufen am 22.04.2025)
- Wolf, Burkhardt (2020). Panoptismus. In: Clemens Kammler, Rolf Parr und Ulrich Johannes Schneider (Hrsg.), *Foucault-Handbuch. Leben – Werk – Wirkung*. 2., aktualisierte und erweiterte Auflage. Stuttgart: J.B. Metzler, S. 323–327. Online verfügbar unter: https://doi.org/10.1007/978-3-476-05717-4_48 (abgerufen am 17.04.2025).
- Zuboff, Shoshana (2015). *Big Other: surveillance capitalism and the prospects of an information civilization*. *Journal of Information Technology*, 30(1), 75-89. Online verfügbar unter <https://doi.org/10.1057/jit.2015.5> (abgerufen am 19.03.2025).
- Zuboff, Shoshana (2019). *The Age of Surveillance Capitalism. The Fight for a Human Future at the New Frontier of Power*. New York: PublicAffairs.